ISSN: 1865-9632

3,00 Euro
(Ausland: 4,00 Euro)

Lotta

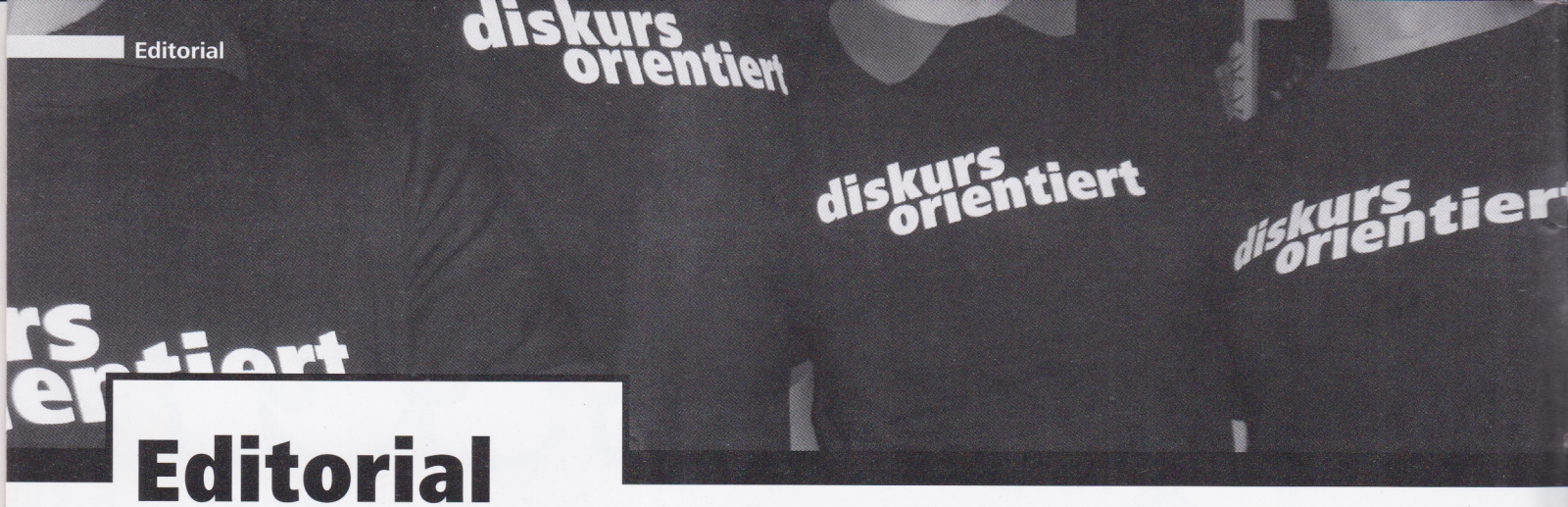
Antifaschistische Zeitung aus NRW, Rheinland-Pfalz und Hessen

#40
Herbst 2010
projekte.free.de/lotta

Schwerpunkt

Studierende rechts außen

Extreme Rechte und Rechtsentwicklung in den Studierendenschaften



Editorial

Liebe Leserinnen, liebe Leser!

Die Republik tanzt den **Sarrazin**. Nach dem schwarz- rot- goldenen Nationalismus- Hype des Fußballsommers 2010 hat der Bundesbank-Vor(ruhe)ständler einen Wettbewerb losgetreten, wer am lautesten angebliche Tabus bricht und von "Völkern", "Rassen" und "Juden- Genen" schwafelt. Dabei tut sich weniger die extreme Rechte hervor, von der man derlei Gefasel zur Genüge kennt. SPD- Chef **Sigmar Gabriel** will viel Wahres an Sarrazins Stumpfsinn erkannt haben: "Ist doch gar keine Frage." Ein einstiger SPD- Bundesbildungsminister verlangt in der Süddeutschen Zeitung, man müsse wieder mehr über "Rasse" reden. Nicht zu leugnen: Die deutschen Eliten öffnen sich nach rechts.

Mit dem Verhältnis der deutschen Nachwuchs- Eliten zur äußeren Rechten beschäftigt sich LOTTA auch in der aktuellen Ausgabe. Die Studierenden, die sich an den deutschen Hochschulen auf berufliche Tätigkeiten in einflussreichen Positionen vorbereiten, gelten nach wie vor als zumeist links geprägt. Das Klischee entspricht nicht den Realitäten. Über traditionell konservative Milieus hinaus, wie sie sich in den Studentenverbindungen bewahrt haben, greifen autoritäre, ja rassistische Ansichten auch unter den Studierenden um sich. So mancher Neonazikader und auch extrem rechte Parteien suchen seit je daran anzuknüpfen, was antifaschistische Studierende immer wieder unter Handlungsdruck setzt.

Viel öffentliche Aufmerksamkeit hat der Neonazi- Aufmarsch zum "Nationalen Antikriegstag" in Dortmund erregt. "Und wir liefen doch!!!", prahlten Berliner Neonazis, die am 4. September durch beinahe leere Wohngebiete im Dortmunder Osten demonstrierten, während sich rund 460 ihrer Kameraden in der Dortmunder Nordstadt anstelle der geplanten Demonstration mit einer recht öden Kundgebung zufrieden geben mussten. Ein wirklicher Erfolg für die extreme Rechte war das Dortmunder Event wohl kaum. Immerhin haben die Nazis ein neues Vorbild gefunden: Auch sie feierten in Dortmund den Bundesbanker Sarrazin.

Sicherlich haben viele diese LOTTA-Ausgabe bereits Anfang September erwartet. Doch wie bereits auf unserer Homepage angekündigt, haben wir unseren Publikationsrhythmus aus organisatorischen Gründen, u.a. wegen des „Sommerlochs", geändert und erscheinen künftig Anfang April, Juli, Oktober und Januar.

Wie immer möchten wir uns bei unseren GastautorInnen, Interviewpartnern und FotografInnen bedanken sowie bei allen anderen, die auf die eine oder andere Art und Weise zum Entstehen dieser Ausgabe beigetragen haben.

Wir wünschen allen Leserinnen und Lesern einen erfolgreichen antifaschistischen Herbst!

*Die **Lotta**- Redaktion*

Redaktionsschluss dieser Ausgabe war der 13. September 2010 (Kurzberichte und Splitter: 20. September 2010). Aktuellere Entwicklungen konnten nur in einzelnen Beiträgen berücksichtigt werden. Erscheinungsdatum ist der 4. Oktober 2010.

Recht(s) hohl

„Dummheit ist nicht heilbar!", sagt der Volksmund. Und er hat Recht. Wäre dem nicht so, wäre die Auswertung rechter Ergüsse auch sehr trist. So aber können wir an dieser Stelle regelmäßig einige Beispiele aus der schier unbegrenzten Palette rechten Schwachsinns präsentieren.

Unsinnlich

„Pro Dormagen" geht es nicht sinnlich genug zu:
„Die Verwaltung sowie der gesamte Rat der Stadt Dormagen entscheidet nicht nach Sinnlichkeit der Anträge und Anfragen von pro NRW, nein was dort verübt wird ist reine Willkür gegen pro NRW."

Türkischer „Aservaten"zoo

Die „Autonomen Nationalisten" versuchen sich an undeutschen Sprachen:
„Schon bald werden die Deutschen, wie die Ureinwohner Amerikas in Aservaten zusammengefercht und dort von türkischen Touristen angespuckt und ausgelacht..."

Erbgut aus Unna

Der "Nationale Widerstand Unna" hat nachgedacht:
"Der Sinn des Lebens ist schwer zu erklären, der Mensch kann nicht ewig leben, aber er selbst kann in seinem Volk stets weiterleben, denn das Erbgut, was Du heute in Dir trägst, ergoss sich schon einst über ganz Europa in totbringenden Kriegen und es soll in einer fernen Zukunft und in einer besseren Zeit in neuen Generationen pulsieren und durch die Adern fließen, wenn dies der Fall ist, dann hast Du das erreicht, was ein Leben lebenswert macht."

Nachruf

»Die Nazis hätten mich nie klein gekriegt« . . Seite 4
Die Düsseldorfer Widerstandskämpferin Maria Wachter ist tot

Gesellschaft

Gentrification . . . . . Seite 5
Aufwertung und Verdrängung in den Städten

Schwerpunkt

Studierende rechts außen . . . . . .Seite 8
Einleitung in den Schwerpunkt

Rechte Studis – gibt's die überhaupt? . . . . . .Seite 9
Wie sich die Rechtsentwicklung an den Hochschulen niederschlägt

Keine Sogwirkung . . . . . .Seite 13
NPD- Aktivitäten an den Hochschulen

Intellektuell gerüstet . . . . . .Seite 15
Das »neurechte« Milieu sucht die Nähe zum universitären Diskurs

Studentenverbindungen . . . . . .Seite 17
Anachronistische Traditionen an den Hochschulen

Der Coburger Convent . . . . . .Seite 21
Die geistige Gemeinschaft der Deutschen

Mit extrem Rechten im Seminar . . . . . .Seite 24
Erfahrungen aus Aktivitäten gegen extrem rechte Studierende

Extreme Rechte

Brauner Eventmanager . . . . . .Seite 27
Neonazikader unter der Lupe: Ingo Haller

Neue Strategien gesucht . . . . . .Seite 29
Der sechste »Nationale Antikriegstag« in Dortmund

Libertin . . . . . .Seite 31
Die Hausband der Dortmunder Neonazis

Jagdsaison in Mittelhessen . . . . . .Seite 32
Ein extrem rechter Erlebnispark im Dreiländereck: der Lahn- Dill- Kreis

Kampf um die Nachfolge . . . . . .Seite 36
Das Label Blood & Honour in Hessen und Rheinland- Pfalz zehn Jahre nach dem Verbot

Abgesang . . . . . .Seite 39
Die DVU im Endstadium – Fusion mit NPD oder Siechtum

Aufmarsch- Splitter . . . . . .Seite 41
RechtsRock- Splitter . . . . . .Seite 43
Parteien- Splitter . . . . . .Seite 44
Kurzberichte . . . . . .Seite 47

Geschichte

»Die Recherchen gehen weiter« . . . . . .Seite 51
Stefan Klemp über die Strafverfolgung von NS- Tätern in der Bundesrepublik

Internationales

Die prägende Kraft des Völkischen . . . . . .Seite 54
Interview mit Željko Taraš

HOPE not hate . . . . . .Seite 58
Erfolgreiche Kampagne gegen die BNP

Rezension

Rezensionen . . . . . Seite 60
Fakten statt Fälschungen?, Studentenverbindungen in Deutschland, Rechtsextremismus in der Einwanderungsgesellschaft

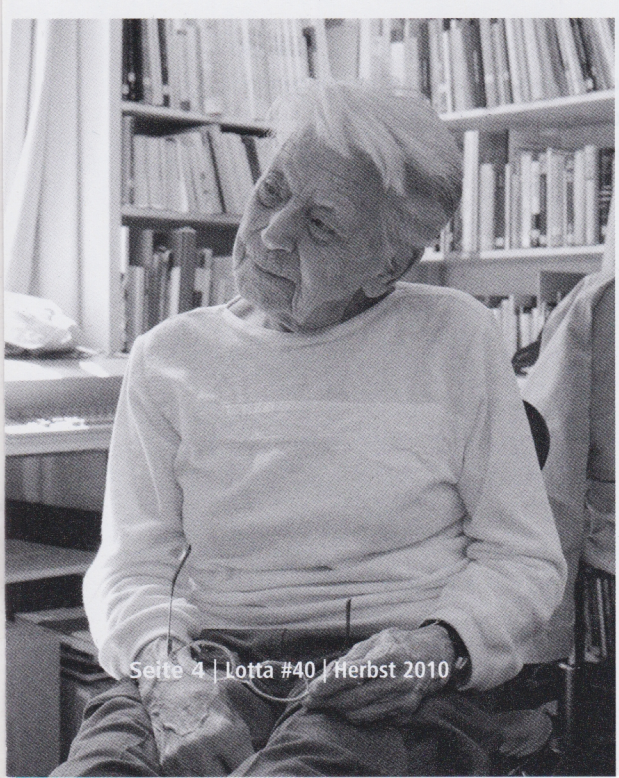
Von Franz Jacke

»Die Nazis hätten mich nie klein gekriegt«

Die Düsseldorfer Widerstandskämpferin Maria Wachter ist tot

Wir trauern um die antifaschistische Widerstandskämpferin **Maria Wachter**, die am 18. August 2010 im Alter von 100 Jahren gestorben ist. Bis ins hohe Alter nahm Maria als aktive Kommunistin am politischen Leben teil – ihrer Partei hat sie über beide Verbote hinweg fast 80 Jahre angehört. Unermüdlich hat sie vor den Gefahren des Nazismus gewarnt, hat Hunderten von Schülern und Interessierten von ihrem Kampf gegen den Faschismus berichtet. Eine offizielle Auszeichnung seitens ihrer Geburtsstadt Düsseldorf für ihr Lebenswerk blieb ihr dabei versagt. Doch gereicht ihr vielleicht gerade dies zur Ehre – angesichts einer politischen Klasse, die lieber Duckmäuser und spät bekehrte Ex-Nazis würdigt.

„Wer Hitler wählt, wählt den Krieg" – dies skandierten 1932 Demonstranten vor dem *Düsseldorfer Industrieklub*, als **Hitler** dort den Industriellen an Rhein und Ruhr sein Programm vorstellte. Unter den Demonstranten:



Maria Wachter. Sie entstammte einer sozialdemokratischen Arbeiterfamilie, fand bereits früh zu den Kommunisten und war Mitglied der Agitprop-Gruppe *Nordwest-Ran*, geleitet von dem später berühmten Komponisten des Moorsoldatenliedes, **Wolfgang Langhoff**. „Wir hatten immer die Sorge, dass uns die Nazis angreifen", erzählt Maria Wachter. „Denn vor 1933 gab es ja schon den Kampf um die Straße. Die Nazis wollten uns und die Bevölkerung mit ihren Aufmärschen einschüchtern und sich selbst aufmuntern." Dass es nicht angehe, den Nazis „die Straße zu überlassen" – dies blieb bis zuletzt ihre Überzeugung. Nach der Machtübernahme beteiligte sie sich an zahlreichen illegalen Aktionen der Düsseldorfer KPD, sie verteilte Flugblätter, schrieb Parolen an die Wände, bemühte sich, die Organisation aufrechtzuerhalten. Doch der Gestapo gelang es bis 1935, fast alle Gruppen zu zerschlagen.

Nur knapp entging Maria der Verhaftung: Im Auftrag der Partei ging sie außer Landes und erhielt die Gelegenheit, in Moskau die berühmte *Lenin-Schule* zu besuchen. In Moskau blieb sie bis 1937 – es sei die „schönste Zeit ihres Lebens" gewesen, erzählte sie später immer wieder begeistert. Denn das erste Mal in ihrem Leben erhielt die junge Arbeitertochter die Gelegenheit zu intensiver Bildung. Dass sie das Land, in dem 1937 Massenverhaftungen gerade unter ausländischen Kommunisten einsetzten, vielleicht gerade noch rechtzeitig verlassen konnte, hat Maria nie zugeben wollen. Die Weigerung zur selbstkritischen Reflektion der stalinistischen Verbrechen zählt zu den dunklen Flecken des parteikommunistischen Antifaschismus – und auch Maria hat darüber erst spät und nicht gerne gesprochen. Jedenfalls wurde sie, wie sie es erhofft hatte, wieder „an die Front" geschickt: Von Amsterdam aus bereiste sie als Instrukteurin der dortigen KPD-Abschnittsleitung Westdeutschland und versorgte verschiedene Widerstandsgruppen mit Material. Als Deutschland den Zweiten Weltkrieg entfesselte, befand sich Maria in Paris. Dort wurde sie als „feindliche Ausländerin" verhaftet und im Frauen-Internierungslager Rieucros in Südfrankreich interniert. Eine Zuchthausstrafe mit anschließender KZ-Haft blieb ihr dank der Zerschlagung des „Tausendjährigen Reichs" erspart.

Während viele alte Nazis nach Kriegsende wieder ihre Posten einnahmen, wurde Maria wie Zehntausende andere Kommunisten erneut verfolgt, teilweise von denselben Polizisten und Richtern wie vor 1945. 1958 verbrachte sie einige Wochen wegen „illegaler Betätigung" für die KPD in Untersuchungshaft. Maria zog dann nach Frankfurt und wurde hauptamtliche Funktionärin der VVN. Später kehrte sie in ihre Heimatstadt zurück und engagierte sich ehrenamtlich in der Mahn- und Gedenkstätte. Maria wird allen, die ihr persönlich begegnet sind, unvergessen bleiben als eine lebenslustige, streitbare und mutige Antifaschistin, die ihr Leben lang ihrer Überzeugung treu geblieben ist. „Die Nazis hätten mich nie kleingekriegt", hat Maria einmal in einem Interview gesagt: „Denn das war für mich einfach Abschaum." Dieses Vermächtnis wollen wir bewahren! ★

Foto: sebat85 – flickr.com/photos/sebat85 – CC-Lizenz (by-nc-nd)

Von Andrej Holm

Gentrification

Aufwertung und Verdrängung in den Städten

Gentrification? Wieder so ein Anglizismus, der es bis in die Überschriften der großen überregionalen Zeitungen geschafft hat. Vor ein paar Jahren galt der Begriff noch als akademische Fachvokabel für die aufwertungsbedingte Verdrängung ärmerer Bevölkerungsgruppen aus städtischen Nachbarschaften – heute ist er aus den Flugblättern und Plakaten von Stadtteilinitiativen ebenso wenig wegzudenken, wie aus den wohnungspolitischen Debatten in den Parlamenten.

Das Geheimnis dieser Blitzkarriere ist schnell erklärt: Die damit beschriebenen Prozesse der Verdrängung haben in den letzten Jahren deutlich zugenommen und betreffen zunehmend auch die Mittelschichthaushalte in den Städten. Dabei ist das Phänomen selbst gar nicht so neu. Schon immer mussten die Ärmsten aus den Wohnungen ziehen, wenn Hauseigentümer mit Besserverdienenden oder anderen Nutzungen mehr Geld verdienen konnten. So lange sich dies auf gesellschaftliche Minderheiten von Arbeitslosen und Ausgegrenzten beschränkte, gab es kein größeres Interesse sich mit dem Thema zu beschäftigen. Seit auch AkademikerInnen und Lehrerehepaare um ihre Wohnungen in angesagten Vierteln bangen müssen, haben die Politik und die Medien das Thema aufgegriffen. Im *SPIEGEL*, in der *WELT* und in der *Süddeutschen Zeitung* sind in den letzten Monaten regelmäßig Artikel erschienen, die über steigende Mieten, Neubauvorhaben und die Schwierigkeit eine bezahlbare Wohnung zu finden, berichten.

Trotz dieser breiten medialen Rezeption ist der Gentrification- Begriff nach wie vor ein Reizwort und wird von einigen als Kampfbegriff bezeichnet. Kein Wunder, werden doch mit den Gentrification- Modellen vor allem die dunklen Seiten der Stadtplanung benannt. Statt um „neue Urbanität", die „Rettung der historisch wertvollen Altbausubstanz" und die „neuen Plätze für Kreativität" geht es in der Gentrification- Forschung um die Verdrängung ärmerer Bevölkerungsgruppen und die Zerstörung bestehender Nachbarschaftsstrukturen. StadtplanerInnen, PolitikerInnen und auch die meisten EigentümerInnen wollen genau dafür aber nicht zur Verantwortung gezogen werden und versuchen regelmäßig einen Verdrängungsbefund zu leugnen oder abzuschwächen.

Nicht jeder Auszug sei Verdrängung, heißt es dann oft. Ebenso beliebt sind auch Verweise auf andere Städte: „Im Vergleich zu Frankfurt oder München haben wir doch in Berlin einen ziemlich entspannten Wohnungsmarkt" oder „im Vergleich zu London und New York ist die Gentrification hier doch harmlos". Selbst innerhalb der Städte gibt es diese Relativierungsargumente, etwa, wenn im Bezug auf die Aufwertungstendenzen in Berlin Kreuzberg oder Nord- Neukölln auf den Kollwitzplatz oder die Spandauer Vorstadt (Gegend um den Hackeschen Markt) verwiesen

wird, wo es „eine echte Gentrification gibt". Stimmt alles – doch nützt es den Betroffenen, die ihre Miete nicht mehr zahlen können relativ wenig, dass es woanders noch schlimmer sein soll...

Verdrängung hat viele Gesichter

Gerade das Argument, irgendetwas sei noch gar keine „echte Gentrification" basiert auf einer sehr starren Vorstellung von städtischen Aufwertungs- und Verdrängungsprozessen. Die deutschsprachige Gentrificationforschung mit ihren Modellannahmen sogenannter doppelter Invasions- Sukzessions- Zyklen haben ihren Beitrag zu dieser Sichtweise geleistet. Die vom Soziologen **Jens Dangschat** beschriebene Abfolge einer Pionierphase (Zuzug von Künstler/innen und Studierenden) und dem erst darauf folgenden Zuzug der Gentrifier wurde von dutzenden Nachfolgestudien zu statischen Auswertungsreihen von Sozialdaten banalisiert. Entlang vorgegebener Kriterien zum Bildungsstand, zum Einkommen und zum Familienstand wurde immer wieder versucht, die Anzahl von „Pionieren" und „echten Gentrifiern" zu messen. Überall dort, wo die gemessenen Daten nicht mit dem Modell in Übereinstimmung zu bringen waren, wurde der Gentrificationprozess geleugnet oder relativiert. Dabei liegt es auf der Hand, dass Stadtentwicklungsmodelle sich zwischen verschiedenen Städten und auch Stadtteilen unterscheiden und eben nicht überall identische Formen annehmen.

Um Auswertungsdynamiken und ihre Wirkungsweisen zu verstehen und sinnvolle Instrumente des Gegensteuerns zu finden, sollten verschiedene Auslöser und Motoren der Verdrängung voneinander unterschieden werden:

Klassische Gentrification: Als typisches Muster von Gentrificationprozessen wird oft eine symbolische Aufwertung durch sogenannte Pioniernutzungen angenommen. In bisher vernachlässigte Viertel mit großen Leerständen ziehen dabei KünstlerInnen und Alternativszenen ein, eröffnen Galerien, Kneipen und Clubs und tragen mit ihrer Anwesenheit und ihren Einrichtungen zu einem Imagewandel des Viertels bei. Aus einer wohnungswirtschaftlichen Perspektive wird ein bisher unscheinbares oder sogar schlecht beleumundetes Viertel so zu einer besonderen Lage, die Extrakosten bei der Vermietung rechtfertigt. Die Spandauer Vorstadt in Berlin, das Schanzenviertel in Hamburg, die Südvorstadt in Köln oder auch die Dresdener Neustadt können mit ihren vielen improvisierten Galerien, Szenekneipen und Kultureinrichtungen als typische Beispiele für eine solche klassische Gentrification angesehen werden. Die meisten Galerien und Ausstellungsorte dort sind mittlerweile kommerziell erfolgreich oder haben die Gegend verlassen. Von den ehemaligen BewohnerInnen leben oft nur noch 20 Prozent im Gebiet und die letzten Spuren des subkulturellen Aufbruchs verschwinden nach und nach. Als Beispiele für dieses Abräumen der Artefakte aus den Pionierphasen der Aufwertung können die Räumungsdrohungen gegen ehemals besetzte Häuser und das Kunsthaus Tacheles in Berlin oder auch die wieder aufflammenden Unsicherheiten um den Fortbestand der Roten Flora in Hamburg gelten. Mit der Aufwertung der Nachbarschaften wächst oft der Druck auf immobilienwirtschaftliche Nischennutzungen. Ein ähnlicher Imagewandel kann zur Zeit in Nord- Neukölln in Berlin und in Hamburg- Wilhelmsburg beobachtet werden. Noch vor ein paar Jahren wurden beide Gegenden vielfach als gefährliche Ghettos beschrieben – mittlerweile wurden mit öffentlicher Unterstützung über eine Zwischennutzungsagentur (Berlin) und die Internationale Bau Ausstellung IBA (Hamburg) das Bild von Quartieren im Aufbruch etabliert. In Nord- Neukölln etwa öffneten dutzende neue Veranstaltungsräume, Designerwerkstätten und In- Kneipen. EigentümerInnen, die in Wohnungsannoncen noch vor wenigen Jahren die Neuköllner Lage mit „Kreuzbergnähe" zu verschleiern suchten, werben inzwischen offensiv mit ihren Wohnungen „in Kreuzkölln!" oder „am Reuterplatz!". Steigende Neuvermietungsmieten und erste Sanierungsarbeiten sind ein Effekt dieses Imagewandels.

Politisch initiierte Gentrification: Doch längst nicht alle Aufwertungen werden durch den Zuzug von Pionieren ausgelöst und Beispiele wie der Prenzlauer Berg in Berlin oder die Kröpeliner- Tor- Vorstadt (KTV) in Rostock zeigen, dass es nicht die KünstlerInnen sind, die für Gentrification und Verdrängung verantwortlich gemacht werden können. Vielmehr waren es dort die zunächst großzügig mit öffentlichen Geldern geförderten Sanierungsgebiete, die eine umfassende Modernisierungswelle auslösten. Etwa 1 Mrd. Euro flossen durch Förderprogramme und Steuerabschreibungen in die Altbaugebiete von Prenzlauer Berg, doch nur in knapp 30 Prozent der Häuser konnten über Förderprogramme auch die Mietentwicklung eingedämmt werden. Vor allem in den seit dem Jahr 2000 sanierten Häusern wurden ein Großteil der Wohnungen in Eigentumswohnungen umgewandelt. Die hohen Wohnkosten sind für ärmere Haushalte kaum noch zu finanzieren und Hartz- IV- Bedarfsgemeinschaften finden faktisch keine modernisierte Wohnung mehr in den Quartieren. Die Mieten und Einkommen in den Altbaugebieten Prenzlauer Bergs gehören mittlerweile zu den höchsten der Stadt. Angeschoben durch ein öffentliches Sanierungsprogramm hat sich Prenzlauer Berg in den letzten 20 Jahren von einer der ärmsten zu einer der wohlhabendsten Wohngegenden Berlins gewandelt. Auch in Rostock hat sich die KTV vom „Nachtjackenviertel" zur bildungsbürgerlichen Enklave entwickelt. Arbeitslose und Knastentlassene sind längst in die Plattenbausiedlungen der Stadt gedrängt.

Umzugsketten- Gentrification: Oftmals wird der durch die Gentrification

ausgelöste Wandel in den jeweiligen Aufwertungsgebieten untersucht und diskutiert. Doch gerade Aufwertungs- und Modernisierungsprozesse lösen massive Umzüge aus und können auch anderenorts zu erheblichen Effekten führen. Zum einen kann die Verdrängung von ärmeren Haushalten die Konzentration von benachteiligten BewohnerInnen in anderen Stadtteilen verstärken. Zum anderen gehören viele derer, denen die Miete in luxusmodernisierten Häusern zu teuer geworden ist, in anderen Wohngegenden zu den Besserverdienenden. Verdrängung setzt vielfach gar nicht die vollständige Umwandlung in Eigentumswohnungen und umfangreiche Modernisierungen voraus. Gerade in Vierteln mit vielen Geringverdiener-Haushalten sind es oft schon kleine Mietsprünge, die nicht mehr getragen werden können und zum Auszug führen. In diesem Zusammenhang spielen die Umzugsketten der Aufwertung eine wichtige Rolle. Ein Berliner Beispiel: Hier werden beispielsweise aus Friedrichshain verdrängte Wohngemeinschaften in Neukölln zu Aufwertungsakteuren, die wesentlich höhere Mieten als viele BestandsbewohnerInnen zahlen können. Auch die Umzüge von vielen Familien aus den Sanierungsgebieten in Prenzlauer Berg haben in Pankow und Weißensee eine vergleichbare Wirkung. Ähnliche Tendenzen sind auch in anderen Städten zu beobachten, etwa wenn Hamburger Studierende aus St.Pauli oder St.Georg wegen steigender Mieten den „Sprung über die Elbe" wagen und sich im Reiherstiegviertel in Wilhelmsburg niederlassen. In der *Hamburger Morgenpost* ist sogar schon von der „Schanze der Wilhelmsburger" (MoPo, 19. Juli 2009) zu lesen.

Neubau-Gentrification: Als eine vierte Form der Gentrification können Neubauprojekte im Luxuswohnbereich benannt werden. Oft wird argumentiert, ein Neubau könne doch niemanden verdrängen, doch werden dabei die Nachbarschaftseffekte in Form von steigenden Bodenpreisen in den umliegenden Wohnquartieren vernachlässigt. Etablieren sich solche Luxuswohn-Enklaven wie die Prenzlauer Gärten, der Marthashof in Berlin Prenzlauer Berg oder auch die HafenCity in Hamburg, dann wird ein Quartier nicht nur in eine „bessere" Wohnlage verwandelt, sondern es wachsen auch die unmittelbaren Begehrlichkeiten benachbarter HauseigentümerInnen und InvestorInnen. Werden überdurchschnittliche Kaufpreise von über 3.000 Euro/qm realisiert, fragen sich auch andere Eigentümer, ob sie ihre Wohnungen bisher nicht unter Wert vermieten.

Gentrification als neuer städtischer Mainstream

Die Entwicklung der Gentrification der letzten 20 Jahre lässt sich in vielen Städten als Kreislauf beschreiben. Insbesondere für die Pionierphasen der Gentrification kann eine regelrechte Wanderung durch die Städte nachgezeichnet werden, die in Intervallen von etwa fünf Jahren ins nächste Viertel weiterzieht. Diese Aufwertungskarawanen haben einen wohnungswirtschaftlichen Hintergrund. Zum einen verändern sich durch die beginnenden Modernisierungsaktivitäten in Aufwertungsgebieten die Mietpreise auch für die Gewerbenutzungen, so das insbesondere subkulturelle und improvisierte Nutzungen, die auf preiswerte Räume angewiesen sind, in andere Gebiete ausweichen. Zum anderen ist mit der Etablierung solcher kultureller und subkultureller Nutzungen ein Imagewandel der Wohngebiete verbunden, die in der medialen und öffentlichen Wahrnehmung in „Künstlerviertel", „Galerienquartiere" oder „Szenebezirke" verwandelt werden. Wenn die verschiedenen Formen der Gentrification berücksichtigt werden, wird schnell deutlich, dass große Teile der Innenstädte davon betroffen sind. Dieser Trend ist keine Panikmache von linken AktivistInnen, sondern wird auch von der Immobilienwirtschaft bestätigt. Der Teamleiter der Research-Abteilung bei *Aengevelt Immobilien* ließ sich erst kürzlich mit der folgenden Aussage zitieren: „Gentrifizierung ist ein Prozess, der in jeder Stadt vorkommen kann. Voraussetzung ist ein deutliches Mietpreisgefälle" (*procontra* online 08/2010). Neben einem gewissen Instandsetzungsrückstau und Leerstand zählte er ein unterdurchschnittliches Mietniveau im stadtweiten Vergleich und eine junge und somit umzugsfreudige Bewohnerschaft zu den Voraussetzungen für eine Gentrification.

Wohnviertel, mit noch preiswerteren Mieten, einer überwiegend jungen Bevölkerung und baulichen Modernisierungspotentialen sind faktisch in jeder Stadt zu finden. Gentrification beschränkt sich längst nicht mehr auf einzelne Stadtquartiere sondern entwickelt sich zum neuen städtischen Mainstream. Sie hat damit den Charakter des Exklusiven und Besonderen eingebüßt und nimmt vielerorts einen scheinbar unspektakulären Verlauf. Das Grundproblem der steigenden Mieten und der Verdrängung ärmerer BewohnerInnen jedoch bleibt bestehen. Was dagegen hilft, wäre eine Kehrtwende der Stadtpolitik und eine gründliche Regulation des Wohnungsmarktes. Ob dies gelingt, wird nicht zuletzt von der Stärke der sozialen Bewegungen und ihrer Mobilisierungen abhängen. ★

Zum Autor

Dr. Andrej Holm, arbeitet als Sozialwissenschaftler im Bereich der Stadtforschung und ist seit vielen Jahren in verschiedenen Stadtteilinitiativen und Mieterorganisationen in Berlin aktiv.

Letzte Buchveröffentlichung:
Holm, Andrej
Wir Bleiben Alle! Gentrifizierung – Städtische Konflikte um Aufwertung und Verdrängung
Münster 2010, Unrast-Verlag

Von Britta Kremers

Studierende rechts außen

Einleitung in den Schwerpunkt

Seit 1968 kursiert ein hartnäckiges Missverständnis in der bundesdeutschen Öffentlichkeit: Das Missverständnis, die Studierendenschaft sei links. So verbreitet ist diese Meinung, dass bis heute gut die Hälfte der Studierenden in Deutschland sich selbst entsprechend einstuft und den Verdacht, rechte Positionen fänden an den deutschen Hochschulen Zuspruch, empört zurückweist. Die Tatsachen entsprechen dem nicht: Bereits in den 1970er Jahren hielten sich an den Universitäten recht stabile konservative Milieus, und inzwischen nehmen rassistische und autoritäre Einstellungen auch unter den Studierenden wieder signifikant zu. Der heftige Aktionismus studentischer Protestbewegungen in den letzten Jahren täuscht nur darüber hinweg: Die vermeintliche linke Dominanz ist, misst man das politische Klima an den Hochschulen mit soliden Methoden, nur Schein.

Zu den Milieus, in denen sich rechte bis extrem rechte Positionen bis heute halten, gehören nach wie vor die Studentenverbindungen. Insbesondere die Burschenschaften sind seit je für ihre Rechtslastigkeit bekannt. In jüngster Zeit zeigt sich auch der *Coburger Convent*, ein Dachverband von Landsmannschaften und Turnerschaften, immer offener für die Positionen der sogenannten Konservativen Revolution. An die rechten Milieus an den Hochschulen sucht nicht nur die NPD anzuknüpfen; "neurechte" Kreise um das *Institut für Staatspolitik* und seine Zeitschrift *Sezession* bemühen sich ebenfalls verstärkt um Verankerung in der Studierendenschaft, und dies keineswegs ohne Erfolg.

AntifaschistInnen an den Hochschulen stehen stets vor der Frage, wie mit rechten Milieus in der Studierendenschaft und mit studierenden Neonazikadern umzugehen ist. Soll man die Präsenz von NPD-Aktivisten umstandslos hinnehmen? Soll man sie auch an den Hochschulen bekämpfen? Reicht es aus, kontinuierlich über rechte Umtriebe aufzuklären, oder sind gegen Neonazikader, die gewalttätigen Strukturen angehören und eine potenzielle Bedrohung für nichtdeutsche Studierende darstellen, auch offensivere Methoden des politischen Kampfes wie etwa Outing-Aktionen nötig? Abschließende Bewertungen sind unabhängig vom konkreten Einzelfall kaum möglich; eine umfangreichere Debatte wäre umso wichtiger.

Maximilian Meier beleuchtet die zunehmend autoritären Einstellungsmuster in der vermeintlich linken Studierendenschaft und gibt einen Überblick über rechte Strukturen an den Hochschulen. . . . . .Seite 9

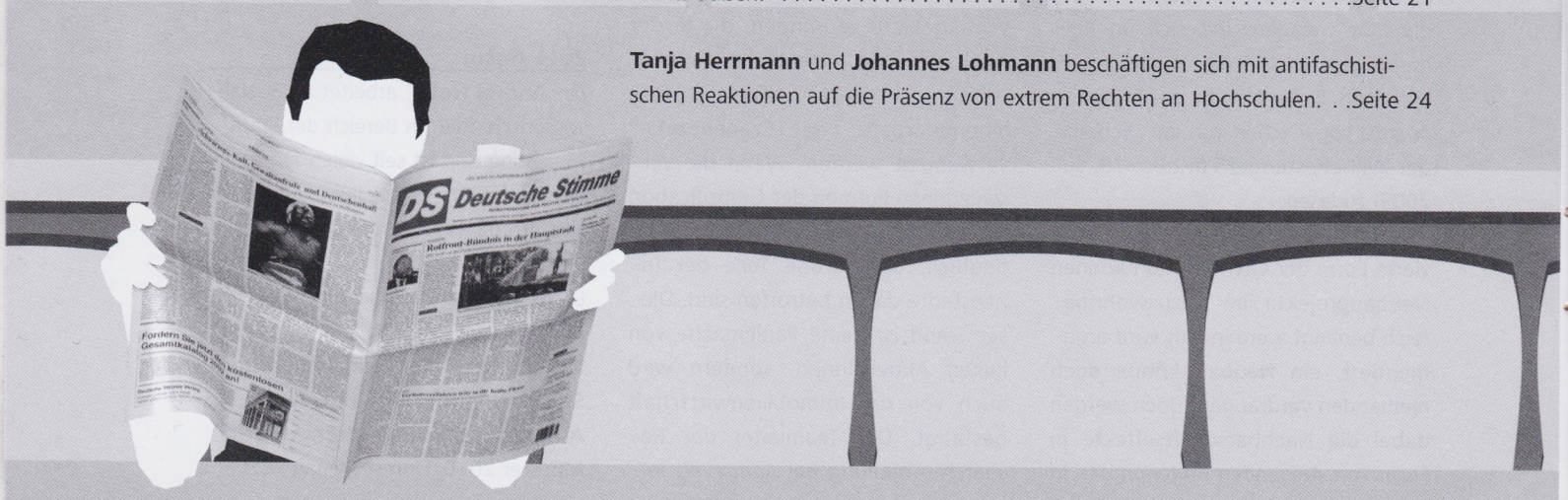
Jan-Henning Schmitt bilanziert die Hochschul-Aktivitäten der NPD. . .Seite 13

Michael Tobruk und **Heinrich Gramstedt** analysieren die universitären Bezüge in der "Neuen Rechten" um das *Institut für Staatspolitik*. . . . . .Seite 15

Jan-Henning Schmitt beschreibt das Milieu der Studentenverbindungen und zeigt die Schnittstellen zwischen Burschenschaften und der extremen Rechten auf. . . . . .Seite 17

Jörg Kronauer gibt einen Einblick in die Ausflüge des *Coburger Convents* nach rechts außen. . . . . .Seite 21

Tanja Herrmann und **Johannes Lohmann** beschäftigen sich mit antifaschistischen Reaktionen auf die Präsenz von extrem Rechten an Hochschulen. . .Seite 24



Von Maximilian Meier

Rechte Studis – gibt's die überhaupt?

Wie sich die Rechtsentwicklung an den Hochschulen niederschlägt

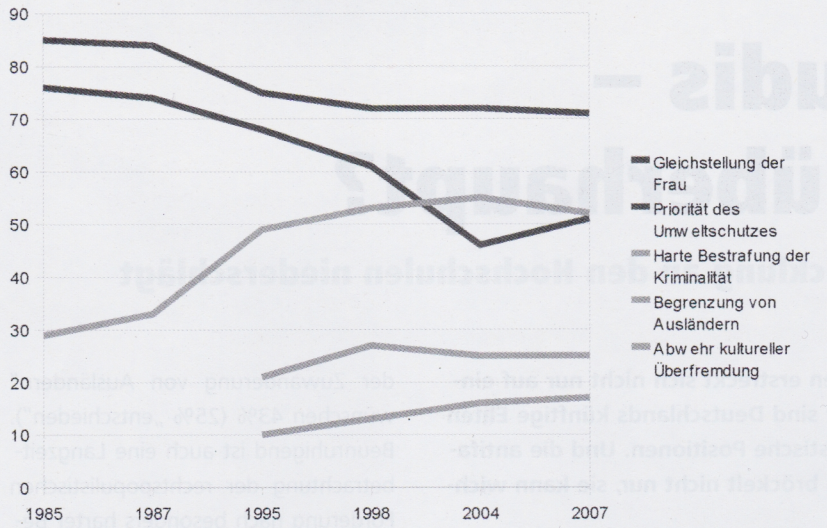
Das Problem mit rechten Student_innen erstreckt sich nicht nur auf einzelne studierende Nazikader. Vielmehr sind Deutschlands künftige Eliten immer öfter offen für rechte und rassistische Positionen. Und die antifaschistische Arbeit an den Hochschulen bröckelt nicht nur, sie kann wichtige Aspekte nicht mehr erfassen.

Die Hälfte aller Studierenden verortete sich im sogenannten Studierendensurvey der Universität Konstanz 2007 „links", ein Viertel sogar „klar links". Die Langzeitstudie, die in nahezu unveränderter Form seit 1983 an bundesdeutschen Hochschulen durchgeführt wird, registrierte bei der Selbsteinstufung als „links" zwar 1993 und 1995 noch einen jeweils um acht Prozentpunkte höheren Wert, doch Anlass zur Sorge scheint aus antifaschistischer Perspektive zunächst nicht geboten – zumal der Bodensatz derjenigen, die sich selbst als „klar rechts" outen, von sechs Prozent 1985 auf aktuell zwei Prozent kontinuierlich verdampft. Auch bescheinigen die einschlägigen Studien zu rechten Einstellungsmustern den Bildungseliten fast durchgängig bessere Werte als denjenigen, denen der Zutritt zu Gymnasien und Hochschulen verwehrt blieb.

Es könne „die Schlussfolgerung gezogen werden, dass unter den Studierenden nur zu einem geringen Teil starke ausländerablehnende Einstellungen bestehen" – so frohlocken das *Hochschul-Informations-System* (HIS) und der *Deutsche Akademische Austausch Dienst* (DAAD) angesichts ihrer Nachbildung der Shell-Jugendstudie zum Themenkomplex Rassismus. HIS und DAAD betonen, die Student_innen wiesen gegenüber den 2.000 befragten Jugendlichen einen Skalenwert von nur 16,8 gegenüber 25,4 auf: Damit falle ihre „Zustimmung zu ablehnenden oder sogar feindlichen Haltungen gegenüber Ausländern im Mittel deutlich geringer aus". Auch die von der *Friedrich-Ebert-Stiftung* publizierte Studie „Vom Rand zur Mitte" und ihre Nachfolgerin „Bewegung in der Mitte" stellen fest, dass Befragte mit höherem formalem Bildungsniveau zwar „besser" abschneiden, räumen jedoch ein: „Da in der Bundesrepublik Deutschland Bildung immer noch ein Privileg ist, kann sich hier sowohl ein Sozialisationseffekt als auch ein Desintegrationseffekt zeigen. […] Möglicherweise ist es Personen mit höherer Bildung auch eher möglich, im Sinne einer sozialen Erwünschtheit zu antworten." Gemeint ist: Oftmals sind die Fragebögen für die Umfragen so plump konstruiert, dass Studierende mit einem „so würde ich das nicht formulieren!" reagieren und rechten Aussagen aus intellektueller Überheblichkeit die Zustimmung verweigern. Sie „wittern" quasi, „in die rechte Ecke gestellt zu werden", und positionieren sich beim Ausfüllen der Fragebögen vornehm anders.

Ein Beispiel, wie die tatsächlich vorhandenen rassistischen Einstellungsmuster bei Studierenden in den genannten Studien verharmlost werden, bietet die Sonderauswertung des Studierendensurveys. Darin zeigt sich: Den Wunsch nach einer „Abwehr kultureller Überfremdung" bejahen 33% (17% „entschieden"), die „Begrenzung der Zuwanderung von Ausländern" wünschen 43% (25% „entschieden"). Beunruhigend ist auch eine Langzeitbetrachtung der rechtspopulistischen Forderung nach besonders harter Bestrafung von Kriminalität. 1985 stimmten dieser Forderung nicht einmal ein Drittel der Studierenden zu (29%), 2007 waren es mehr als die Hälfte (52%), in der Spitze (2005) sogar 55%. Im selben Zeitraum nahm die Unterstützung für populäre emanzipatorische Forderungen kontinuierlich ab: Die Zustimmung zum Wunsch nach einer Gleichstellung der Frau sank von 85% auf 71%, die Bejahung einer Priorität des Umweltschutzes vor wirtschaftlichem Wachstum ging von 76% auf 51% zurück (2005: 46%). Bemerkenswert ist auch, dass Studierende sämtlicher politischer Lager bis hin zu denjenigen, die sich als „kommunistisch" einschätzen, bei der Frage nach harter Bestrafung von Kriminalität durchschnittlich rechts der Mitte ankreuzen.

Vor diesem Hintergrund ist es nicht verwunderlich, dass sich gegenwärtig trotz Bildungsstreik-Aktivismus und Uni-Besetzungen keine Basis für antifaschistische Arbeit an den Hochschulen herausbilden möchte. Besonders drastisch zeigt dies ein Beispiel aus München. Zu Beginn war die Protest-Besetzung der dortigen Kunstakademie stark von linken und antifaschistischen Gruppen getragen. Nach dem „Umzug" der Besetzung in den Audimax der *Geschwister-Scholl-Universität* konnte Mitte November gerade noch ein Konsens erreicht werden, dass im Plenum während gleichzeitig stattfindender Aktivitäten gegen ein Nazi-"Heldengedenken"



Quelle der Daten: "Studierendensurvey: Entwicklungen zwischen 1983 und 2007"

keine Beschlüsse gefasst würden; dies sollte es den Besetzer_innen ermöglichen, sich ohne Nachteile an den Anti-Nazi-Aktivitäten zu beteiligen. Von diesem Zeitpunkt an verschlechterte sich das Klima zusehends: Transparente wurden bemäkelt, ein Konsens zum Ausschluss von Verbindungsstudenten konnte nicht hergestellt werden, zum Teil erfolgten offene Anfeindungen gegen Antifaschist_innen. Mitte Dezember dann war der Tiefpunkt erreicht: An einer der mittlerweile sehr klein gewordenen Bildungsstreik-Demos konnten Farbe tragende Verbindungsstudenten aus der *Burschenschaftlichen Gemeinschaft* unter Federführung der *Burschenschaft Danubia München* für alle erkennbar teilnehmen, ohne auf Widerspruch zu stoßen. Sie verteilten dort ein Flugblatt mit dem Slogan „Ökonomisierung & Internationalisierung sind eineiige Zwillinge", das eine klare nationalistische Stoßrichtung aufwies.

Die Ereignisse in München sprechen eine drastische Sprache, aber sie sind dennoch symptomatisch. Zahlreiche Student_innen haben sich im Vergleich zu früheren Jahrzehnten weitgehend sozialer Zielsetzungen und gesellschaftlicher Verantwortung entledigt. An deren Stelle ist das Streben nach individuellem Weiterkommen getreten: „Gute Bildung" für eine aussichtsreiche Positionierung am Arbeitsmarkt – unter den gegebenen Bedingungen ist das ein in der Tat nachvollziehbares Ziel. Mit wem und mit welchen Argumenten man jedoch die Voraussetzungen für „gute Bildung" erkämpft – das unterliegt inzwischen einer wachsenden Beliebigkeit.

Beispiele? Während im Sommer 2006 viele begeistert auf die Studiengebührenproteste in Hessen, auf Autobahnblockaden und brennende Straßen blickten (und im Film „Kick it like Hessen" nach wie vor blicken), wurde an der Uni Frankfurt zu den Protesten mit einem standort-nationalistischen Flugblatt mobilisiert. Die Leier vom „Rohstoff Geist", den Deutschland benötige, weil es über keine Bodenschätze verfügt, gehört mittlerweile nicht nur zum Standard-Repertoire von SPD und Grünen, sondern wird oftmals in studentischen Protesten unreflektiert weiter getragen. Auch Aktionen nehmen bisweilen schräge Formen an. Beispielsweise marschierten im Mai dieses Jahres in Gießen 300 Student_innen nach einer Infoveranstaltung spontan zu einer Filiale der *Commerzbank*. Einige lösten dort ihre Konten auf, weil angekündigt worden war, dass die Vorstandsgehälter erhöht werden sollen. Das zeugt – gelinde gesagt – von keiner besonders fundierten Kritik der Politischen Ökonomie.

Zwar drohen die Studierenden im Moment (noch) nicht auf breiter Front ins rechte Spektrum abzurutschen. Doch zeigt sich die wachsende politische Beliebigkeit auch am Studierendensurvey: Standen 1990 noch 87 Prozent der Student_innen dem National-Konservatismus ablehnend gegenüber, sank dieser Anteil bis 2007 um 13 Prozentpunkte auf weniger als drei Viertel der Studierendenschaft. Auch die Ablehnung einer christlich-konservativen Grundausrichtung wird nicht einmal mehr von einem Drittel der 2007 Befragten getragen. 1990 waren es noch 43 Prozent. Die „Entscheidungslosigkeit" und die „gleichgültige Hinnahme", die der Studierendensurvey den Student_innen attestiert, versuchten diese unter anderem bei der Münchner Uni-Besetzung mitunter in eine „basisdemokratische" Haltung umzuinterpretieren: So spielte das Argument, man benötige zur Durchsetzung der Forderungen die Unterstützung sämtlicher Studierenden, eine wichtige Rolle in der Diskussion um den Ausschluss von Verbindungsstudenten. Zugleich wurden dabei viele vergessen und durch die strukturellen Rahmenbedingungen bei den Besetzungen oftmals faktisch ausgeschlossen: internationale Studierende, Studierende mit Kind, Studierende mit Handicap oder chronischer Krankheit. Ihre Belange spielen bei den Bildungsprotesten in Deutschland – anders als teilweise in Österreich – allenfalls eine Nebenrolle.

Bei aller Kritik an den studentischen Protesten sollte jedoch nicht vergessen werden, dass auch diese keineswegs homogen beziehungsweise homogen schlecht verlaufen. Das Gefälle zwischen den Hochschulen ist sehr groß, und vielerorts setzen engagierte Genoss_innen erfolgreich positive Akzente. Doch insgesamt gesehen scheinen linke Strukturen an den Hochschulen kontinuierlich zu bröckeln. Was die antifaschistische Arbeit angeht, ist der Erosionsprozess so weit fortgeschritten, dass es kaum noch möglich ist, einen solide fundierten allgemeinen Überblick über rechte Aktivitäten an den Hochschulen zu bieten. Behelfsweise müssen Einzel-

beispiele herangezogen werden, um die unterschiedlichen Muster rechter Agitation darzustellen. Es fehlt an übergreifender Koordination und an Austausch zwischen den antifaschistischen Strukturen an den Hochschulen – und: Viele antifaschistische Aktivist_innen nehmen, obwohl sie selbst studieren, die Hochschulen immer seltener als Feld für ihre politische Praxis wahr.

Das Verbindungswesen

Eine Bank der Rechten mit jahrhundertelanger Kontinuität an den Hochschulen stellen nach wie vor die Studentenverbindungen dar. Obwohl nicht jede Verbindung – und schon gar nicht jeder einzelne Verbindungsstudent – rechts außen zu verorten ist, bewahren die Korporationen ultrakonservative Prinzipien in ihrer Organisationsstruktur. Und sie stehen ihren völkisch-nationalistischen und mitunter nazistischen Couleurbrüdern zuverlässig zur Seite, wenn diese in die Kritik geraten. Studentenverbindungen mussten Ende der 1960er Jahre einen freien Fall ihrer Mitgliedszahlen bei den aktiven Studenten hinnehmen, konnten sich augenscheinlich aber in den letzten Jahren auf niedrigerem Niveau stabilisieren. Sie stehen mit der oftmals vorgenommenen Verdichtung der Studienpläne im Zuge der Umstellung auf Bachelor und Master möglicherweise vor dem Problem, dass den Aktiven nicht die notwendige Zeit für die ausschweifenden Gemeinschaftsrituale auf der Verbindungsbude bleibt.

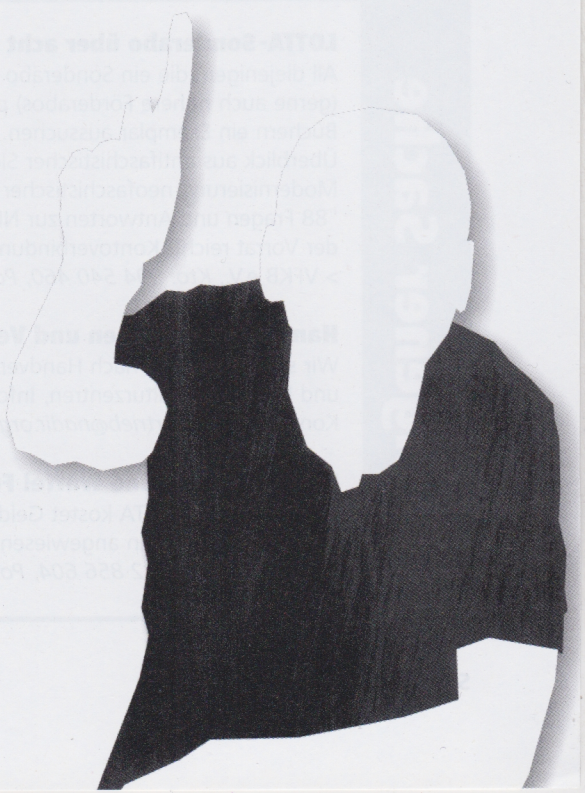
Drastischer könnte sich die prinzipiell verkürzte Zeit bis zum ersten berufsqualifizierenden Abschluss auswirken: Vielfach ist die Angliederungsphase an den Lebensbund erst zum Ende des dritten Semesters abgeschlossen – dann aber ist schon beinahe die „Halbzeit" des Studiums erreicht. Die Zeit als aktiver Bursche, in der man als Chargierter Aufgaben übernehmen kann, fällt damit wesentlich kürzer aus als früher. Denn bereits im sechsten oder siebten Fachsemester gilt es mit einem Bachelor abzuschließen, wozu sich der Großteil der Korporierten „inaktivieren", also von besonderen Aufgaben freistellen lässt. An den Universitäten könnte die Problematik deutlich zutage treten; weniger stark dürfte sie aber die Verbindungen treffen, die erfolgreich an Fachhochschulen agieren. Denn dort entfällt gegenüber den alten Diplomstudienordnungen meist nur eines von zwei Praxissemestern. Interessant wird sein, ob und gegebenenfalls wie das Korporationswesen auf die veränderte Situation reagiert. Ein Beispiel: Die *Burschenschaft Markomannia Wien zu Passau* – Mitglied der *Burschenschaftlichen Gemeinschaft* – ist in den letzten Semestern an den FH-Standort Deggendorf „umgezogen" und unterhält dort eine Art „Filialbetrieb". An der Universität in Passau selbst ist sie dagegen offenbar inaktiviert.

Rechte im Studium

Rechte Kader, die nicht in Studentenverbindungen organisiert sind, sondern als Einzelpersonen auftreten, verhalten sich im Studium sehr unterschiedlich. Der prügelnde **Mario Matthes** an der Uni Mainz sticht dabei zwar spektakulär heraus; sein Agieren darf aber als Ausnahme gewertet werden. Wesentlich geschickter erscheint das Vorgehen von JN-Kader **Matthias Gärtner**, der an der Uni Magdeburg Politikwissenschaften studiert. Eine direkte und harte antifaschistische Intervention machte es ihm zwar im Januar dieses Jahres unmöglich, ein Referat zu halten; allerdings konnte er sich dadurch als Opfer inszenieren. **Ragnar Dam** hingegen glitt insgesamt unauffälliger durch sein Studium der Biologie und Genetik in Greifswald, bis bei ihm, einem Kader der *Heimattreuen Deutschen Jugend* (HDJ), Hausdurchsuchungen stattfanden und an seinem Institut Outing-Flyer auftauchten. Bei der HDJ hatte er wohl auch „Rasseschulungen" durchgeführt. Einen traditionellen Weg, ungestörtes Nazi-Sein mit einem Studium zu verbinden, hatte **Nico Ernst** eingeschlagen: Der heutige *pro Bonn*-Aktivist, der auch „Freie Kameradschaften" und die NPD als Stationen durchlaufen hat, entschied sich während seines Studiums für die *Alte Breslauer Burschenschaft der Raczeks zu Bonn*. Inzwischen hat er sein Studium allerdings abgebrochen.

Hochschulpolitische Mitgestaltung?

Ein flächendeckender „Kampf um die Studierendenparlamente" seitens der extremen Rechten ist derzeit nicht zu erkennen. Dennoch inszeniert sie sich hochschulpolitisch auf unterschiedliche Weise. Einige Semester zurück liegt die Wahlkandidatur des NPD-Kaders **Safet Babic** an der Universität Trier. Babic gründete dazu eine eigene (Tarn-)Liste. Bei deren ersten Anlauf gelang es, ihren Einzug zu verhindern. Im Jahr darauf war Babic erfolgreich. Seine Aktivitäten konnten die Arbeit des Studierendenparlaments zwar zeitweilig etwas blockieren, schlussendlich blieb er aber isoliert. Schwieriger ist eine solche Isolation zu erreichen, wenn Rechtsaußen-Aktivisten über den CDU-nahen *Ring Christlich Demokratischer Studenten* (RCDS) agieren. Dieser ist nach jahrzehntelanger Bedeutungslosigkeit heute wieder in der Lage, gelegentlich AStA-Koalitionen zu bilden. Vereinzelt sickern auch Nazis in seine Reihen ein. Hohe



Wellen schlug der Fall **Matthias Müller**: Er war nicht nur auf NPD-Aufmärschen gesehen worden und als Regionalvorsitzender der *Jungen Landsmannschaft Ostdeutschland* (JLO) aktiv, sondern amtierte auch stellvertretender Vorsitzender des Gießener RCDS.

Auch die völkische Burschenschaftsszene wird vereinzelt hochschulpolitisch aktiv. Auf dem Mainzer Campus warb die *Burschenschaft Germania Halle zu Mainz* nicht nur für ihre Veranstaltungen, sondern auch für ein „Bündnis gegen Links". Die Flugblatt-Verteilaktionen der Schmissgermanen in der Mensa konnten mit Hilfe des Studierendenwerkes unterbunden werden. An der Universität Greifswald trat mit **Christoph Böhm** ein Mitglied der dortigen *Burschenschaft Markomannia* als Einzelkandidat bei Wahlen an. Antifaschist_innen gelang es, ihn zu enttarnen; seine Kandidatur scheiterte. Doch wieviele Rechte sich in Fachschaften und Student_innenräten tummeln, wo tendenziell personen- und nicht programmorientiert gewählt wird, ist gar nicht zu überblicken. Der studentischen Selbstverwaltung kann durchaus eine Strukturkrise attestiert werden, aus der heraus vielerorts jede augenscheinlich engagierte Person mit Handkuss begrüßt wird – unabhängig von ihrer politischen Orientierung.

Blinde Flecken

Dabei scheint es, als ob rechte Studenten (sic!) noch verhältnismäßig häufig identifiziert und ihre Präsenz oft mit Erfolg öffentlich problematisiert werden können. Ganz anders stellt sich die Situation in der Wissenschaft dar, wo rassistische Genomforschung nicht erst seit **Sarrazin** ein Revival erfährt. Ebenso unüberschaubar sind die Schreibaktivitäten von Hochschulangehörigen in rechten Publikationen wie der *Jungen Freiheit*. Und auch aus der Gender-Perspektive weist die antifaschistische Arbeit erheblich Defizite auf: Der Blick ist kontinuierlich auf rechte Männer fixiert. Das ist keineswegs folgenlos: An der ansonsten antifaschistisch „gut aufgestellten" Uni Mainz konnte eine Frau seelenruhig promovieren, die „Gewalt gegen Inländer" halluzinierte und bis vor kurzem Artikel von *Politically Incorrect* (PI-News) und der *Jungen Freiheit* auf ihrer Homepage verlinkte: **Kristina Schröder** ist ungehindert steil aufgestiegen, bis an die Spitze des Bundesfamilienministeriums. Dort kontrolliert sie jetzt Initiativen gegen Rechts und legt zugleich millionenschwere „Anti-Antifa"-Programme" auf. ★

Literatur

BMBF (Hg)
Wandel politischer Orientierungen und gesellschaftlicher Werte der Studierenden. Studierendensurvey: Entwicklungen zwischen 1983 und 2007, 2008.

DAAD/HIS
Aspekte der Internationalität deutscher Hochschulen. Internationale Erfahrungen deutscher Studierender an ihren heimischen Hochschulen
E.i.S., Bonn, 2007. Zitiert nach: http://www.his.de/pdf/21/daad_band63.pdf

Friedrich Ebert Stiftung (Hg)
Vom Rand zur Mitte. Rechtsextreme Einstellungen und ihre Einflussfaktoren in Deutschland
Wagemann Medien GmbH, Berlin, 2006

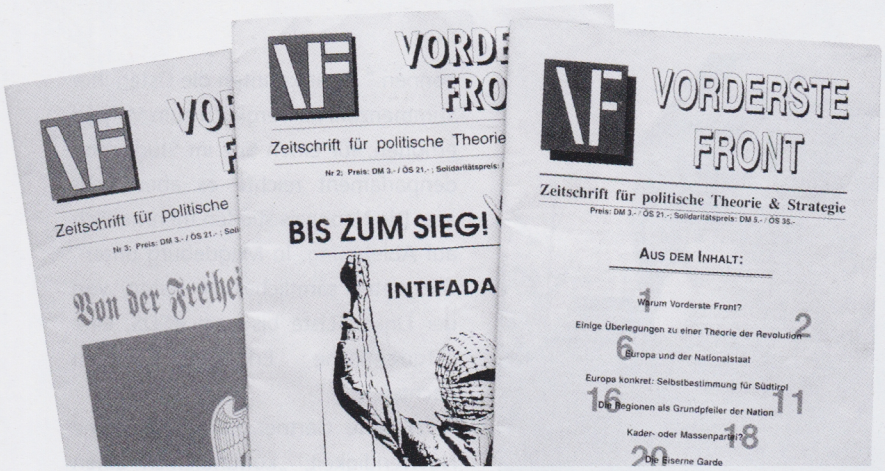
Friedrich Ebert Stiftung (Hg)
Bewegung in der Mitte. Rechtsextreme Einstellungen in Deutschland 2008 mit einem Vergleich von 2002 bis 2008 und der Bundesländer
Wagemann Medien GmbH, Berlin, 2008

In eigener Sache

LOTTA-Sonderabo über acht Ausgaben abschließen und ein Büchergeschenk auswählen!
All diejenigen, die ein Sonderabo über zwei Jahre abschließen und die fälligen Abokosten in Höhe von 26 Euro (gerne auch höhere Förderabos) per Vorkasse auf unser Konto überweisen, dürfen sich aus unserem Sortiment an Büchern ein Exemplar aussuchen. Zur Auswahl stehen "Studentenverbindungen in Deutschland. Ein kritischer Überblick aus antifaschistischer Sicht" von Felix Krebs und Jörg Kronauer, "'Autonome Nationalisten'. Die Modernisierung neofaschistischer Jugendkultur" herausgegeben von Jürgen Peters und Christoph Schulze sowie "88 Fragen und Antworten zur NPD" herausgegeben von Fabian Virchow und Christian Dornbusch. Nur solange der Vorrat reicht. Kontoverbindung für Abos:
> VFKB e.V., *Kto: 994 540 460, Postbank Dortmund, BLZ: 440 100 46*

HandverkäuferInnen und Verkaufsstellen gesucht!
Wir suchen ständig nach HandverkäuferInnen für Demos und Veranstaltungen. Natürlich suchen wir auch Buch- und Infoläden, Kulturzentren, Infotische und Kneipen, die LOTTA anbieten möchten.
Kontakt: *lotta-vertrieb@nadir.org*

Solidarität ist eine Waffe! Für den Erhalt und Ausbau der LOTTA spenden!
Ein Projekt wie LOTTA kostet Geld, viel Geld. Die Abogebühren decken nur einen kleineren Teil davon ab. Darum sind wir auf Spenden angewiesen. Jeder Betrag ist willkommen. Die Kontoverbindung unseres Förderkontos lautet:
> VFKB e.V., *Kto.: 22 856 604, Postbank Frankfurt/Main, BLZ 50010060*



Von Jan- Henning Schmitt

Keine Sogwirkung

NPD- Aktivitäten an den Hochschulen

Eine „Sogwirkung im rechtsgerichteten Studenten- und Verbindungsmilieu und eine steigende Attraktivität der Partei für Akademiker" erhoffte sich der NPD- Vordenker Jürgen Gansel 2009 vom Wiedereinzug seiner Partei in den sächsischen Landtag. Für die Sammlung der Studierenden verfügt die NPD über eine eigene Unterorganisation, den Nationaldemokratischen Hochschulbund e.V. (NHB). Der NHB entfaltet allerdings seit Jahren keinerlei hochschulpolitische Aktivitäten mehr. An seine Stelle ist der Nationaldemokratische Bildungskreis der Jungen Nationaldemokraten (JN) getreten.

Den letzten hochschulpolitischen Erfolg konnte die NPD 2003 vorweisen. Damals gelang es dem Jurastudenten **Safet Babic**, mit der von ihm gegründeten *Freiheitlichen Sozialen Liste* einen Sitz im Studierendenparlament der Universität Trier zu erringen. Während seiner Amtszeit wetterte Babic gegen die „linke Meinungsdiktatur" und warf dem AStA vor, sich außerhalb des gesetzlichen Rahmens zu bewegen. Eine Klage Babics gegen den AStA scheiterte allerdings vor dem Oberverwaltungsgericht. Zu Beginn seines Studium hatte Babic noch einen anderen Weg der politischen Betätigung gewählt. Unerkannt gelang es ihm zwei Jahre zuvor, selbst im AStA mitzuarbeiten; eine Kandidatur auf der Juso- Liste scheiterte nur an der Enttarnung des NPD- "U- Bootes". Mittlerweile sitzt Babic für die NPD im Trierer Stadtrat, seine hochschulpolitischen Ambitionen hat er aufgegeben. Babics „Erfolge" in Trier sind die letzten NHB- Aktivitäten an den Unis gewesen.

Der Nationaldemokratische Hochschulbund

Den NHB hatte die NPD 1967 gegründet. Zu den Hochzeiten der Partei Ende der 1960er Jahre konnte er 17 Hochschulgruppen mit 250 Mitgliedern vorweisen. Doch mit dem Bedeutungsverlust der Mutterpartei schwanden auch die NHB- Mitgliederzahlen. In den 1980er war die Gruppe Köln/Wuppertal die letzte NHB- Gruppe. Die Studentenorganisation war nicht nur an den Hochschulen, sondern auch innerhalb der NPD nahezu bedeutungslos geworden. Dies änderte sich erst Ende der 1980er und Anfang der 1990er Jahre als sich der NHB, unter anderem in seiner neuen Zeitschrift *Vorderste Front*, immer stärker „nationalrevolutionären" Inhalten zuwandte. Der NHB vertrat fortan einen „Befreiungsnationalismus", der die „Zerschlagung der Macht der US- Kapitalisten" forderte, weil die USA die „Hauptträger des weltweiten Imperialismus" seien. Gegen die USA wollte man mit anderen „freien Völkern" einen „gemeinsamen antiimperialistischen Befreiungskampf" führen. Zu dieser Zeit führte der gebürtige Bergisch- Gladbacher **Martin Laus**, ehemaliger Landesvorsitzender RLP und später Kreisvorsitzender der NPD in Mettmann/Düsseldorf, den NHB. Laus gehört heute zum Sprecherrat der *Deutschen Akademie*.

Dem NHB kam nun eine ideologiebildende Funktion innerhalb der NPD zu. Wie auch die JN, zu der seit jeher große personelle Überschneidungen bestanden, sorgte der NHB in den 1990er Jahren für eine Radikalisierung der NPD- Programmatik und trug damit zur steigenden Attraktivität der NPD für „parteifreie AktivistInnen" bei. Wirkung erzielte auch das 1991 veröffentlichte NHB- Papier „Schafft befreite Zonen", in denen die KameradInnen aufgefordert wurden, „Gegenmacht" und „Freiräume" sowie „Aufmarsch- und Rückzugsgebiete" aufzubauen. Diese sollten es der „nationalen Bewegung" ermöglichen, ungestörter vom Staat und vom politischen Gegner zu agieren. Auch die Gründung eigener Unternehmen und anderer Infrastruktur schlug der NHB vor. Die Idee einer „national befreiten Zone", oftmals verstanden als ein Territorium, in dem Neonazis dominieren, inspiriert neonazistische Gruppen bis heute – selbst wenn sie das NHB- Papier nie gelesen haben.

Um die Bedeutungslosigkeit der NPD an den Hochschulen zu überwinden, versuchten NHB- Funktionäre stets den Brückenschlag ins burschenschaftliche Spektrum. **Dietmar Engelhard**, damals stellvertretender NHB- Bundesvorsitzender, forderte 1999 im extrem rechten Strategieorgan *Nation & Europa:* „Im Zuge der vielbeschworenen und notwendigen Intellektualisierung des nationalen

Martin Laus auf einer Demonstration gegen die Ausstellung "Verbrechen der Wehrmacht" am 2. Februar 2002 in Bielefeld

Lagers wäre es angebracht, sich verstärkt studentischer Korporationen anzunehmen. Häufig besteht dort noch ein gesundes Verhältnis zu traditionellen Werten und Idealen, das man beim Rest der angehenden Akademikerschaft oft vergeblich sucht." NPD- Mitglieder haben zumindest in einigen, dem völkisch- nationalistischen Flügel der *Deutschen Burschenschaft* zuzurechnenden Studentenverbindungen eine politische und akademische Heimat gefunden. Die von **Jürgen Gansel** erhoffte größere Sogwirkung der NPD auf das Klientel der Burschenschaften blieb aber bis dato aus.

Der Nationaldemokratische Bildungskreis

An die Stelle des NHB ist seit einigen Jahren der *Nationaldemokratische Bildungskreis* (NBK) getreten, der keine eigenständige Organisation, sondern eine JN- Untergliederung ist. Die Idee des NBK ist untrennbar mit einer neuen studierenden Generation von JN- Funktionären verbunden, die seit 2007 die NPD- Jugendorganisation anführen. Im JN- Bundesvorstand schaffte der neue Vorsitzende, der Politikstudent **Michael Schäfer**, ein *Amt Nationaler Bildungskreis (NBK)/Schulung*, welchem **Matthias Gärtner** (er studiert ebenfalls Politikwissenschaft) vorsteht. Schäfer wie Gärtner waren vor ihrem Eintritt in die NPD lange Jahre in Freien Kameradschaften aktiv.

Bei der JN heißt es, man habe mit dem NBK einen „arbeitsfähigen Zirkel im Kampf um die Köpfe" geschaffen. An anderer Stelle charakterisiert sich der NBK selbst als „Schulungs- und Weiterbildungsinitiative und zugleich die Studenten- und Graduiertenplattform der JN." Hochtrabende Worte der JN- Führung, deren Erfolge in der Bildungsarbeit aber uneinheitlich ausfallen. Unbestritten ist, dass die internen Schulungen der JN verstetigt wurden; allerdings beschränken sich die Aktivitäten weitestgehend auf die Bundesländer Sachsen und Sachsen-Anhalt.

Neben der Bildungsarbeit versuchte die NPD mit dem NBK auch wieder in der Hochschulpolitik mitzumischen. In seinem Antritts- Interview in der *Deutschen Stimme* erklärte Schäfer: „Neben der Bildungsarbeit in den Verbänden soll der NBK auch gezielt Studenten ansprechen und in die JN integrieren." 2007 gründeten die JN-Kader an den Unis von Magdeburg und Halle die Uni- Listen *Studentische Interessen statt Politik* und *Freies Denken*. Der erste Wahlantritt führte nicht zum Erfolg. Im nächsten Jahr bekannten sich die Listen offen dazu, mit dem *Nationaldemokratischen Bildungskreis* und der JN verbunden zu sein. Die Liste *Freies Denken* warb, dass sie die „erste nationalistische Studentengruppierung seit Jahren" sei. Es gelte „eine universitätsgebundene Sammelstelle studierender Nationalisten zu errichten, um die geistigen Kräfte eines vierten Deutschlands effizient entfalten zu können." Zwar konnten die Listen ihre Stimmenzahl im Vergleich zum Vorjahr erhöhen, für einen Sitz im Studierendenparlament reichte es aber nicht aus. Die Neonazis stießen mehrheitlich auf Ablehnung. In Magdeburg unterzeichneten sämtliche Uni- Listen, von der Linken Liste bis zum RCDS, eine „Studentische Erklärung gegen Rechts".

Erkannte Gärtner noch 2008 eine Notwendigkeit, „kontinuierlich einen Antritt zu studentischen Wahlen im allgemeinen zu gewährleisten" und den „Kampf im vorpolitischen Raum der JN im Bezug auf den Hochschulrahmen herbeizuführen", trat man 2010 nicht mehr zu den Wahlen an. In einer knapp gehaltenen Erklärung verkündeten die NBK- Listen, sich bewusst dazu entschlossen zu haben. Gründe für diesen Entschluss wurden nicht genannt.

Perspektiven

Mit den Listen des NBK versucht die NPD seit langer Zeit wieder einmal, hochschulpolitisch aktiv zu werden. Wenn die Wahlkandidaturen dieses Jahr auch auf Eis gelegt wurden – unwahrscheinlich ist, dass von weiteren Aktivitäten an den Hochschulen Abstand genommen wird, denn immer mehr Mitglieder von NPD und „Freien Kräften" beginnen ein Studium. Damit stellt sich für die NPD die Frage, ob sie diesen Personen ein Betätigungsfeld an den Hochschulen bietet oder ob diese nur für die eigene Bildungs- und Parteiarbeit eingesetzt werden sollen. Vor genau dieser Frage stand in den vergangenen Jahrzehnten bereits eine andere Partei der extremen Rechten: die *Republikaner*. Diese versuchten gleich zweimal, einen *Republikanischen Hochschulverband* (RHV) aufzubauen: Einmal 1989 bundesweit, als die REP ihren großen Aufschwung hatten, einmal 1996 in Marburg. Beide Male waren übrigens Burschenschafter maßgeblich an den Organisationsversuchen beteiligt, die jedoch schon bald darauf sang- und klanglos versandeten. Ob die NPD mehr Erfolg haben wird, muss sich zeigen. ★

Von Michael Tobruk und Heinrich Gramstedt

Intellektuell gerüstet

Das »neurechte« Milieu sucht die Nähe zum universitären Diskurs

Das elitäre Selbstbewusstsein „neurechter" Akteure speist sich nicht nur aus der Ideengeschichte der extremen Rechten, sondern ebenso aus dem Bedürfnis des „neurechten" Milieus nach wissenschaftlicher Legitimation. Auch praktisch- politisch suchen Organisationen der „Neuen Rechten" an den Hochschulen Fuß zu fassen.

„Die erfahrbare Realität des multikulturellen Experiments gibt Sarrazin recht. Wer ihm zustimmen will, muß nicht zuvor dicke Bücher lesen, um seine Zustandsbeschreibung nachvollziehen zu können. Die breite Masse erlebt die multikulturelle Realität jeden Tag", schreibt **Alexander Röhlig**. Sein Artikel „Entkommen – Thilo Sarrazin" erschien im Dezember 2009 in der „neurechten" Zeitschrift *Sezession*. Röhlig, Jahrgang 1988, publiziert nicht nur im Theorieorgan *Sezession* und in dem als Schülerzeitung auftretenden rechten Onlineportal *Blaue Narzisse*. Er ist zugleich Student der Philosophie und Geschichte an der *Ruhruniversität Bochum*. Wer einen Blick in das Autorenverzeichnis der *Sezession* wirft, stellt fest, dass nahezu alle dort genannten Autoren noch studieren oder bereits über einen Hochschulabschluss verfügen. Dies sollte bei einer Institution der „intellektuellen" Rechten nicht verwundern, bei der „Neuen Rechten" gehört Wissenschaftlichkeit jedoch zum Konzept der Selbstlegitimation. Und dies verlangt die Verankerung an den Universitäten.

Sezession und IfS

Die zweimonatlich erscheinende Zeitschrift *Sezession* ist ein Publikationsort für jene „neurechten" Theorien, die variantenreich den Gleichheitsgedanken verwerfen und stattdessen einer Elite das Primat gesellschaftspolitischen Handelns übergeben wollen. Die Zeitschrift ist das Hausblatt des rechten *Instituts für Staatspolitik* (IfS). Dieses setzt im Hintergrund die Themen und baut das Netzwerk auf, das langfristig für einen rechtskonservativen Umschwung in Gesellschaft und Politik sorgen soll.

Das IfS steht ideen- und organisationsgeschichtlich in der Tradition der „Neuen Rechten". Diese Strömung innerhalb der extremen Rechten suchte nach der Wahlniederlage der NPD bei der Bundestagswahl 1969 eine politische Strategie, die der Rechten den Weg aus der gesellschaftlichen Isolation ebnen sollte. Eine dieser Strategien war der Versuch, die eigenen ideologischen Prämissen mit pseudowissenschaftlichen Belegen für die angebliche Richtigkeit eines antiegalitären Weltbildes zu untermauern. Dergestalt mit vermeintlicher Seriosität versehen, sucht das „neurechte" Milieu seither auf die hegemonialen Diskurse in der Gesellschaft Einfluss zu nehmen. So entstand die „Neue Rechte" als eigenständiger Versuch der extremen Rechten, die seit den 1960er Jahren in Westdeutschland von der akademischen Linken dominierten Hochschulen als Diskursfeld neu zu erschließen.

Auf diese den eigenen Standpunkt als objektive Wissenschaft ausgebende Strategie setzt die Arbeit des IfS. Gern umgibt man sich hier mit dem Nimbus akademischer Weihen. So publiziert das Institut unregelmäßig erscheinende Broschüren unter dem sinnfälligen Titel „Wissenschaftliche Reihe" und bietet darüber hinaus Studierenden Stipendien an. Veranstaltungen des IfS, so etwa einige Zusammenkünfte der Reihe „Berliner Kolleg", fanden sogar in Räumen der TU Berlin statt – man sucht also auch die räumliche Nähe zu den wissenschaftlichen Institutionen. Unter dem Titel „Curriculum Dextrum" bot das IfS zudem interessierten Studenten einen Weltanschauungs- und Lektürekurs an, nach dessen Abschluss die Teilnehmer als weltanschaulich gefestigte und intellektuell gerüstete Kader die intellektuellen Bataillone der extremen Rechten stärken sollten. Dies alles zeigt: Ein akademischer Habitus ist, anders als in anderen rechten Milieus, unentbehrlicher Bestandteil der neurechten Selbstdistinktion. So nimmt es nicht wunder, dass fast ausnahmslos alle Kader des IfS akademisch graduiert sind.

StudiVZ und SchülerVZ

Dass das IfS unter den Studierenden ebenso Anhänger hat wie unter jenen, die später einmal studieren wollen, zeigt ein Blick in *SchülerVZ* und *StudiVZ*. In diesen sozialen Netzwerken sind IfS- Anhänger mit Gruppen zu „neurechten" Identitätsthemen – Stichwort: **Ernst Jünger** – ebenso vertreten wie in der politisch sehr heterogenen *Studi VZ*- Gruppe „Konservativ@StudiVZ.de". Aufschlussreich lesen sich die Profile jener Nutzer, die angeben, die *Sezession* zu lesen. Denn zugleich outen sie sich wahlweise als rechte Neofolkfans, **Julius Evola**- Leser oder Anhänger chauvinistischer und sexistischer Frauenbilder. Für extrem rechte Interessen Gleichgesinnte zu finden, stellt auf *StudiVZ* kein Problem dar, solange die Nutzer nicht mit explizit neonazistischen Symbolen oder Inhalten hantieren. Zwar werden von den Moderatoren gelegentlich Nutzer gelöscht,

Cover der Postillen "Blaue Narzisse" und "Sezession"

die allzu offensichtlich extrem rechte Inhalte verbreiten. Doch die Subtexte der Binnenkommunikation zwischen elitären **Gottfried Benn**-Lesern und studentischen Abonnenten der *Jungen Freiheit* werden dadurch kaum gestört. Wie in einem Prisma spiegelt sich die intellektuelle extrem rechte Ideenwelt in den Foren der sozialen Netzwerke.

Blaue Narzisse

Enge Verbindungen entwickelten sich in den letzten Jahren zwischen der 2004 gegründeten Schülerzeitung *Blaue Narzisse* und dem IfS. Die *Blaue Narzisse* wurde zunächst in Chemnitz an den Gymnasien der Autoren vertrieben. Inhaltlich beschäftigte sie sich mit ähnlichen Themenfeldern wie *Sezession* oder *Junge Freiheit*, allerdings schilderte sie den „Kulturverfall" aus der Sicht von Jugendlichen. Schnell verbreitete sich die Publikation bundesweit und gewann auch neue Autoren aus Westdeutschland hinzu, so zum Beispiel **Denise Hübner** aus der Nähe von Köln, **Kristina Kesselring** aus der Nähe von Oggersheim – sie besucht inzwischen die Akademie der freien Künste in Mannheim –, **Carlo Clemens** aus Offenbach oder den in Düsseldorf geborenen **Gerhard Lippert**, der inzwischen Volkswirtschaftslehre und Jura in Erfurt studiert. Ein Großteil der Autoren um „Chefredakteur" **Felix Menzel**, die als Schüler anfingen, für die *Blaue Narzisse* zu schreiben, studiert inzwischen. Damit ging eine doppelte Veränderung einher: Das Magazin wurde in eine Webpräsenz verwandelt – zeitweise mit dem Untertitel „Onlinemagazin für Schüler und Studenten" –, zum anderen näherten sich die Publikation und vor allem ihre Autoren dem IfS und der *Sezession* an. Zu den Autoren der *Blauen Narzisse* gehörte auch Alexander Röhlig, der diese Entwicklung mitvollzog und heute ebenfalls zu den Autoren der *Sezession* gehört. Die Autoren der *Blauen Narzisse* organisieren an ihren jeweiligen Studienorten Stammtische, um sich ein lokales Umfeld aufzubauen. Auch Röhlig gründete in Bochum einem solchen Gesprächskreis; so lud er beispielsweise für den 25. Februar 2010 zu einem „BN-Stammtisch" ein.

Wachsendes Interesse

Ihre praktisch-politische Verankerung an den Hochschulen suchen die „neurechten" Milieus seit geraumer Zeit vor allem über Studentenverbindungen herzustellen – und dort stoßen sie auf wachsendes Interesse. Schon seit Jahren werden „Neurechte" wie etwa IfS-Gründer **Götz Kubitschek** oder *Blaue Narzisse*-Chefredakteur Menzel zu Vorträgen in Verbindungshäuser eingeladen, nicht nur zu Burschenschaften, sondern auch zu Mitgliedsbünden des *Coburger Convents*. Die *Burschenschaft Libertas Wien* förderte die *Blaue Narzisse* mit ihrem „Carl von Hochenegg-Preis", die *Burschenschaft Germania Marburg* stellte der *Blauen Narzisse* Anfang 2010 ihr Haus für ein Redaktionstreffen zur Verfügung. Für den 19. März 2010 kündigte Kubitschek einen Verlagsabend seiner *Edition Antaios* an – im Haus der *Burschenschaft Gothia Berlin*.

Ob aus den sich intensivierenden Kontakten auch praktisch-politische Aktivitäten entstehen, muss sich zeigen. Kubitschek und Konsorten wären dem sicherlich nicht abgeneigt. „Ich halte solche Aktionen für zwingend notwendig", erklärte Kubitschek im März 2009 auf einem Symposium der *Deutschen Burschenschaft* in Linz über seine *Konservativ-Subversive Aktion*, die unter Nutzung von Protesttechniken der Linken rechte Positionen in die Öffentlichkeit zu tragen sucht: „Der gezielte Regelverstoß, der provozierende Auftritt (...) sind in unserer Situation die richtigen Mittel". Wenig später regte das Verbandsorgan *Burschenschaftliche Blätter* an, Kubitscheks Protestpraktiken auch unter Burschenschaftern stärker zu diskutieren. Trotz vereinzelter Ansätze zeigt sich bislang zwar noch kein praktischer Erfolg – doch die Sympathie für „neurechte" Politikansätze nimmt unter den Studentenverbindungen erkennbar zu. ★

Von Jan- Henning Schmitt

Studentenverbindungen

Anachronistische Traditionen an den Hochschulen

Studentenverbindungen, auch Korporationen genannt, haben an den Hochschulen in Deutschland längst keine hegemoniale Stellung mehr inne. Dennoch existieren, vor allem in traditionellen Uni- Städten wie Marburg, Münster oder Bonn, weiterhin zahlreiche studentische Korporationen, die in unterschiedlichen, teils konkurrierenden Dachverbänden organisiert sind. Ihnen gemeinsam ist der Bezug auf anachronistisch anmutende Traditionen und Riten, die im 19. Jahrhundert entstanden und das Selbstverständnis der Verbindungsstudenten bis heute nachhaltig prägen: akademische Elite in einem lebenslang währenden Männerbund zu sein.

Studentenverbindungen sind Zusammenschlüsse von Studenten und ehemaligen Studenten einer Hochschule (Akademikern), die durch das Lebensbundprinzip aneinander sowie an ihre Verbindung gebunden sind. Studentenverbindungen sind in der Regel reine Männerbünde, in denen Frauen die Mitgliedschaft untersagt ist. Erst seit Ende der 1960er Jahre nehmen einige wenige Verbindungen auch Frauen auf. Zudem werden seit den 1970er Jahren auch immer wieder Damenverbindungen gegründet – Organisationen, die es bereits zu Beginn des 20. Jahrhunderts gab, die aber bald wieder untergingen. Gemischte Korporationen und Damenverbindungen sind nach wie vor Ausnahmen im so gut wie vollständig männerdominierten Verbindungswesen.

Die heutigen Verbindungen berufen sich ungebrochen auf Organisationsformen, die im 19. Jahrhundert entstanden sind. Besondere Bedeutung besitzen die 1815 in Jena gegründete Urburschenschaft sowie die kurz zuvor entstandenen frühen Corps, die als Urbilder der heutigen Studentenverbindungen gelten. Dabei waren die Burschenschaften zunächst eher bürgerlich geprägt, während die adelige Elite ihren Nachwuchs gewöhnlich in die Corps entsandte. War Frauen im 19. Jahrhundert der Zugang zu Universitäten noch per Gesetz untersagt, traten Ende des 19. Jahrhunderts, als die Frauenimmatrikulation auch im Deutschen Reich zunehmend diskutiert und um 1900 schließlich zugelassen wurde, die Studentenverbindungen als vehemente Gegner des Frauenstudiums auf. Diese Position wird heute nicht mehr vertreten; geblieben ist allerdings der Männerbund als Organisationsform sowie in aller Regel eine antifeministische Programmatik, die von Geschlechtergerechtigkeit und Gleichberechtigung wenig wissen will. Aktuell wird dies vor allem an aufgeregt geführten Diskussionen um „Gender Mainstreaming" deutlich.

Lebensbund und Seilschaften

Das Lebensbundprinzip besagt, dass man ein Leben lang Mitglied seiner Verbindung bleibt. Ein freiwilliger Austritt ist nicht vorgesehen, vielmehr sollen sich die einzelnen Mitglieder dauerhaft auf die jeweiligen Prinzipien der Korporation verpflichten. Mitglied einer Verbindung wird man meist eher zu Beginn des Studiums. Als Fuchs fängt man in der internen Hierarchie ganz unten an. Ein Fuchsmajor, ein Student im höheren Semester und vollwertiges Verbindungsmitglied, führt die Neuen in die Regeln und Prinzipien der Verbindung ein. Nach der Zeit als Fuchs wird der Student zum vollwertigen Burschen, der als Teil der Aktivitas das Verbindungsleben organisieren und die Korporation nach außen repräsentieren soll. Gegen Ende des Studiums, wenn der Abschluss bevorsteht, werden diese Pflichten gewöhnlich erlassen. Nach der Graduierung wird aus dem Bursche ein Alter Herr, der sich weiterhin um seine Verbindung kümmern und sie vor allem finanziell unterstützen soll.

Das Lebensbundprinzip ist die Grundlage dafür, dass sich Seilschaften herausbilden können, indem Alte Herren ihre Verbandsbrüder protegieren und ihnen zu einflussreichen Stellungen in Politik, Wirtschaft und staatlichen Behörden verhelfen. Anders als in den ersten Jahrzehnten nach dem Zweiten Weltkrieg reicht heute die Mitgliedschaft in einer Verbindung alleine jedoch kaum noch aus, um in Führungspositionen zu gelangen. Das Selbstverständnis, akademische Elite zu sein, ist den Korporationen jedoch geblieben, und der in den Verbindungen erlernte Habitus ist sicherlich vor allem in stark männerdominierten Branchen von Vorteil. Ein Blick etwa in die Biografien der Bundestagsabgeordneten lässt weiterhin eine ganze Reihe von Korporierten erkennen, vor allem, aber nicht ausschließlich bei CDU/CSU und FDP.

	Studierende Mitglieder	Alte Herren
Burschenschaften		
Deutsche Burschenschaft (DB)	1.300	10.500
Neue Deutsche Burschenschaft (NDB)	400	3.600
Corps		
Kösener Senioren- Convents- Verband (KSCV)	2.000	13.000
Weinheimer Senioren- Convent (WSC)	1.200	7.500
Landsmann- und Turnerschaften		
Coburger Convent (CC)	1.600	11.600
Christliche Studentenverbindungen		
Cartellverband (CV, katholisch)	6.000	26.000
Kartellverband (KV, katholisch)	2.000	18.100
Unitas- Verband (UV, katholisch)	600	5.000
Wingolfsbund (WB)	600	3.500
Gildenschaften		
Deutsche Gildenschaft (DG)	50	380

Nationalismus und Volkstum

Die meisten Verbindungen sind in politischen Fragen sehr konservativ. Ehre, Ordnung und Vaterlandsliebe sind vermeintliche Werte, die von sehr vielen Korporationen hochgehalten werden. In ihrem Verständnis, was die deutsche Nation ausmache und wie man ihr zu dienen habe, unterscheiden sich die verschiedenen Dachverbände allerdings. Wehrdienstverweigerer konnten lange Zeit kaum Mitglied werden, denn wer nicht mit der Waffe in der Hand gedient hatte, galt als „unmännlich" und als „Drückeberger". Einige Verbindungen haben aber in den letzten Jahrzehnten einen Prozess der partiellen Liberalisierung durchlaufen; dabei wurden die Mitgliedschaftskriterien ein wenig aufgeweicht. Das gilt auch für die Frage, ob Menschen ohne deutschen Pass oder eingebürgerte Deutsche Mitglied werden können. In vielen christlichen Verbindungen oder in den Corps ist das möglich, in Turner-, Landsmann- und Burschenschaften in aller Regel nicht.

Vor allem die *Deutsche Burschenschaft* (DB) hängt einem völkischem Nationalismus an, der die Zugehörigkeit zur Nation über die biologische Abstammung definiert. Ein einfaches Bekenntnis zum „deutschen Volkstum" reicht den Burschenschaftern dabei nicht aus. Dieser so genannte volkstumsbezogene Vaterlandsbegriff wird gegenwärtig gegen schwache innerverbandliche Kritik erfolgreich verteidigt. In der DB dominieren weiterhin diejenigen Mitgliedsbünde, die in der *Burschenschaftlichen Gemeinschaft* (BG) zusammengeschlossen sind, einer innerverbandlichen Suborganisation, die extrem rechte Positionen vertritt. Sich selbst als konservativ oder gar liberal bezeichnende Bünde haben in der DB keinen leichten Stand. Seit Mitte der 1990er Jahre sind viele von ihnen aus der DB ausgetreten, weil sie deren „rechtsextreme Tendenzen" nicht länger mittragen wollten. Die Mehrzahl der Ausgeschiedenen ist im Dachverband *Neue Deutsche Burschenschaft* (NeueDB) organisiert, der zwar ebenfalls keine Männer ohne deutschen Pass aufnimmt, allerdings nach eigenen Angaben deutschen Studenten mit Migrationshintergrund offen steht.

Von der DB unterscheidet sich die NeueDB vor allem durch ihr ständig wiederholtes Bekenntnis zur freiheitlich- demokratischen Grundordnung. Der „volkstumsbezogene Vaterlandsbegriff" der DB hingegen führt immer wieder dazu, dass die Grenzen der Bundesrepublik in Frage gestellt werden, weil die freie „Entfaltung deut-

schen Volkstums in enger Verbundenheit aller Teile des deutschen Volkes" gefordert wird (Artikel 9 der Grundsätze der Verfassung der DB). Dabei geht es meist um die ehemaligen Ostgebiete des Deutschen Reichs oder um die italienische Provinz Südtirol. Entsprechend sind die österreichischen Burschenschaften selbstverständlich Teil der DB. Hier träumt so mancher noch von einem Großdeutschen Reich.

Ritual der Härte: Die Mensur

Ein weiteres Unterscheidungskriterium zwischen verschiedenen Studentenverbindungen ist ihr Verhältnis zum studentischen Fechten. Während die katholischen Verbindungen grundsätzlich nichtschlagend sind, gehören die stark reglementierten Fechtduelle in den Corps, Landsmann-, Turner- und fast allen Burschenschaften zur praktizierten Tradition. Die Pflicht, Mensuren zu fechten, gehört zum Kern der Identität eines Waffenstudenten. Für diejenigen, die noch heute „für persönliche Ehre und ihren Bund" fechten, ist dies ein erzieherisches Ritual der Härte und als solches von großer Bedeutung: In der Extremsituation, in der körperliche Verletzungen drohen, Schmerz aber nicht gezeigt werden darf, soll sich „wahre Männlichkeit" beweisen. Die Mensurnarben im Gesicht, genannt Schmiss, werden noch heute oft mit Stolz getragen.

Verbindung nach rechts außen

Da der „volkstumsbezogene Vaterlandsbegriff" Teil des burschenschaftlichen Selbstverständnisses ist, sind Berührungspunkte der DB mit der extremen Rechten keine Seltenheit. Mitgliedsbünde des Verbandes waren deswegen schon öfter in kleinere oder größere Skandale verwickelt, etwa weil ihre Bundesbrüder Mitglied einer Partei wie der NPD waren oder in den Burschenhäusern mehr oder weniger bekannte Personen aus dem Spektrum des Revisionismus oder der extremen Rechten referierten. Einige Beispiele aus NRW, Hessen und Rheinland-Pfalz sollen dies verdeutlichen.

Gießen

In Gießen gab es bis zum Frühjahr 2008 drei Verbindungen, die der DB angehörten: die *Burschenschaft Dresdensia Rugia*, die *Burschenschaft Germania* und die *Burschenschaft Alemannia*. Die beiden Letztgenannten sind – wie es im Verband heißt, aufgrund des Rechtsrucks innerhalb der DB – 2008 bzw. 2009 aus dem Dachverband ausgetreten. Verbindungen in die extreme Rechte bestehen bei der *Germania* aber dennoch fort: Der Bundesvorsitzende der *Republikaner*, **Rolf Schlierer**, ist Alter Herr dieser Burschenschaft. Zur NPD möchte die *Germania* allerdings Distanz wahren. Anders die *Dresdensia Rugia*, die im Februar 2005 aufgrund ihrer Verbindungen zur NPD-Fraktion im sächsischen Landtag bundesweit Bekanntheit erreichte. Ihr Alter Herr **Jürgen W. Gansel** war 2004 für die NPD ins Dresdener Schloss eingezogen und sorgte dort mit seiner Rede vom „Bombenholocaust" für einen Skandal. Mitte der 1990er Jahre entwickelte sich die am äußersten rechten Rand der DB zu verortende *Dresdensia Rugia* quasi zur Kaderschmiede der NPD. Neben Gansel wurde 1996 auch **Arne Schimmer** aufgenommen, der sich bald zu einer Führungsfigur im *Nationaldemokratischen Hochschulbund* (NHB) und zu einem gefragten Autor in diversen Organen der extremen Rechten entwickelte. Schimmer sitzt heute – wie Gansel – für die NPD im sächsischen Landtag.

Die Hinwendung der Aktivitas nach rechts fand ab 1998 auch in Vorträgen im Burschenhaus ihren Ausdruck. Dort referierten unter anderem der Bonner Anti-Antifa-Professor **Hans-Helmuth Knütter**, der ehemalige *Republikaner*-Funktionär **Klaus Weinschenk** oder **Claus Nordbruch**, ein Anhänger des südafrikanischen Apartheidregimes. Kurze Zeit nachdem Gansel Alter Herr seiner Burschenschaft wurde, trat **Stefan Rochow** ein, ein Aktivist des NHB und der *Jungen Landsmannschaft Ostpreußen* (JLO). 2001 wurde Rochow zum hessischen Landesvorsitzenden, 2002 zum Bundesvorsitzenden der *Jungen Nationaldemokraten* (JN) gewählt. Inzwischen gehört er der *Dresdensia Rugia* allerdings nicht mehr an. In die bundesweite Presse schaffte diese es zuletzt 2006 durch ihren Aktiven **Matthias Müller**. Müller war stellvertretender Vorsitzender des RCDS Gießen, der Uni-Organisation der CDU. Gleichzeitig nahm er aber an Demonstrationen der NPD teil und war in der JLO aktiv.

Mainz

Die *Burschenschaft Germania Halle zu Mainz* gehört nicht nur zur *Burschenschaftlichen Gemeinschaft* (BG), sondern auch zu einem weiteren innerverbandlichen Bündnis, zum *Schwarz-Weiß-Roten Kartell*. Diesem wiederum gehören mit der *Burschenschaft Frankonia Erlangen* und der *Burschenschaft Germania Hamburg* zwei Verbindungen an, deren Nähe zur extremen Rechten im Jahr 2001 selbst die Verfassungsschutzbehörden – traditionell gerne begriffsstutzig, wenn es um Studentenverbindungen geht – dazu zwang, sich näher mit ihnen zu befassen.

Die *Germania Halle zu Mainz* selbst hat es noch nicht in den Verfassungsschutzbericht geschafft, obwohl auch sie immer wieder Anlass dazu gibt. Mitglieder der *Germania* waren in der ein oder anderen Form an fast allen Hochschulgruppen der äußeren Rechten in der Geschichte der Mainzer *Johannes Gutenberg-Universität* beteiligt. In den letzten Jahren wurde es allerdings um solche Organisierungsversuche ruhiger. Lediglich 2003 entsandte die Germania über die Liste *Freiheitlich – Unabhängig – Neu – Korporiert* (FUNK) einen Vertreter ins Studierendenparlament. Rühriger ist die Burschenschaft, wenn es um Veranstaltungen geht. Zuletzt ließ sie im November 2009 **Hajo Herrmann** in ihrem Haus in der Mainzer Oberstadt sprechen. Herrmann, der im Zweiten Weltkrieg Jagdflieger war und als Anwalt später mit Vorliebe Nazis und Holocaust-Leugner verteidigte, ist ein gern gesehener Gast bei Neonazis

unterschiedlichster Couleur. In den letzten Semestern zeigte die *Germania Halle zu Mainz* verstärkt Präsenz auf dem Uni-Campus, Augenzeugenberichten zufolge mindestens einmal sogar mit Fackeln. Dabei verstößt sie immer wieder gegen einen Beschluss des Senats der Universität, der besagt, dass das Farbentragen auf dem Campus unerwünscht ist. Das vermehrte Auftreten der *Germanen* auf dem Campus ist jedoch vermutlich weniger ein Zeichen von Stärke als vielmehr des verzweifelten Bemühens, neue Mitglieder zu „keilen".

Marburg

Die *Burschenschaft Rheinfranken Marburg* ist eine der aktivsten DB-Verbindungen an der Lahn. Jedes Semester finden sich extrem rechte RednerInnen in ihrem Haus ein. Hierbei suchen die *Rheinfranken* immer wieder den Brückenschlag zwischen extremer Rechter und Konservatismus. So wurde im Sommersemester 2010 neben **Barbara Rosenkranz** (FPÖ-Landesrätin in Niederösterreich) auch der ehemalige Bürgermeister von Berlin **Eberhard Diepgen** (Alter Herr der *Burschenschaft Saravia Berlin*) in die Lutherstraße eingeladen. Die Themenwahl überrascht nicht besonders: Erstere sollte aus antifeministischer Perspektive zu „Gender Mainstreaming", letzterer zum Thema „20 Jahre Deutsche Einheit" referieren.

Die Ergebnisse der kontinuierlichen Arbeit der *Rheinfranken* lassen sich exemplarisch an zwei extrem rechten Kadern verdeutlichen: Sowohl **Michael Hahn**, Beisitzer im NPD-Landesvorstand in Niedersachsen, als auch **Björn Clemens**, ehemals stellvertretender Bundesvorsitzender der *Republikaner,* heute stellvertretender Bundesvorsitzender der *Jungen Landsmannschaft Ostdeutschland* und Szene-Rechtsanwalt, waren bei den *Rheinfranken* aktiv. Auch der Brückenschlag in die Gesellschaft gelingt immer wieder. Exemplarisch lässt sich dies am jedes Jahr wiederkehrenden Marburger Marktfrühschoppen erkennen, einem vermeintlich unpolitischen Fest, bei dem die *Rheinfranken* gemeinsam mit anderen Verbindungsstudenten und Teilen der Marburger Bevölkerung gemeinsam feiern.

Bonn

Auch die *Alte Breslauer Burschenschaft der Raczeks zu Bonn* ist in DB und BG organisiert. Viele ihrer aktiven Burschen und Alten Herren haben oder hatten Kontakte in die extreme Rechte. Zu nennen wären hier unter anderem **Norbert Weidner**, vor seinem Eintritt bei den *Raczeks* Mitglied der FAP, **Nico Ernst**, vor seinem Eintritt Mitglied der *Kameradschaft Rhein-Ahr*, und nicht zuletzt **Heinrich Bünger**, seit 1956 Mitglied der *Raczeks.* Bünger ist wegen eines Sprengstoffanschlags zur Unterstützung des völkischen Separatismus in Südtirol von einem italienischen Gericht zu einer langen Haftstrafe verurteilt worden. Während Weidner aktuell als Schriftleiter des Verbandsorgans *Burschenschaftliche Blätter* Einfluss auf die Entwicklung der DB nimmt, sitzt Ernst für die selbst ernannte *Bürgerbewegung pro NRW* im Bonner Stadtrat. Zuvor war er einige Zeit der Kreisschatzmeister der NPD. Bei den *Raczeks* musste er allerdings inzwischen austreten – er hatte sein Studium abgebrochen.

Recht erhellend hinsichtlich der politischen Positionen, die bei den *Raczeks* vertreten werden, ist der Fall **Thore Stein**. Stein arbeitete aktiv in studentischen Gremien mit. Er amtierte lange Zeit als Öffentlichkeitsreferent der Fachschaft Agrarwissenschaften. Im Wintersemester 2007/2008 fand er mit seiner hochschulpolitischen Tätigkeit bundesweit Aufmerksamkeit: Der RCDS schloss Stein nach Bekanntwerden seiner Mitgliedschaft bei den *Raczeks* aus, weil der CDU-Nachwuchs die inhaltlichen Positionen der Burschenschaft für inakzeptabel hielt. Anders übrigens die Fachschaft Agrarwissenschaften: Als das Studierendenparlament ihr wegen Stein die finanzielle Unterstützung für eine Erstsemesterfahrt versagte, stellte sie sich in Kenntnis von dessen Aktivitäten hinter ihn – ein plastisches Beispiel dafür, wie rechte Studierende über aktive Mitarbeit in Uni-Gremien als der „nette Student vom Nebensitz" abseits ihrer Ideologie Zugang zu und Unterstützung von Mitstudierenden finden können.

Aachen

Schließlich gehört die *Burschenschaft Libertas Brünn zu Aachen* ebenfalls sowohl der DB als auch der BG an. Seit langem verorten örtliche AntifaschistInnen sie am rechten Rand der DB; so gehörte ihr über Jahre der NPD-Aktivist **Oliver Harff** an, der inzwischen sein Studium abgebrochen und deswegen die Burschenschaft verlassen haben soll. Zuletzt stieß die *Libertas Brünn zu Aachen* mit Vortragsveranstaltungen auf Protest; sie kündigte unter anderem Vorträge mit dem ehemaligen *Republikaner* Björn Clemens und mit **Lutz Weinzinger** (*Burschenschaft Bruna Sudetia Wien*) an. Weinzinger, FPÖ-Abgeordneter im österreichischen Nationalrat, sollte bei der *Libertas* über „Chancen und Möglichkeiten einer blauen Partei in der BRD" sprechen. In Österreich wird die FPÖ gelegentlich als politisches Sprachrohr der Burschenschaften bezeichnet – und das nicht zu Unrecht. ★

Foto: Björn Kietzmann

Von Jörg Kronauer

Der Coburger Convent

Die geistige Gemeinschaft der Deutschen

Der "Coburger Convent" will sich sein Interesse an der „Konservativen Revolution" nicht verbieten lassen und rückt nach rechts.

„Da soll doch...!" Die Empörung steht **Rüdiger Franz** ins Gesicht geschrieben. Wie es denn um das Verhältnis zwischen dem *Coburger Convent* und der NPD bestellt sei, will jemand von ihm wissen, als sich die Podiumsdiskussion ihrem Ende nähert. „Es muss doch ohne jeglichen Zweifel klar sein, dass wir nicht kompatibel sind mit irgendwelchen Glatzköpfen mit Springerstiefeln", wettert Franz: „Das sollte eigentlich von denkenden Menschen gar nicht in Frage gestellt werden!" Eigens ist der Alte Herr der *Landsmannschaft Teutonia Bonn* aus dem Rheinland ins weit entfernte Oberfranken gereist, um den Dachverband seiner Studentenverbindung gegen Kritik in Schutz zu nehmen, und da kommt ihm doch glatt jemand aus dem Coburger Publikum mit der NPD. „Ich verbitte mir die Forderung nach einer Abgrenzung", schimpft Franz: „Allein diese Forderung kommt schon einer Beleidigung gleich." *Coburger Convent* und NPD – was für eine Frage!

Der *Coburger Convent* (CC) ist einer der größten Dachverbände von Studentenverbindungen in Deutschland und Österreich. Seinen Namen verdankt er dem jährlichen Pfingstkongress, den die Mitgliedsbünde – farbentragende, pflichtschlagende Landsmannschaften und Turnerschaften – im oberfränkischen Coburg abhalten. Eigenen Angaben zufolge gehören dem CC, der ausschließlich Männer aufnimmt, 1.600 studentische Mitglieder und 10.200 Alte Herren an. Das Verbandsmotto lautet „Ehre, Freiheit, Freundschaft, Vaterland". Zum Stichwort Vaterland erklärt der Verband: „Der Coburger Convent bekennt sich zur geschichtlichen und geistigen Gemeinschaft der Deutschen." Diese Gemeinschaft reicht dabei nach Meinung des CC über die Grenzen der Bundesrepublik hinaus: Ihm gehören fünf Landsmannschaften an, die in Österreich ihren Sitz haben. Deutsch ist im CC mithin ein nicht territorial, sondern völkisch definierter Begriff; und wie so viele völkisch geprägte Organisationen unterhält er Beziehungen ins Netzwerk der äußeren Rechten.

»Konservative Revolution«

Beispiele? Eins der bekanntesten bietet die *Landsmannschaft Mecklenburgia-Rostock zu Hamburg*. „Als Gemeinschaft von Studenten und Akademikern", schreibt die Verbindung auf ihrer Website, „pflegen wir den offenen Gedankenaustausch". Dazu führt sie regelmäßig Vortragsveranstaltungen durch. Die Referenten, die bei der *Mecklenburgia-Rostock* auftreten, lassen deutlich erkennen, was die Landsmannschaft in der Praxis unter „offenem Gedankenaustausch" versteht: Diskussionen mit führenden Exponenten von Kreisen, die die sogenannte Konservative Revolution wieder hoffähig zu machen suchen. Die „Konservativen Revolutionäre" aus der Zeit der Weimarer Republik werden in der Geschichtswissenschaft als „Wegbereiter des Nationalsozialismus" eingestuft. Ihre Gedanken sind prägend etwa für die Arbeit des rechten Think-tanks *Institut für Staatspolitik* aus Schnellroda im Saalekreis, der mit Seminaren, einer Zeitschrift (*Sezession*) und Buchpublikationen (*Edition Antaios*) die Intellektualisierung der deutschen Rechten zu fördern sucht. Der wissenschaftliche Leiter des Instituts, **Karlheinz Weißmann**, findet sich auf der Referentenliste der *Mecklenburgia-Rostock* ebenso wie Autoren der *Sezession* (**Till Kinzel**, **Frank Lisson**) oder der Herausgeber der gleichfalls an der „Konservativen Revolution" interessierten Wochenzeitung *Junge Freiheit*, **Dieter Stein**. Mit **Reinhard Günzel**, einem früheren Kommandeur der Bundeswehr-Eliteeinheit *Kommando Spezialkräfte* (KSK), hat in den Räumlichkeiten der Landsmannschaft auch ein Militär referiert, der beim *Institut für Staatspolitik* aufgetreten ist.

Foto: Björn Kietzmann

Das Milieu um das *Institut für Staatspolitik* kommt im CC auch sonst gut an. **Niels Wegner**, ein Mitglied der *Landsmannschaft Darmstadtia Gießen*, referierte im Haus seiner Verbindung bereits über die „Konservative Revolution" und ist Autor der Schülerzeitung *Blaue Narzisse*, die sich inhaltlich und personell im Umfeld des *Instituts für Staatspolitik* bewegt. Ende 2008 berichtete die Verbandszeitschrift *CC-Blätter* von einer Verbandstagung im thüringischen Bad Blankenburg, an der „mehrere hundert Verbandsbrüder" teilgenommen haben sollen. Einer der Referenten namens **Christoph Rothämel** wurde damals von der mitveranstaltenden *Landsmannschaft Teutonia Bonn* als „Autor des nicht-linken Internetportals blauenarzisse.de" vorgestellt. Die CC-Tagung kreiste um die Frage, ob und wie an den deutschen Hochschulen politisch Einfluss genommen werden könne – und der Leipziger Student Rothämel erntete laut Bericht der *Teutonia Bonn* „mit seinem Verweis auf die 'zahlreichen Möglichkeiten im vorpolitischen bzw. metapolitischen Raum' von seiner CC-Zuhörerschaft reichlich Beifall". Mit „Möglichkeiten im vorpolitischen bzw. metapolitischen Raum" sind unter anderem Bemühungen gemeint, durch kulturelle Aktivitäten das politische Klima an den Hochschulen zu beeinflussen.

Nicht allen im CC behagt das Interesse, das große Teile des Dachverbandes an solchen Positionen haben. Anfang 2009 zierten fünf Aktive der Hamburger *Landsmannschaft Hammonia-Marko Natangia* die Titelseite der *CC-Blätter* – fotografiert vor dem Logo der Initiative *Netz gegen Nazis*, bei der sie einen Preis gewonnen hatten. Landsmannschafter gegen Rechts? Das stieß einigen im CC denn doch bitter auf, wütende Äußerungen füllten die Leserbriefspalten der Verbandszeitschrift. Ein heftiger Streit um den Kurs des Verbandes ist inzwischen im Gange – und in diesem Kontext lässt sich eine Ankündigung verstehen, die die *Landsmannschaft Teutonia Bonn* bald nach der Übernahme des Verbandsvorsitzes im Jahr 2008 tätigte. „Keine Anpassung also, sondern Sezession, Abkehr und offener Widerspruch, etwa wenn veröffentlichte Meinung uns vorschreiben will, welche Zeitungen und Bücher wir (nicht) zu lesen, welche Veranstaltungen wir (nicht) zu besuchen und welche Art von Kleidung wir (nicht) zu tragen haben", hieß es im „1. Präsidialbrief" der *Teutonia* Ende 2008. Bezieht sich der „offene Widerspruch" auch etwa auf die Nutzung von Medien wie der *Blauen Narzisse*? „Genau. So ist es gemeint", bestätigte der Teutone Rüdiger Franz auf der Coburger Podiumsdiskussion im Mai 2010. „Solange Zeitschriften nicht verboten sind, kann ich guten Gewissens darin lesen."

»Legenden und Lügen«

Gelesen – und auch weiterempfohlen, mutmaßlich ebenfalls guten Gewissens – wird und wurde im CC so einiges. Bemerkenswerte Rezensionen fanden sich in den *CC-Blättern* ganz besonders in den 1990er Jahren. Da hatte ein Mitglied der *Landsmannschaft Thuringia Berlin* – ihr gehört auch der FDP-Bundestagsabgeordnete **Holger Krestel** an – ein Werk entdeckt, das ein gewisser **Fritz Hippler** bei der *Verlagsgesellschaft Berg* veröffentlicht hatte, einem der bedeutendsten Verlage der extremen Rechten in Deutschland. Der Berliner Landsmannschafter war begeistert. Autor Hippler analysiere in seinem Werk „das dialektische Wechselspiel von eigener Überzeugung, Propaganda, Gehirnwäsche, Dressur, Meinungsdruck, Umerziehung", orakelte der Rezensent düster: „Knapp und treffend" revidiere er angebliche „Legenden und Lügen" um NS-Verbrechen zum Beispiel in Guernica, Warschau, Rotterdam, Oradour und Malmédy. „Auch die Kriegstreiberei der USA" oder „unser angeblich heimtückischer Überfall auf die Sowjetunion" sowie „die Strategie des Luftterrors" erschienen „in wesentlich anderer Beleuchtung". „Selbstverständlich", triumphierte der Rezensent, „bleibt auch die blutige Groteske des Internationalen Militärtribunals in Nürnberg nicht unerwähnt." Tusch für Hippler!

Ganz unerwartet kam die Lobhudelei auf den 1995 erschienenen Hippler-Band „Korrekturen" nicht. Fritz Hippler, bis zu seinem Tod im Mai 2002 Mitglied der *Landsmannschaften Arminia Berlin* und *Teutonia Heidelberg-Rostock*, hat im CC eine recht wichtige Rolle gespielt, vor allem in den frühen 1930er Jahren. Zu seiner Aktivenzeit war er auf den höheren Ebenen des *Nationalsozialistischen Deutschen Studentenbundes* (NSDStB) tätig, etwa als einer von zehn NSDStB-Kreisführern und als NSDStB-"Vertrauensmann" in der *Deutschen Landsmannschaft*, einem der zwei Vorläuferverbände des CC. Als solcher trug er maßgeblich dazu bei, **Hans Meinshausen**, den Stellvertreter des Berliner Gauleiters **Joseph Goebbels**, 1933 ins Amt des

Führers der *Deutschen Landsmannschaft* zu hieven. Meinshausen brachte es im NS-Staat nicht über das Amt des Staatskommissars für das Schulwesen und später des Görlitzer Bürgermeisters hinaus; im Oktober 1948 wurde er hingerichtet, da er noch im Februar 1945 während der Evakuierung von Görlitz mindestens 173 Häftlinge des dortigen KZ-Außenlagers hatte ermorden lassen. Hippler, der Meinshausen in der *Deutschen Landsmannschaft* die Steigbügel gehalten hatte, kletterte in der Hierarchie Nazideutschlands um einiges weiter hinauf.

Der Reichsfilmintendant

Genauer: Fritz Hippler brachte es nicht nur bis zum SS-Obersturmbannführer, er stieg vor allem im Goebbels'schen Propagandaministerium auf. In der zweiten Hälfte der 1930er Jahre dockte er in der Filmabteilung des Hauses an, wurde Ende der 1930er Jahre deren Leiter und 1942 schließlich sogar Reichsfilmintendant. Unter seiner Regie entstand 1940 einer der übelsten antisemitischen Hetzfilme der NS-Zeit, „Der ewige Jude". „Mache ich", dozierte Hippler 1942 trocken, „einen antisemitischen Film, so ist es klar, daß ich die Juden nicht sympathisch darstellen darf." Ein Happy End dürfe man auch in einem solchen Film durchaus konstruieren; es könne etwa „in dem Kuß eines Liebespaares bestehen" oder aber auch „im Aufhängen des 'Jud Süß'". Nazi-Profi Hippler wirkte auch nach 1945 noch an der Herstellung von Filmen mit, und gelegentlich publizierte er auch Texte – Bücher in der *Verlagsgesellschaft Berg* sowie Artikel in der *Nationalzeitung* oder *Nation & Europa*. Schließlich meldete er sich gelegentlich in den *CC-Blättern* zu Wort. „Wegen möglicher Störungen auf die drei Strophen verzichten?", fragte er 1991 verärgert in einer Debatte um das Deutschlandlied – genau zu der Zeit, als eine seiner beiden Landsmannschaften, die *Teutonia Heidelberg-Rostock*, für ein Jahr den Vorsitz im CC übernahm.

„Ich kenne diesen Herrn nicht", gab der Bonner Teutone Rüdiger Franz im Mai 2010 zu Protokoll, als er bei der Coburger Podiumsdiskussion auf die Auseinandersetzung des CC mit NS-Aktivitäten seiner Mitglieder angesprochen wurde. „Vergangenheitsbewältigung" sei „sicherlich eine sehr interessante und auch unterhaltsame Angelegenheit", wichtiger sei jedoch der Blick in die Zukunft. Ganz so geschichtsvergessen wie der Historiker Franz, der laut Eigenangaben „als Berichterstatter verschiedener Medien der Bundeswehr aus deren neu erschlossenen Aufgabengebieten im Ausland" im Einsatz war und heute für den Bonner *General-Anzeiger* schreibt (über spannende Geschehnisse in Königswinter und Umgebung, unter anderem über Ereignisse rund um das Haus Schlesien), sind jedoch nicht alle im CC.

Anschluss an das Reich

Dies gilt unter anderem für die *Akademische Landsmannschaft Viruna Graz*, die 1936 in Österreich wegen „verbotener politischer Aktivitäten" aufgelöst wurde. Damals, schreibt die Landsmannschaft, betrieben „deutschnational gesinnte Kräfte den Anschluß Österreichs an das Deutsche Reich mit allen Mitteln". Die damaligen Ereignisse sind den heutigen Aktiven noch sehr präsent; so sollen vor der Auflösung, berichten sie, „für einen gewaltsamen Anschluß geheime Waffenlager nördlich von Graz" angelegt worden sein. Historisch interessiert gibt sich auch die *Akademische Landsmannschaft Tyrol zu Innsbruck*. „Durch das Siegerdiktat von St. Germain", behauptet sie über die Friedensordnung Europas nach 1918, „gerieten von den 12 Millionen deutschen Einwohnern der Habsburgermonarchie knapp die Hälfte unter Fremdherrschaft". „Mit Gewalt und gegen jedes Recht wurden die Sudetendeutschen in den Staat der Tschechen hineingezwungen", ergänzt die *Alte Prager Landsmannschaft Böhmerwald zu Linz*. Welche Vorstellungen hinter derartigen Äußerungen stecken, kann man bei der Innsbrucker *Landsmannschaft Tyrol* erfahren. „Unser Patriotismus", teilt sie mit, „orientiert sich nicht an einem Staatswesen, sondern am Wesen des deutschen Kulturerbes". Und das reicht nach ihrer Ansicht weit über die Grenzen der Bundesrepublik hinaus.

Gibt es bei all dieser Deutschtümelei wirklich keine Kontakte des CC zur NPD? Es gibt sie. Ihm seien zwei CC-Verbindungen bekannt, in denen NPDler Mitglied gewesen seien, berichtete **Veit Stößlein**, Leiter des *CC-Rechtsamtes*, bei der Coburger Podiumsdiskussion. In beiden Fällen seien die NPDler zwar ausgetreten, um einen Rufschaden für den Verband abzuwenden. Jedoch müsse festgehalten werden, „dass der Coburger Convent, solange eine Verfassungsfeindlichkeit nicht besteht, auch mit einer Mitgliedschaft in der NPD bezogen auf eine einzelne Person keine Schwierigkeiten hat". Das ist bemerkenswert, auch deswegen, weil dem CC einflussreiche Personen angehören, etwa EU-Kommissar **Günther Oettinger**, ein Vizepräsident des Europaparlaments (**Rainer Wieland**) und der Vorsitzende des EU-Ausschusses im Bundestag (**Gunther Krichbaum**) – alle drei sind Mitglied der *Landsmannschaft Ulmia Tübingen*. CDU-Prominenz in einem Verband mit Kontakten zur NPD – der CC ähnelt immer stärker der *Deutschen Burschenschaft* (DB). ★

Von Tanja Herrmann und Johannes Lohmann

Mit extrem Rechten im Seminar

Erfahrungen aus Aktivitäten gegen extrem rechte Studierende

Immer wieder nehmen bekannte Aktivisten der extremen Rechten ein Studium auf. Ihre Motive sind unterschiedlich. Während manche das Studium nur als Teil ihrer Berufsausbildung betrachten und ihre Präsenz von AntifaschistInnen oft gar nicht bemerkt wird, versuchen andere die Hochschulen für politische Agitation und die Rekrutierung neuer Anhänger zu nutzen. Einige Neonazis setzen ihren Hochschulabschluss gezielt zum Vorteil der extremen Rechten ein – entweder weil das Diplom ihren Äußerungen den Nimbus der Wissenschaftlichkeit verleiht oder weil sie als Anwalt oder Sozialarbeiter Zugang zu Jobs haben, die der Szene juristischen Beistand und neue Agitationsfelder verschaffen. Immer wieder stehen AntifaschistInnen vor der schwierigen Frage, wie am besten auf Neonazis in der Studierendenschaft reagiert werden kann.

Vom Dorfnazi zum »Historiker«

Exemplarisch lassen sich zentrale Fragen, die sich AntifaschistInnen dabei stellen, an einem Fall aus Mainz aufzeigen. An der dortigen *Johannes-Gutenberg-Universität* nahm im Jahr 2005 **Mario Matthes** ein Studium auf. Matthes war AntifaschistInnen unter anderem von seiner Tätigkeit in der neonazistischen *Bewegung Deutsche Volksgemeinschaft (BDVG)* bekannt. Schon recht bald kam es zu einer Outing-Aktion gegen ihn: Auf Plakaten wurde seine Karriere in der extremen Rechten beschrieben, um ihm die Möglichkeit zu nehmen, bieder auftretend und daher unerkannt seine politischen Inhalte an der Universität zu platzieren. Tatsächlich zog Matthes sich zurück, immatrikulierte sich dann jedoch erneut – in den Fächern Philosophie und Geschichte.

Was ein Geschichtsstudium einem Neonazi einbringen kann, zeigt ein älterer Fall aus Mainz. Dort eignete sich wenige Jahre vor Matthes ein gewisser **Reinhard Hufnagel** das Historikerhandwerk an – während er gleichzeitig für die neonazistische *Kameradschaft Worms* aktiv war. An der Hochschule fiel Hufnagel nicht durch politische Aktivitäten auf und beendete sein Studium schließlich mit einer Magisterarbeit. Deren Thema hatte ausgerechnet mit der NS-Terrorherrschaft in Europa zu tun; es lautete: „Die deutsche Frankreichpolitik im Zweiten Weltkrieg". „Historiker" Hufnagel stellte sein akademisches Renommée unter anderem in den Dienst der NPD, für deren Landtagsfraktion in Mecklenburg-Vorpommern er eine Zeitlang als Mitarbeiter tätig war. Über den Prozess gegen den Holocaust-Leugner **Ernst Zündel** mutmaßte der staatlich geprüfte Geschichts-"Wissenschaftler": „Ich denke, spätere Historiker-Generationen werden an diesem Prozess nicht vorbeikommen." Die Bemühungen der extremen Rechten, ihr Schmuddelimage loszuwerden und respektiert zu werden, profitieren von Menschen wie Reinhard Hufnagel, die es geschafft haben, sich einen universitären Titel zu verschaffen.

Probleme bei »Outings«

Das Beispiel Hufnagel wird dazu beigetragen haben, dass AntifaschistInnen in Mainz sich dafür entschieden, im Fall Matthes nicht untätig zu bleiben. Erneut folgten Outing-Aktionen. Das Echo darauf zeigt die Problematik eines solchen Vorgehens. Eine spürbare Zahl von Studierenden hielt die Aktionen leider nicht für das, was sie waren – ein Beitrag zur Aufklärung über Neonazismus –, sondern begriff sie als Denunziation. Denunziation aber ist weithin moralisch negativ belegt, was dazu führte, dass sich manche sogar mit Matthes solidarisierten. Die aktiven AntifaschistInnen in Mainz hätten die Problematik sorgfältig diskutiert, heißt es in der Broschüre „Dunkelfeld", in der antifaschistische Organisationen über extrem rechte Lebenswelten am Beispiel des Rhein-Main-Gebiets informieren. Angesichts mangelnder Alternativen sei man allerdings zu dem Ergebnis gekommen, trotz aller Schwierigkeiten nicht auf ein Outing verzichten zu können. Man habe Matthes damit immerhin „die Möglichkeit genommen, sich bei unbedarften KommilitonInnen als harmlos darzustellen und sich bei diesen Leuten ein Rekrutierungsfeld zu erarbeiten", resümierte einer der Beteiligten.

Dass von den Hochschulgremien in diesem Zusammenhang nicht viel zu erwarten ist, belegt das Beispiel Matthes eindrücklich. Matthes beleidigte im Januar 2008 einen Kommilitonen, den er als Nazigegner identifiziert hatte, bespuckte ihn und schlug ihn zusammen. Die Universitätsleitung reagierte prompt – mit Verhaltensmaßregeln gegenüber dem Opfer. Ihm schlug die Hochschule vor, in Zukunft lieber nicht mehr alleine über den Campus zu gehen und stets eine Trillerpfeife bei sich zu tragen. So lasse sich ein neuer Überfall durch wild gewordene Nazischläger an der Hochschule vermeiden. Nach lauten Protesten bemüßigte sich der Exmatrikulationsausschuss der Universität, Matthes für ein Semester vom Studium auszuschließen. Begründung: neonazistische Aktivitäten? Weit gefehlt. Man warf Matthes schlicht und einfach Handgreiflichkeiten vor. Und

Mario Matthes (l.) bei einer Kundgebung auf der Verkehrsinsel in Mainz-Kastel am 31. Mai 2008.

Pro-NRW-Aktivist Martin Schöppe

Sascha Krolzig, Kameradschaftsführer der "Kameradschaft Hamm"

nach diesem einen Semester war es mit den Sanktionen dann auch vorbei.

Sozialarbeiter Marke »Arier«

Wie Neonazis von einem Hochschulstudium profitieren können, lässt sich auch an einem Beispiel aus Frankfurt am Main gut erkennen. An der dortigen Fachhochschule sorgte im Jahr 2004 der Sozialpädagogik studierende Neonazi **Sören B.** für größeres Aufsehen. Sören B. war Mitglied der *Kameradschaft Schwarze Division Germania*, die sich als Elite der Neonaziszene im Rhein-Main-Gebiet verstand; er arbeitete damals in einer Einrichtung der Frankfurter Drogenhilfe und hätte im Falle eines erfolgreichen Studienabschlusses grundsätzlich Zugang zu verantwortlichen Stellen in der Jugendarbeit erhalten. Beispiele von anderen Hochschulen belegen, dass Neonazis tatsächlich zuweilen ein Sozialpädagogikstudium mit neonazistischer Jugendarbeit verbinden und so ihre mit Hilfe der Hochschulen gewonnenen Kenntnisse unmittelbar der Stärkung des Neonazismus zugute kommen lassen. Ernüchternd waren die Reaktionen auf das Outing, mit dem in Frankfurt über die politischen Aktivitäten des Kommilitonen B. informiert wurde. Studierende nahmen den Neonazi gegen jede Kritik in Schutz, verlangten „Meinungsfreiheit" für Nationalsozialisten und warfen im Gegenzug AntifaschistInnen vor, mit „Gestapo-Methoden" gegen den Mann vorzugehen, der sich den Schriftzug „Arier" auf den Bauch hatte tätowieren lassen. Allein ein Professor wurde tätig; er weigerte sich, B. das Diplom abzunehmen. Als dann im Jahr 2007 ein NPD-Aktivist an der FH Frankfurt zu studieren begann, regte sich überhaupt kein Protest mehr. Neonazis, muss man konstatieren, haben an der FH Frankfurt heute freie Bahn.

Ein immerhin gemischtes Echo auf Outing-Aktionen verzeichnen AntifaschistInnen an Universität und Fachhochschule Bielefeld. Dort studieren gegenwärtig mit **Sascha Krolzig** und **Tobias Schulz** mindestens zwei bekannte Neonazis. Schulz, der schon seit Oktober 2006 am FH-Fachbereich 1 („Gestaltung") eingeschrieben ist, hat sich schon vor der Aufnahme des Studiums in der extremen Rechten einen Namen gemacht – unter anderem als Anmelder einer Neonazi-Kundgebung in Trier und als Betreiber des dortigen „Nationalen Infotelefons". Auf einem Pfingstlager der *Jungen Nationaldemokraten* (JN) hatte sich Schulz einst mit dem Bekenntnis vernehmen lassen: „Nie war Deutschland produktiver und schöpferischer als in den Jahren des Dritten Reiches". Zeitweise war er auch verantwortlich für den Internetauftritt der *Freien Nationalisten Gladbeck*. „Die Befürworter der multikulturellen Gesellschaft" seien „die Totengräber des deutschen Volkswesens", ließ Student Schulz auf einer weiteren Website vernehmen, auf der er unter anderem auf die vom Verbot bedrohte *Heimattreue Deutsche Jugend* (HDJ) verwies. Folgen für sein Studium hat dies alles keineswegs.

Künftige Szeneanwälte

Jüngster Nazi-Neuzugang an der Bielefelder Universität ist Sascha Krolzig, einer der führenden Aktivisten der *Kameradschaft Hamm* und des neonazistischen *Aktionsbüros Westdeutschland* (AB West). Krolzig tritt als Anmelder und Redner bei Demonstrationen und Schulungsveranstaltungen von Neonazis auf. Er verfügt nicht nur über beste Verbindungen in der extremen Rechten in NRW, sondern auch über bundesweite Kontakte. Bereits mehrfach musste er für das Skandieren von NS-Parolen sowie den Wunsch, eine Regierung ohne Ausländer unter **Adolf Hitler** ins Amt zu bringen, eine Haftstrafe in Kauf nehmen. Möglicherweise wird ihm das Jurastudium, das er 2009 begonnen hat, helfen, legale von illegalen Äußerungen zu unterscheiden. Jura ist jedenfalls für Neonazis mit Sicherheit ein nützliches Studienfach: Die Szene hat diesbezüglich allerlei Bedarf – von Beratung darüber, wie man sich gegenüber Repressionsorganen verhält, bis zur Verteidigung vor Gericht. Darauf, dass die Universität Bielefeld gegen Krolzig vorgeht und der extremen Rechten damit den Support verweigert, deutet gegenwärtig nichts hin. Allerdings fiel das Echo auf das Krolzig-Outing positiver aus als die Reaktionen in Frankfurt – ein Erfolg, der möglicherweise auf kontinuierliche antifaschistische Tätigkeiten an den

Foto: C. Ritter

links: Markus Schumacher (l.); rechts: Safet Babic in Alzey, 11. September 2010

Bielefelder Hochschulen zurückzuführen ist.

Dass zumindest die politische Tätigkeit rechter Aktivisten an den Hochschulen durch Engagement von AntifaschistInnen eingeschränkt werden kann, zeigt ein Beispiel aus Köln. Dort nahm im Sommersemester 2008 der „Jugendbeauftragte" von *pro Köln*, **Martin Schöppe**, ein Jura-Studium auf. Ziemlich rasch reagierten AntifaschistInnen mit einer Plakataktion, die Schöppes politischen Hintergrund bekannt machte. Dieser antwortete zunächst mit einer eigenen Offensive, riss die Plakate ab und begann, Flyer von *pro Köln* an der Universität zu verteilen. Anders als bei den Auseinandersetzungen an der FH Frankfurt am Main wurden an der Kölner Universität nun auch studentische Gremien aktiv: Das Studierendenparlament beschloss ein Hausverbot für Schöppe in den AStA-Räumlichkeiten, die Fachschaft Jura verhängte ebenfalls ein Hausverbot. Eine Prüfung möglicher rechtlicher Schritte gegen Schöppe seitens der Fachschaft und der Fachbereichsleitung führte dagegen zu nichts. Schöppe studiert bis heute, hat aber aufgrund des studentischen Drucks seine Propaganda für *pro Köln* an der Universität eingestellt.

NPD-Studenten

Die Beispiele ließen sich fortführen – seitenlang. In Münster studierte einst der Vorsitzende des *Nationaldemokratischen Hochschulbundes* (NHB), **Oliver Westerwinter**, der zuvor bereits für die JN tätig gewesen war – als Beauftragter für Propaganda und Schulung im Bundesvorstand. Heute gibt Westerwinter an, im Jahr 2004 aus der Szene ausgestiegen zu sein; inzwischen macht er am renommierten *European University Institute* in Florenz Karriere. In Trier studiert noch heute der NPD-Aktivist **Safet Babic**; sein NPD-Kamerad **Thorsten Crämer**, einst JN-Landesvorsitzender in NRW und im Sommer 2000 am neonazistischen Angriff auf TeilnehmerInnen einer Gedenkveranstaltung am Mahnmal auf dem Gelände des ehemaligen KZ Kemna in Wuppertal beteiligt, studierte einst an der Universität Wuppertal, wo auch **Michael Böcker**, Aktivist des neonazistischen *Leverkusener Aufbruchs*, immatrikuliert war. **Matthias Treml**, eine der Führungsfiguren der *Freien Kameradschaft Witten*, studiert(e) an der (Fach)Hochschule Bochum. Ein weiteres Beispiel ist der Fall des NPD-Aktivisten **Markus Schumacher**. Schumacher, 2004 bis 2007 NPD-Stadtratsmitglied in Hattingen und zur Zeit Beisitzer im *NPD-Kreisverband Wattenscheid und Bochum*, studierte zeitweise an der Universität Bochum und wurde 2005 dort geoutet, als er versuchte, sich in die *Attac*-Campusgruppe einzuschleichen. Zwar zog sich Schumacher von der Uni zurück, sein Outing sorgte allerdings für Verwerfungen zwischen linken Unigruppen und Parteilisten wie etwa den Jusos, die die Outing-Kampagne heftig bekämpften. Einige deutsche Neonazis beglücken inzwischen auch Hochschulen mit deutschsprachigen Studiengängen im Ausland. Der Düsseldorfer Neonazikader **Sven Skoda** etwa zog es vor, nicht in der Bundesrepublik „Software Entwicklung" zu studieren, sondern im grenznahen niederländischen Venlo, wo er völlig ungestört seinen Abschluss machen konnte.

Das Fazit? Besonders positiv fällt es nicht aus. AntifaschistInnen, die sich nicht mit der Präsenz von extrem rechten AkteurInnen an ihren Hochschulen abfinden wollen, kommen um Outing-Aktionen schwerlich herum. Diese aber lassen sich noch am ehesten vermitteln, wenn sie in kontinuierliche antifaschistische Aufklärungsarbeit eingebunden sind. Wichtig ist es auch, zugleich mit den Outings konkrete Handlungsvorschläge zu vermitteln, zum Beispiel einE AkteurIn der extremen Rechten nicht zu wählen.. Von den offiziellen Hochschulgremien ist bei alledem keine ernsthafte Unterstützung zu erwarten. Studentische Gremien – ASten, Fachschaften – lassen sich jedoch immer wieder zur Kooperation bewegen, und dies kann durchaus hilfreich sein.

Zuweilen wird diskutiert, ob nicht bestimmte Nazi-Codes und Nazi-Kleidermarken mit einer Kleiderordnung ausgeschlossen werden können – ein möglicherweise wirkungsvoller, aber auch recht preußischer Vorschlag, der jetzt an der Universität Rostock erprobt wird. Auf lange Sicht wird es nur helfen können, mit stetiger antifaschistischer Tätigkeit an den Hochschulen ein gewisses Grundniveau an Aufklärung zu halten, um bei gegebenem Anlass interventionsfähig zu sein. Die Hochschulen aus antifaschistischer Sicht aufzugeben, wäre wohl keine angemessene Perspektive. ★

Von Mats Fogeman

Brauner Eventmanager

Neonazikader unter der Lupe: Ingo Haller

Das „größte Loch im Kreis Düren" wird der Tagebau Hambach scherzhaft im Volksmund genannt. Hier fördert die *RWE Power AG* Braunkohle. Namensgebend ist der benachbarte Ort Hambach, Teil der Gemeinde Niederzier. Am Ortsrand plätschert der Ellebach, außer dem Schloss Hambach und der Burg Obbendorf gibt es nicht viel zu sehen. Rheinische Provinz eben. Doch die Idylle trügt: Aus dem Dorf heraus organisiert **Ingo Haller** die regionalen braunen Aktivitäten. Zwischen Aachen, dem Erftkreis und Euskirchen ist der 38-jährige Multifunktionär der einflussreichste Akteur innerhalb der NPD. Er ist Vorsitzender des Dürener Kreisverbandes, Mitglied im NPD-Landesvorstand[1] und sitzt seit 2009 für seine Partei im Kreistag Düren. Der Dürener Kreisverband gilt als eine der aktivsten Parteigliederungen in NRW. Überregional profilierte sich Haller, der als Organisationstalent gilt, in der NS-Szene als Veranstalter der sogenannten „Kevin-Plum-Märsche" in Stolberg.

Politischer Spätzünder

Eigenen Angaben zufolge stammt Haller aus einfachen Verhältnissen. Der Sohn eines Metzgers und einer Frisörin besuchte ein Internat in Nordbayern, das er mit dem Hauptschulabschluss verließ. Es folgte die Prüfung zum Zeltrichtmeister und eine Ausbildung zum Industriemechaniker, anschließend kam er im elterlichen Betrieb unter und landete nach einer gescheiterten Selbstständigkeit in der Veranstaltungsbranche schließlich bei einem Zeltverleih in Erftstadt (Rhein-Erftkreis) – als „Führungskraft", wie er selbst betonte. Der gebürtige Dürener ist ein politischer Spätzünder: Erstmals trat er bei der Landtagswahl 2005 als Kandidat im Wahlkreis 12 (Düren II – Euskirchen II) für die NPD öffentlich in Erscheinung – zu diesem Zeitpunkt war er immerhin schon 32 Jahre alt. Sein damaliges „Programm" liest sich vor dem Hintergrund, dass der Dürener NPD-Kreisverband mittlerweile offen neonazistische Positionen vertritt, vergleichsweise moderat: „Deshalb fordere ich für Düren: 1. Deutsche Unternehmen müssen gerade bei öffentlichen Ausschreibungen bevorzugt behandelt werden, damit diese Arbeitsplätze halten und neue schaffen können. 2. Unbürokratische Wege auf sämtlichen Ämtern statt Akten-Verschiebungsanstalten. 3. Förderung von Schulen und Jugendeinrichtungen; 4. Mehr Beschäftigung für unsere Jugend, damit diese erst gar nicht in den Weg der Kriminalität gerät."

Aufbau von Parteistrukturen

Als Haller zur Partei stieß, verfügte die NPD im Kreis Düren nicht über handlungsfähige Strukturen. Die wenigen Mitglieder wurden kommissarisch vom Aachener NPD-Kreisverband um **Willibert Kunkel** und **Oliver Harf**, beide damals NPD-Vertreter im Stadtrat von Stolberg, betreut. Noch im Vorfeld der Landtagswahl 2005 mussten Mitglieder des Aachener Verbandes in Düren Unterstützung bei der Sammlung der notwendigen Unterschriften leisten. Gemeinsam mit **René Laube**, dem zwischenzeitlich von Langerwehe nach Vettweiß-Kelz (beides Kreis Düren) verzogenen „Kameradschaftsführer" der 2001 gegründeten *Kameradschaft Aachener-Land* (KAL), trieb Haller den Aufbau von NPD-Strukturen voran. Anfang 2006 konstituierte sich in Düren ein eigenständiger Ortsverband. Die sieben Gründungsmitglieder wählten Ingo Haller zum Vorsitzenden.

Die Partei schwenkte schnell auf einen aktionistischen Kurs. Eine erste größe-

[1] **Anmerkung der Redaktion:** Seit dem NPD-NRW-Landesparteitag am 19. September – nach Redaktionsschluss dieser Ausgabe – ist weder Ingo Haller noch sonst jemand von der NPD Düren im neu gewählten NPD-Landesvorstand vertreten. Wüste Beschimpfungen, insbesondere des Landesvorsitzenden Claus Cremer, durch die NPD Düren waren die Folge. Mit einer weiteren Zuspitzung bis hin zu Ausschlussverfahren oder Austritten ist zu rechnen.

"Badeseeblock" aus dem Kreis Düren und Aachen (siehe auch S. 29), rechts: Ingo Haller

re Veranstaltung fand im Juli des Jahres in Form eines Sommerfestes statt, das in der am Rande der Dürener Innenstadt gelegenen Kneipe *Gütershop* stattfand; es sollen 130 aus dem gesamten Bundesland angereiste Neonazis teilgenommen haben. Bis zur Schließung der Gaststätte im November 2007 – der Vermieter hatte die Immobilie nach mehren antifaschistischen Demonstrationen verkauft – diente sie als überregionaler Anlaufpunkt für die Neonazi-Szene und als Veranstaltungsort für kleinere Versammlungen der lokalen NPD. Im Herbst 2006 begann die Dürener NPD damit, zahlreiche Infostände in Düren und anderen Kommunen des Kreises durchzuführen. Aus Sicht der Partei mit Erfolg – die Zahl der Mitglieder stieg so schnell an, dass bereits am Jahresende der Ortsverband in einen eigenständigen Kreisverband umgewandelt werden konnte. Haller wurde Kreisvorsitzender und trat aus dem Schatten des Stolbergers Kunkel, bis dahin einflussreichster NPD-Funktionär in der Region Aachen. Seitdem ist der KV Düren fest in der Hand der Familie Haller. Die wichtige Funktion der Kreisschatzmeisterin wird von **Christine Haller**, Ehefrau des umtriebigen Aktivisten, ausgeübt. Besonders intensiv arbeitet Haller mit der KAL zusammen, die durch Doppelmitgliedschaften eng mit der NPD verwoben ist und die Parteiarbeit im Kreis Düren aktiv unterstützt. Haller revanchierte sich für die tatkräftige Hilfe, indem er 2007 und 2008 sein damaliges Grundstück in Inden-Pier für die maßgeblich von der KAL organisierten „Schlageter-Treffen" zur Verfügung stellte, mit denen Kameradschaften aus dem Rheinland den Rechtsterroristen **Albert Leo Schlageter** glorifizieren. Die KAL geriet im September 2010 bundesweit in die Schlagzeilen, als ihr Aachener Aktivist **Falko Wolf** verhaftet wurde. Trotzdem tritt Haller weiterhin und offensiv mit der KAL zusammen öffentlich in Erscheinung – beispielsweise bei neonazistischen Demonstrationen.

»Kampf um die Straße«

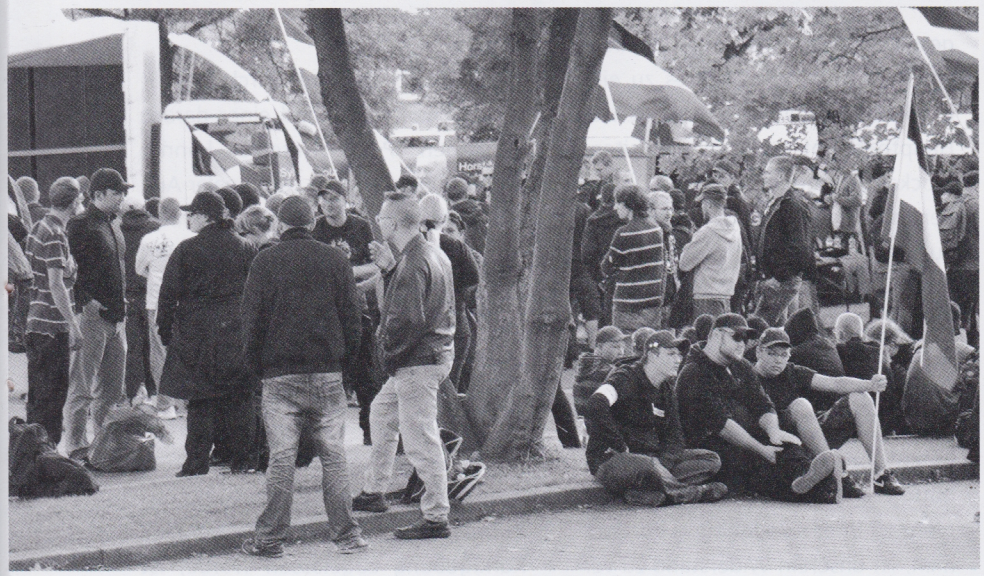
Was fehlt einem richtigen Neonazis noch zum braunen Glück? Ein Aufmarsch muss her! Im September 2007 organisierte Haller in Düren seine erste Demonstration gegen „Ausländergewalt". Dem Aufruf folgten rund 170 Personen, darunter als Redner auch der bekannte Neonazi **Ralph Tegethoff**. Seine Chance, sich auch überregional in der rechten Szene zu profilieren, witterte Haller, als im April 2008 in Stolberg ein Jugendlicher von einem Täter mit Migrationshintergrund erstochen wurde. Das Opfer befand sich in Begleitung eines jungen NPD-Mitglieds. Schnell machte die Meldung vom „Mord an einem Nationalisten" die Runde. Diese Legende wurde bereits in der Tatnacht von Haller in die Welt gesetzt. Schon wenige Stunden später marschierten 160 Neonazis in Düren auf. In den nächsten Tagen folgten zwei weitere Aufmärsche mit bis zu 800 Teilnehmern. In den Jahren danach organisierte Haller um den 3. April weitere Demonstrationen. Diese „**Kevin-Plum**-Märsche" sollen auch in den nächsten Jahren in Stolberg stattfinden und haben sich zu einem Event mit bundesweiter, teils internationaler Ausstrahlung entwickelt. Haller will daran festhalten, obwohl mittlerweile feststeht, dass die Tat keinen politischen Hintergrund hatte. Auch nach Aachen streckt Haller seine Fühler aus: Gemeinsam mit dem Pulheimer **Axel Reitz** organisierte er die Demonstration gegen den Bau einer Moschee am 25. September 2010.

»Kampf um die Parlamente«

Als im August 2007 in der Gemeinde Aldenhoven vorzeitig ein neuer Bürgermeister gewählt wurde, weil der Amtsinhaber während der laufenden Legislatuperiode in den Ruhestand ging, ließ sich Haller als Kandidat aufstellen. Die NPD profitierte davon, dass nur CDU und SPD Kandidaten nominierten. Auf Haller entfielen 3,2 Prozent der abgegebenen Stimmen – der Probelauf für die Kommunalwahl 2009 war gelungen. Bei dieser schaffte er dann der Einzug in den Kreistag. Die knapp zwei Prozent der Wählerstimmen reichten zwar nur für ein Einzelmandat, aber waren in NRW das beste NPD-Ergebnis auf Kreisebene. Mit dem ehemaligen Sozialdemokraten **René Rothhanns** aus Merzenich zog auch ein NPD-Vertreter in den Dürener Stadtrat ein. Im Kreistag gibt sich Haller faul: Zwar hat er seit der Wahl rund ein Dutzend Anfragen gestellt, aber seit März dieses Jahres an keiner Sitzung mehr teilgenommen. Eine magere Bilanz für jemanden, der den „Interessen des Volkes auch im Parlament des Kreises Düren Gehör und Geltung" verschaffen will.

Ende der Parteikarriere?

In Folge eines „nationalen Fußballturniers" in der Nähe von Jülich (Kreis Düren) im Juli legte sich Haller mit seinem Landesvorstand an: Die Dürener NPD beklagte sich öffentlich über mangelnde finanzielle Unterstützung und darüber, dass der Landesvorsitzende **Claus Cremer** via Twitter vorab die Region verriet, in der die Veranstaltung stattfand. NRW-Pressesprecher **Markus Pohl** löschte die Dürener Beschwerden von der Website, was Haller veranlasste, seinem Landesvorstand postwendend „Stasi-Methoden" vorzuwerfen. Form und Ort der Kritik dürften nicht dazu geeignet sein, seine Reputation in einer autoritären Partei wie der NPD zu verbessern. Sollte er geschasst werden, dürfte er sich noch näher am Spektrum der „Freien Kameradschaften" orientieren. ★



Links: Stillstand auf dem Kundgebungsplatz in der Nordstadt; rechts: Stillstand im Polizeikessel in Dortmund-Wambel nach der kurzen Spontandemo

*Von Johannes Lohmann**

Neue Strategien gesucht

Der sechste »Nationale Antikriegstag« in Dortmund

Knapp 1.000 Neonazis kamen in diesem Jahr nach Dortmund zum „Nationalen Antikriegstag". Während die eine Hälfte an einer Kundgebung auf einem Parkplatz in der Nordstadt teilnahm, versuchte die andere, mit einer Spontandemo doch noch einen Aufmarsch durchzusetzen.

Erst am Samstag hatte das Bundesverfassungsgericht den Weg für den 6. „Nationalen Antikriegstag" frei gemacht. Den Richtern reichte die Verbotsbegründung nicht aus. Hier wurden Sicherheitsbedenken geltend gemacht, nachdem der Aachener Neonazi **Falko Wolf**, der über gute Dortmund-Kontakte verfügt, wegen des Baus von Sprengsätzen in U-Haft genommen worden war. Allerdings mussten die Neonazis wie im Jahr zuvor aufgrund polizeilicher Auflagen mit einer Kundgebung vorlieb nehmen. Damit wollten sich rund 500 Kameraden, die sich davor in Hamm getroffen hatten, nicht zufrieden geben. Sie stiegen eine Haltestelle vor dem Treffpunkt am Dortmunder Hauptbahnhof aus und liefen durch nahezu leere Wohngebiete, ehe nach einigen Kilometern ein Großteil von ihnen in Dortmund-Wambel von der Polizei festgesetzt wurde.

Kein Event-Charakter

Währenddessen war ein Großteil der knapp 500 KundgebungsteilnehmerInnen von der Polizei mit der U-Bahn zum Hafen geleitet worden. Marschieren durfte keiner. Die Veranstaltung begann mit zweieinhalbstündiger Verspätung. Nach der ersten Rede von **Dennis Giemsch** feierte sich **Christian Worch** erwartungsgemäß für den Erfolg vor dem Bundesverfassungsgericht. Sowohl der Vertreter des *Bulgarischen Nationalbundes*, der russischen *Vereinigung patriotischer Organisationen* („Russovet") und **Gottfried Küssel** aus Österreich als auch ein Kamerad vom „tschechischen Widerstand" betonten, dass man den US-Imperialismus gemeinsam bekämpfen müsse.

Wirklichen Event-Charakter konnte damit niemand erzeugen. Besonders die Gruppe um die *Kameradschaft Aachener Land*, die in Hawaii-Hemden als „Badeseeblock" (Motto des mitgeführten Transparentes: „Bräune gegen ein Scheißsystem") angereist war, äußerte ihr Missfallen und forcierte die einsetzenden Abwanderungstendenzen. Bei der Rede von **Pierre Krebs** suchte bereits etwa ein Drittel der Anwesenden das Weite. Am steten Abbröckeln konnte letztlich auch die Rechtsrock-Cover-Band um **Jan-Peter Kersting** und Mitglieder von *Libertin* nichts mehr ändern. Schließlich waren zwar nur noch 30 bis 40 Neonazis auf dem Gelände, doch Giemsch & Co. schöpften – wohl als kleine Rache an der Polizei – die angemeldete Dauer der Veranstaltung bis zur letzten Minute aus. Mit Musik vom Band, dem Vortragen von Flugblatttexten und Absurditäten wie dem Vorlesen des Aufdrucks einer Orangensafttüte machten sie bis 21 Uhr weiter.

Neonazistischer Rückblick

Die Organisatoren sprachen am Tag darauf von einem „erfolgreichen Gelingen" des „Na-

[*] Der Artikel basiert in Teilen auf einem Text von Tomas Sager.

tionalen Antikriegstages": Schließlich seien 1.000 „nationale Aktivisten" gekommen. Auch Berliner Neonazis, die zu jenem Teil gehörten, der im Osten der Stadt „spontan" eine halbe Stunde durch die Straßen lief, feierten ihr Tun als Erfolg. Das Moment des Marschierens trotz Verbotes kommt dem rebellischen Gestus rechts-"autonomer" Neonazis eher entgegen als die Teilnahme an einer erlaubten Kundgebung fernab der Öffentlichkeit. So stellt sich die Frage, wie der „Nationale Antikriegstag" künftig gestaltet werden soll. „Man sollte darüber nachdenken, ob es nicht besser wäre, wenn man zu einem Thema gleich mehrere im Verhältnis kleinere Demonstrationen bundesweit und zeitgleich stattfinden lässt", so das *Freie Netz Unna*. Ein solches Konzept stößt in der Szene keinesfalls auf ungeteilte Begeisterung. Der „Nationale Antikriegstag" könnte dann das gleiche Schicksal „erleiden" wie das Heß-Gedenken, fürchten manche: einst das Highlight im Terminkalender der Neonazis, inzwischen nur noch Anlass für mehr oder weniger belanglose Kleinaktionen.

Die Gegenaktivitäten

Erneut war es in Dortmund nicht gelungen, gemeinsame oder sich ergänzende antifaschistische Aktivitäten zu initiieren, die den geplanten Naziaufmarsch massiv beeinträchtigt hätten. Der *Arbeitskreis gegen Rechtsextremismus*, dem unter anderem Kirchen, Gewerkschaften, Wohlfahrtsverbände und Parteien angehören, hatte unter dem Motto „Bunt statt braun" zu einer Kundgebung auf dem Nordmarkt aufgerufen. Immerhin rückte man damit näher an die Nazi-Veranstaltung heran. Gleiches gilt für das obligatorische städtische Friedensfest am Abend, das in der „Nazi-Homezone" Dorstfeld stattfand.

Das Bündnis *Dortmund stellt sich quer* (DSSQ) hatte zu Massenblockaden aufgerufen. Um am Bahnhof die Anreise der Neonazis zu verunmöglichen, hatte man es allerdings nicht geschafft, genügend TeilnehmerInnen zu mobilisieren. So kam es zu einer Blockade von zwei Bahnsteigen am Hauptbahnhof sowie einer weiteren Blockade in der Nordstadt. Obwohl beides keinen nennenswerten Einfluss auf das Agieren der Neonazis hatte, behauptete DSSQ, dass man „das Ziel der Nazis, einen Aufmarsch durch die Dortmunder Nordstadt zu veranstalten, [...] erfolgreich durchkreuzt" hätte und sich "tausende AntifaschistInnen" an den Blockaden beteiligt hätten: "Dass anreisende Nazis nicht mehr zu ihrer Kundgebung durchkamen, ist unserem Widerstand zu verdanken." Dabei hatten die mit der Bahn aus Hamm anreisenden Neonazis überhaupt nicht vor, ihre Kundgebung zu besuchen, sondern zogen eine Spontandemonstration vor.

Das antifaschistische S4-Bündnis verzichtete letztendlich gänzlich auf eigene Aktionen, nachdem ihre Demoroute nicht genehmigt worden war und rief stattdessen zur Teilnahme an den Aktionen der anderen antifaschistischen Akteure auf. Selbstkritisch stellte man in einer ersten Stellungnahme fest, im Vorfeld nicht genügend dafür getan zu haben, Konzepte zu entwickeln oder Absprachen zu treffen.

Die Polizei

Die Polizei sprach von einem großen Erfolg ihrer repressiven Strategie, die „nicht unproblematische Lage" sei „ruhig und souverän" bewältigt worden. Die Dortmunder Nordstadt war zu einer Festung ausgebaut und fast völlig lahmgelegt worden. Insgesamt kam es zu rund 150 Festnahmen. Dass in Dortmund offenbar weiterhin Linke als Problem wahrgenommen werden, bemerkte auch *Der Westen*: „An anderer Stelle wieder gingen die Beamten mit unverhältnismäßiger Gewalt zur Sache, vor allem gegen linke Demonstranten", so der Kommentar auf dem Internetportal der WAZ: „In krassem Gegensatz dazu scherzten und feixten Polizisten mit den eingeschlossenen Nazis in Wambel."

Fazit

Nicht zuletzt bedingt durch gesellschaftlichen Druck und einer daraus folgenden Polizeistrategie konnte nach 2009 erneut ein „Nationaler Antikriegstag" nicht wie geplant stattfinden. Dass dieses Jahr 400 Neonazis mehr anreisten als 2009, lag vor allem an der noch umfangreicheren Mobilisierung und daran, dass seitens der OrganisatorInnen vermittelt werden konnte, dass ein generelles Verbot unwahrscheinlich ist. Dass trotz höchstrichterlicher Genehmigung des Aufmarsches polizeilicherseits nur eine Kundgebung zugelassen wurde, ist bitter für die Neonazis, zumal sie auch für die Folgejahre befürchten müssen, dass ihr Handlungsspielraum nicht größer werden wird, wenn sie die Ende September angestrengte Klage gegen diese Polizeiauflage nicht gewinnen sollten. Die stattgefundene Spontandemo stellte für einen Teil der Szene eine gewisse Entschädigung und Genugtuung dar, ebenso die Vielzahl an nahezu ungestörten Mobilisierungsaktionen im Vorfeld (siehe S. 42). Eine Perspektive für das Event „Antikriegstag" bietet das aber nicht.

Auch wenn Differenzen zwischen den antifaschistischen Bündnissen nicht mehr so hart ausgetragen wurden wie im Vorjahr und es punktuelle Annäherungen gab, reichte es auch 2010 weder für ein koordiniertes Zusammenwirken noch für eine bundesweite mobilisierende Signalwirkung wie in Dresden. Für einen Großteil der angereisten AntifaschistInnen war Dortmund 2010 erneut eine Enttäuschung, andere sahen sich in ihrem Fernbleiben bestätigt. So profan und alles andere als neu die Erkenntnis auch sein mag: Will man das Problem „Nationaler Antikriegstag" nicht allein staatlicher Repression überlassen, müssen sich die antifaschistischen Akteure zusammenraufen und umsetzbare Konzepte entwickeln, die eine bundesweite Mobilisierung rechtfertigen. ★

Von Torben Heine

Libertin

Die Hausband der Dortmunder Neonazis

Für den 3. September hatte der "Nationale Widerstand Dortmund" zu einer Kundgebung mit Live- Musik aufgerufen: „Gerade jugendliche Neuinteressenten, die sich durch die Aktionen im Vorfeld des Antikriegstages für nationale Politik interessieren, bekommen so die Möglichkeit, eine Veranstaltung mit Rechtsrockmusik zu besuchen". Das Musik- Programm bestritt neben Jan- Peter Kersting mit "Libertin" eine Band, die eng mit den örtlichen „Autonomen Nationalisten" verbunden ist und als Hausband der Dortmunder Neonazis bezeichnet werden kann.

Ein Auftritt beim „6. nationalen Antikriegstag" drängte sich geradezu auf, hatte die im Sommer 2008 gegründete Gruppe doch schon in den Vorjahren mit Soli- Konzerten die Kampagne unterstützt. **Christian Puziak**, Frontmann von *Libertin*, hilft, obwohl wohnhaft in Datteln, regelmäßig bei den Aktionen der Dortmunder Kameraden als Redner oder im Ordnerdienst aus. So auch am 3. September, als er vor seinem Auftritt mit *Libertin* noch das Grußwort eines „Nationalisten aus England" übersetzte. Puziak ist die personelle Konstante der Band, die beim „nationalen Antikriegstag" in unterschiedlicher Besetzung auftrat. Neu in der Band war **Matthias Drewer**, ein jugendlicher Aktivist der *Kameradschaft Hamm*, der erste musikalische Erfahrungen in der RechtsRock- Band *Gruppenzwang* gesammelt hatte.

»Musik ist Propaganda!«

Während die Dortmunder Band Oidoxie um Frontmann **Marko Gottschalk** sich nicht mehr an politischen Aktivitäten der lokalen Szene beteiligt, nachdem sie szeneintern immer wieder in der Kritik stand (Vgl. LOTTA #33, S.31- 32), ist Libertin eng an die regionalen Strukturen der Neonaziszene angebunden. Libertin definiert sich stark als politische Band und Agitation steht, anders als bei vielen RechtRock-Bands, im Mittelpunkt. Anfang des Jahres veröffentlichte die Band bereits ein Lied, das zur Teilnahme an dem Aufmarsch aufruft: „Der Antikriegstag, in Dortmund wie jedes Jahr / gegen die Kriegstreiberei der USA!" heißt es im Refrain des Liedes, für dessen Melodie man sich bei einem Song der US-amerikanischen Punkband *Offspring* bediente. *Libertin* ist stramm auf Neonazilinie, die Feindbilder sind klar: „Ich seh` täglich den Terror in der Welt / ein Krieg getrieben durch Macht und Geld / der Kriegstreiber aus USrael / hält die Welt im Atem mit seinem Kriegsbefehl". In einem Online- Interview mit der neofaschistischen *Nieuw- Solidaristisch Alternatief* aus Belgien, auf deren Jugendkongress „Rock tegen Kapitalisme" *Libertin* 2009 spielten, schreibt die Gruppe: „Wir haben das gleiche Blut, die gleiche Geschichte, Herkunft und Zukunft. Wir haben dieselben Probleme und dasselbe Ziel: unsere Länder zu befreien, Freiheit für Europa und Tod der ZOG!" *Libertin* versteht sich explizit als Band mit einer politischen Botschaft: „Es ist zwar nicht einfach seine teilweise, dank der BRD, 'illegale' Meinung in legale Texte zu verpacken, doch ist es ein sehr gutes Mittel sich Gehör zu verschaffen. Musik ist Propaganda!", äußerten sie sich gegenüber dem Fanzine *Freies Chemnitz*.

»Vom Protest zum Widerstand«

Obwohl die Band – der das Hardcore-Label angehaftet wird, auch wenn die Musik nicht als Hardcore im eigentlichen Sinne bezeichnet werden kann – erst seit zwei Jahren existiert und sie musikalisch nicht mit NSHC- Szenegrößen wie *Brainwash* oder *Moshpit* mithalten kann, spielte *Libertin* neben Konzerten in Deutschland, z.B. dem „8. Thüringentag der nationalen Jugend", auch einige Male in Belgien, unter anderem organisiert von dem hierzulande verbotenen Netzwerk *Blood & Honour*, sowie in Bulgarien. Aufgrund dieser Auftritte sowie ihrer engen Verbundenheit zu den „Autonomen Nationalisten" aus Dortmund und hat sich *Libertin* eine gewisse Reputation erspielt. Ihre Songs, die oft auf Großveranstaltungen der extremen Rechten (Bad Nenndorf, Dortmund, Stolberg) Bezug nehmen, kommen in der Szene gut an. Eine eigene CD ist bereits in Planung. „Vom Protest zum Widerstand" soll sie heißen. ★

Foto: Marek Peters

Aufmarschversuch in Friedberg (Hessen) im August 2009: Der Wetzlarer Marcel Keiner (Vordergrund links) ist führender Exponent der "Anti- Antifa Wetzlar", der Dillenburger Daniel Schmidt (Vordergrund rechts) ist ein Hauptaktivist der "Autonomen Nationalisten" der Region.

Von Manfred Pfister und Stephan Rauch

Jagdsaison in Mittelhessen

Ein extrem rechter Erlebnispark im Dreiländereck: der Lahn- Dill- Kreis

Nachdem Neonazis in der Nacht auf den 5. März 2010 in der Kleinstadt Wetzlar einen Molotow- Cocktail gegen die Eingangstür eines Hauses geworfen hatten, in dem sie die Wohnung eines Nazigegners vermuteten, richtete sich das öffentliche Interesse nur kurz auf eine Region, die seit vielen Jahren ein Brennpunkt neonazistischer Aktivitäten ist: den hessischen Lahn- Dill- Kreis, südlich des nordrhein- westfälischen Landkreises Siegen- Wittgenstein und östlich des rheinland- pfälzischen Westerwaldkreises gelegen. In dem dörflich geprägten Landstrich abseits der Metropolen existiert ein virulentes Geflecht neonazistischer Gruppen und Cliquen. Neonazis sind Alltagserscheinung. Widerstand und Gegenkonzepte sind rar.

Kontinuität seit vielen Jahren

Schon vor über zehn Jahren geriet der Kreis bundesweit in den Medienfokus: Die Orte Ehringshausen und Leun erlangten Bekanntheit als Deutschlands „braunste Dörfer", nachdem dort bei den Kommunalwahlen 1997 über 20 Prozent der WählerInnen für die NPD votiert hatten. Das alteingesessene Personal der Partei, allen voran **Doris** und **Alfred Zutt** aus Ehringshausen, hatte es geschafft, aus der politischen Schmuddelecke herauszukommen. Die Zutts waren gesellschaftsfähig, obgleich sie die Bevölkerung absolut nicht im Unklaren über ihre nazistische Ideologie ließen, die sie auch über eine eigene Zeitung *Klartext* regelmäßig verbreiteten. Auch hatte das Ehepaar im Erdgeschoss ihres Wohnhauses in Ehringshausen ein Geschäft namens *Zutt´s Patriotentreff*, das Neonazis aus ganz Hessen und darüber hinaus anzog. All dies störte große Teile der Bevölkerung nicht. Die etablierten Parteien reagierten auf die erstarkende NPD im Ort nicht mit Ausgrenzung, sondern praktizierten mit ihr sachorientierte Kommunalpolitik. So ließ sich der CDU- Bürgermeister mit den Stimmen der NPD wählen, Doris Zutt bekam den Vorsitz des Umweltausschusses der Gemeinde. Dass zwischen der örtlichen Bäckerei und *Zutt´s Patriotentreff* für die Behörden kaum ein Unterschied bestand, zeigte sich auch darin, dass das Arbeitsamt die Einrichtung einer Arbeitsstelle im Neonazi- Laden förderte.

Erst als die Neonazis aus dem Dorfkonsens ausscherten und die Machtprobe mit örtlichen Würdenträgern – so mit dem Pfarrer, einem der wenigen engagierten Nazigegner – suchten, überspannten sie den Bogen. Der Rückhalt in der Bevölkerung schwand, die NPD sackte bei den folgenden Wahlen deutlich ab und Zutts Wohnhaus und *Patriotentreff* musste 2003 einem Verkehrskreisel weichen. Die Zutts verließen Hessen im Jahre 2008 und die Partei verlor im Lahn- Dill- Kreis an Bedeutung und Integrationskraft. Die Szene, die jahrelang auf das Label NPD zugeschnitten war, veränderte sich und gewann an Dynamik. Die Region etablierte sich als Freiraum für unterschiedlichste Neonazigruppen, die das ruhige Hinterland für ungestörte Zusammenkünfte ausgiebig nutzen. So fand das Sommerlager der hessischen *Jungen Nationaldemokraten* im August 2009 bei Ehringshausen

statt. Kaum mehr als einen Steinwurf vom Ortseingang entfernt hielt die NPD- Jugend ein mehrtägiges, in Teilen paramilitärisches Treffen ab, das von der Bevölkerung scheinbar als selbstverständlich wahrgenommen wurde, denn nichts davon gelangte an die Öffentlichkeit.

Die neonazistischen Milieus

Das heutige Geflecht neonazistischer Gruppen, Cliquen und Gangs reicht von völkischen Sekten bis in verschiedene Jugend- Subkulturen. Aus den Reihen der 2009 verbotenen *Heimattreuen Deutsche Jugend* (HDJ) residieren dort gleich mehrere Familienclans, die teilweise aus Norddeutschland und aus dem Frankfurter Umland zugezogen sind. Der gemeindeeigene Grillplatz in Kröffelbach im südlichen Zipfel des Kreises und die Grillhütte der Freiwilligen Feuerwehr in Driedorf nahe dem Dreiländereck standen der HDJ für Heimnachmittage oder Einheitstreffen zur Verfügung. Dass Nachfolgestrukturen des 2000 verbotenen Netzwerks *Blood & Honour* ihre Rechtsrock- Unternehmen, Druckereien etc. vornehmlich im Raum Wetzlar, mit 50.000 EinwohnerInnen größte Stadt des Landkreises, einrichteten, ist ebenso wenig Zufall. Gerade das Rechtsrock- Milieu geht in fließenden Übergängen zu Rock'n'Roll- Szenen, Rockergruppen und zur allgegenwärtigen *Böhse- Onkelz*- Kultur über. Nachdem es im benachbarten Gießener Landkreis nicht gelang, unter dem Label „Böhse- Onkelz- Party" eine rechte Eventkultur zu etablieren, verlagert sich das Geschehen in Diskos und Rockkneipen im Lahn- Dill- Kreis (siehe nachfolgenden Artikel, S. 34).

Auffallend ist jedoch: Während sich zu Zeiten von Doris Zutt die NPD bemühte, durch bürgernahes Auftreten und eine eigene Zeitung den „Kampf um die Köpfe" zu führen, ist politische Arbeit jenseits von radikalen Sprühereien, Shirt- und Aufklebermotiven („Mit Megaphon und Spaten gegen Demokraten") kaum noch feststellbar. Selbst die Aussagen der sich als „politisch" verstehenden Gruppen wie den *Autonomen Nationalisten Herborn* erschöpfen sich in kaum zitierfähigem Gepöbel gegen „die vorpubertierenden Homos der Antifa Recherche Mittelhessen". Trotzdem, oder vielleicht gerade deswegen, ist die Anschlussfähigkeit der Neonazis an die vielerorts als „ganz normal" empfundene rechte Alltagskultur stets gegeben. Denn das vorherrschende lebensweltliche Koordinatensystem – Saufen, *Böhse Onkelz,* Verein, Lokalpatriotismus, Selbsterhöhung und Opferstilisierung – kann bruchlos in eine radikale, rebellische Identität überführt werden. Wenn es um Events im Lahn- Dill- Kreis geht, ist auch das Umfeld mobilisierbar: ständige Partys oder Grillfeste („Grillen gegen links") oder ein Aufmarsch unter dem Motto „Todesstrafe für Kinderschänder", zu dem im Oktober 2008 die NPD 320 Personen nach Wetzlar mobilisierte – mehr als das Doppelte dessen, was die NPD in Hessen ansonsten auf die Beine stellt, denn viele der Teilnehmenden kamen aus dem Nahbereich.

Die neue Generation von AktivistInnen agiert unter Labels der „Autonomen Nationalisten" (AN), ohne sich jedoch von den NPD- Strukturen abzukoppeln. So ist der derzeitige kommissarische Vorsitz der NPD im Kreis, bestehend aus dem 19- jährigen **Lukas Becker** aus Haiger und dem 18- jährigen **Kolja Wieth** aus Mittenaar, der Partei und den AN gleichermaßen verbunden.

Jugendliche, die ihre Anti- Nazi- Haltung sichtbar machten, sowie die Gründung eines Videoprojektes gegen Rechts erschienen der hiesigen Szene im Jahre 2008 derart als Provokation, dass sich eine Handvoll bekannter Neonaziskins und ein paar „Autonome Nationalisten" zur *Anti- Antifa Wetzlar* formierten. Die Situation spitzte sich zu.

Die Gewalt eskaliert

Seit Jahren häufen sich in der Region Übergriffe und Überfälle auf vermeintliche Gegner und Gegnerinnen, kaum eine Tat findet Einzug in offizielle Statistiken. Bereits im Jahr 2000 verübten Neonazis – unter anderem aus dem Lahn- Dill- Kreis – einen Brandanschlag mit einem Molotow- Cocktail auf ein von Punks bewohntes Haus in Hüttenberg bei Gießen, der den TäterInnen lediglich Verurteilungen zu geringen Strafen einbrachte.

Je stärker die *Autonomen Nationalisten Wetzlar* und die *Anti- Antifa Wetzlar* Anschluss an Gruppen der „Autonomen Nationalisten" im Kreis Siegen- Wittgenstein und insbesondere in Dortmund fanden, desto mehr verlagerte sich die Gewalt von spontanen Straßen- Überfällen hin zu geplanten und gezielten Aktionen. Im Oktober 2009 wurden 20 Neonazis von der Polizei daran gehindert, ein Rock- gegen- Rechts- Konzert der *Grünen Jugend* in Wetzlar anzugreifen, bereits in der Nacht davor war der Veranstaltungsort mit Farbe besudelt worden. Wenige Wochen später ging vor einem Vortrag des von Gewerkschaften, Parteien und Kirchen getragenen *Bündnis gegen Nazis Wetzlar* (BGN) eine Bombendrohung ein. Veranstaltungen des BGN sind ohne Polizeischutz ohnehin kaum durchführbar. Es folgten Farbanschläge auf ein linkes Zentrum in Gießen und auf zwei Kneipen in Wetzlar, die NazigegnerInnen Räume zur Verfügung stellten. Fahrzeuge von Linken wurden beschädigt und Wohnhäuser von Mitgliedern des BGN mit Drohungen beschmiert. Auf eine spontane antifaschistische Demonstration antworteten 40 Neonazis mit einem Fackelmarsch, bei dem sie vermummt durch Wetzlar zu ziehen versuchten, was in einer Hetzjagd durch die Polizei und mit etlichen Festnahmen endete.

Die Gewalt eskalierte in der Nacht auf den 5. März 2010. Gegen 1.10 Uhr warfen Neonazis aus einem fahrenden Auto heraus einen Molotow- Cocktail gegen die Haustür eines Fachwerkhauses in der Wetzlarer Innenstadt, in dem sie den Wohnort eines Jugendarbeiters der katholischen Kirche, Mitglied im BGN, vermuteten. Glücklicherweise bemerkte ein Nachbar das Feuer und alarmierte die schlafenden HausbewohnerInnen. Das Feuer

Selbst entworfene Böhse- Onkelz- Shirts aus der Gießener Neonaziszene, 2009

Der Böhse- Onkelz- Wanderzirkus in Mittelhessen

Der „Böhse Onkelz- Abend" oder ein Liveauftritt einer *Böhse Onkelz*- Coverband hat für viele extrem rechte Gruppen und Cliquen insbesondere in Mittelhessen beinahe magische Anziehungskraft. Selbst in den Rundbriefen einzelner Neonazikameradschaften findet sich der Termin des nächsten *Böhse Onkelz*- Events in der weiteren Umgebung irgendwo zwischen Aufmarsch- Mobilisierung und der Einladung zum Kameradschaftsabend.

Über Langgöns nach Gießen ...

Zwischen 2007 und 2009 fanden sieben „Onkelzpartys" in der Musikkneipe *Irish Rover* in Gießen statt. Der Veranstalter hatte zuvor in einer Disko bei Gießen derartige Partys organisiert und war nach der Schließung der Disko ins *Irish Rover* ausgewichen. Dass auf den „Onkelzpartys" am neuen Ort auch bekannte und erkennbare Neonazis feierten, wurde durch die Gießener *Antifa R4* öffentlich gemacht, Medien griffen dies auf, der Druck auf das *Irish Rover* nahm zu.

Als Reaktion darauf meldete der Neonazi **Kai Jäckel** aus Lich, der sich seit dem Jahr 2008 auf mehreren Aufmärschen exponierte, für den 28. Februar 2009 eine Demonstration unter dem Motto „Gegen linke Gewalt und gegen das Verbot der Onkelzparty in Irish Rover" an und ließ nach Recherchen Gießener AntifaschistInnen dafür 100 Shirts mit der Neonazi- Parole „Good Night Left Side" herstellen. Über 100 Personen sicherten über das Internet ihre Teilnahme an der Demonstration zu oder bestellten ein Shirt. Als an diesem Beispiel die intensiven Verbindungen zwischen *Onkelz*- Fans und Neonazis offen gelegt wurden und sich gegen die geplante Demonstration Proteste ankündigten, machten die *Onkelz*- Fans nach und nach Rückzieher. Am Ende stand Jäckel mit 100 Shirts recht allein auf weiter Flur und meldete die Demonstration ab.

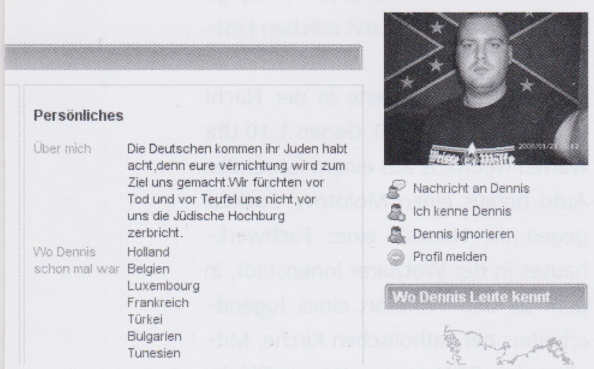
... und nach Brandoberndorf

Der Besitzer des *Irish Rover* konnte es sich in der Folge nicht leisten, seine Räume für Jäckel und dessen Umfeld zu öffnen. Der *Onkelz*- Wanderzirkus fand neues Quartier im Lahn- Dill- Kreis, vor allem in der Diskothek *mystage* in Brandoberndorf. Bilder eines *Onkelz*- Abends am 18. Juni 2010 zeigen Funktionäre der NPD, die aus Orten 70 Kilometer entfernt angereist waren, und Gruppen von Neonazis, die inmitten der Feiernden mit Shirts mit Aufschriften wie „frei- sozial- national" oder „Nationale Sozialisten" posieren. Eine „private" *Onkelz*- Party im *mystage* am 10. Juli 2010 wird in einem Internetblog von Neonazis wie folgt beworben: „Heute Abend!!! Onkelz Party! My Stage!!!! ....über uns die schwarze Sonne.....*sing*". Für den 24. Juli 2010 lud der bekannte Neonazi **Christian K.** aus dem Hochtaunuskreis zu einer privaten Feier, zu der die BesucherInnen, allesamt erkennbare Neonazis, über Mobiltelefon und Vorabtreffpunkt ins *mystage* gelotst werden.

Die lieben Glatzen im mystage

Böhse Onkelz- Partys in der Region sind geprägt von der Durchmischung des

konnte rechtzeitig gelöscht werden. Ausgerechnet weithin bekannte Neonazis, die sich bis dato im Alltag und auf Aufmärschen mit den Shirts der *Anti- Antifa Wetzlar* exponierten, wurden sechs Wochen später als Täter ermittelt. Sie gestanden prompt. Dies verdeutlicht die grenzenlosen Allmachtsphantasien der hiesigen AktivistInnen, die keinerlei Bewusstsein für die Folgen und Risiken ihres Handelns haben.



Screenshot: wer-kennt-wen

Neonazistische Vernichtungs- und Allmachtsphantasien: öffentliches Profil eines Neonazis aus dem Lahn- Dill- Kreis in der Internet-Community "Wer- kennt- Wen".

Akzeptiert und dazugehörig

Die extrem rechten Cliquen und Gruppen im Lahn- Dill- Kreis entwickeln ihr Selbstbewusstsein und ihre Wirkungsmacht über ein enormes Angebot an Freiräumen. Auf tragenden gesellschaftlichen Ebenen findet die Auseinandersetzung mit, geschweige denn eine Ablehnung von Neonazis nicht statt. Das Problem wird vielerorts verschärft durch einen Behördenapparat, der eher bemüht ist zu vertuschen und zu verschweigen als entschlossen zu handeln. Dies wurde deutlich, als nach dem Brandanschlag im März 2010 die Wetzlarer Polizei dem Betroffenen zu verstehen gab, dass die TäterInnen wohl in Kreisen linker Autonomer zu vermuten seien. Erst auf Druck des Landeskriminalamtes wurden die Ermittlungen gegen örtliche Neonazis intensiviert, was kurz darauf zu vier Verhaftungen und Geständnissen führte.

Bilder, die öffentlich über Social Networks im Internet verbreitet werden, zeigen, wie akzeptiert und dazugehörig Neonazis sind. Haiger, 21. Mai 2009: In einer Rockkneipe tanzt eine

Foto: juelich/ip-photo.com

Quelle: wer-kennt-wen

Neonazistammtisch im Clubheim eines Schützenhauses in Dillenburg 2009. Das Shirt- Motiv „Hunting Season" (Jagdsaison) zeigt weiß gezeichnete Menschen, die auf schwarz gezeichnete Menschen schießen.

Publikums mit „unpolitischen" Musikfans, rechten Jugendlichen und Erwachsenen sowie exponierten Neonazis, die dort wie selbstverständlich dazugehören. Darüber manifestiert sich die Akzeptanz von Neonazis in der „ganz normalen" Partykultur. Durch raumgreifendes Auftreten dominieren Neonazis nach und nach die Räume. Wenn diese – wie das *mystage* – ihre Türen für interne Feiern öffnen, haben sich die Neonazis exklusiven Freiraum geschaffen.

Das erschreckende Ausmaß von Opportunismus und Naivität wird deutlich am Beispiel der *mystage*- Betreiberin **Manon Rohrbach**. Sie ist keine Neonazistin, hält Hitler – das verrät sie per Internet – für einen „bösen Menschen". Über die in ihrem Club stattfindenden *Böhse Onkelz*- Events schreibt sie: „Es ist keine politische Veranstaltung sondern eine Neutrale, (...) Ich habe nichts gegen rechte, linke oder neutrale Personen solange alle lieb sind. Bei mir sind genauso Glatzen wie Ausländer und alle anderen Menschen wilkommen, solange sie wie gesagt lieb sind." Am 14. August 2010 spielte die extrem rechte Band *Kategorie C – Hungrige Wölfe* im *mystage* vor 400 BesucherInnen, zum großen Teil Neonazis. Manon Rohrbach vermochte keine Rechten im Publikum zu erkennen. Alle waren lieb.

Stripperin um den bekannten Neonazi **Sascha M.**, der halbnackt vor ihr auf einem Stuhl sitzt. Dutzende Gäste betrachten amüsiert das Geschehen, einzelne präsentieren es nachfolgend in virtuellen Fotoalben – keinen der Dabeigewesenen scheint es zu stören oder gestört zu haben, dass Sascha M. auf seiner Brust ein beinahe handgroßes tätowiertes Hakenkreuz trägt. Dillenburg, Herbst 2009: Sechs Neonazis sitzen im Clubheim eines Schützenhauses unter dem Wappen des Hessischen Schützenverbandes, sie tragen Shirts mit Motiven, auf denen sie rassistischen Mordphantasien freien Lauf lassen (siehe Bild). Das Clubhaus ist ihr Treffpunkt, auf weiteren Bilderserien posieren sie mit dem Schützenmeister und beim Schießtraining. Niemand scheint ein Problem damit zu haben.

Freizeitvereine, Sportvereine, Feuerwehren: Die Liste von Neonazis im Vereinsleben lässt sich beliebig weiterführen. Anfang 2008 deckte eine antifaschistische Gruppe aus Gießen auf, dass **Thomas Hantusch** aus Ehringshausen, führender Funktionär der NPD im Landkreis, als Fußball- Jugendtrainer in einem Wetzlarer Sportverein aktiv ist. Der Verein wusste dies seit Längerem, doch er beendete das Engagement von Hantusch erst, als die antifaschistische Recherche von Medien aufgegriffen wurde und der Imageschaden da war. In dem Glauben, Hantuschs Einflussnahme auf Jugendliche zu verhindern, hatte man zuvor beschlossen, dass er kein Team länger als zwei Jahre betreuen durfte. Anders ausgedrückt: Dem NPD- Funktionär wurden alle zwei Jahre „neue" Jugendliche zur Betreuung überlassen.

Trübe Aussichten

Im Lahn- Dill- Kreis, dies zeigen Geschichte und Gegenwart, hat das offene Bekenntnis, Nazi zu sein, vielerorts keine persönlichen, existenziellen, gesellschaftlichen Konsequenzen. Tatsächlich ist die Unterordnung oder Anpassung an die extreme Rechte insbesondere für Jugendliche oft der Weg des geringeren Widerstandes. Antifaschistisches Engagement hingegen wird schnell zum hohen persönlichen Risiko. Den politischen und gesellschaftlichen Institutionen fehlt zu häufig die Bereitschaft und die Kompetenz, das Problem zu erfassen und wirksam dagegen zu steuern. Vielerorts bleibt antifaschistische Intervention darauf beschränkt, „von außen" die ärgsten Auswüchse zu skandalisieren. Im extrem rechten Erlebnispark Lahn- Dill- Kreis sind das kaum mehr als Nadelstiche, die bisher meist folgenlos blieben.

Dass nach dem Brandanschlag im März über 1.000 Menschen in Wetzlar gegen den Neonaziterror auf die Straße gingen, ist kein Garant für eine nachhaltige Änderung, kann aber ein wichtiger Impuls sein. Vor allem werden die Stimmen jüngerer Menschen lauter, die von den Zuständen schlicht und einfach die Schnauze voll haben. Wie diese unterstützt werden können, wie sie sich Perspektiven in der Region schaffen können, ist Thema in den antifaschistischen Zusammenhängen Hessens. Dort erlangt die Beschäftigung mit dem Lahn- Dill- Kreis und anderen „Problemregionen" zunehmend Priorität. ★

Von Kristian Brucht

Kampf um die Nachfolge

Das Label Blood & Honour in Hessen und Rheinland- Pfalz zehn Jahre nach dem Verbot

Im September 2000 wurde die deutsche Division des Neonazimusik-Netzwerkes "Blood & Honour" durch das Bundesinnenministerium verboten. Nach nunmehr zehn Jahren „im Untergrund" ist es an der Zeit, die Frage zu stellen: Was ist "Blood & Honour" heute? Blicke nach Rheinland- Pfalz und nach Hessen sollen Antworten geben.

Weiterführung

Vielfach haben antifaschistische Medien in den vergangenen zehn Jahren beschrieben, wie sich Teile des Netzwerkes von *Blood & Honour* (B&H) immer wieder unter neuen und alten Namen zusammenfanden. Der Mythos blieb erhalten, gewann zum Teil sogar an Bedeutung. Nach dem Verbot versuchten die Einen, ihre Strukturen aufrechtzuerhalten und genauso weiterzuarbeiten wie zuvor. Andere ergriffen die Gelegenheit und nutzten das Label für eigene Interessen und Rechnungen.

B&H- Gruppen benannten sich um. So wurde aus einer lokalen B&H-Struktur im Odenwald- Ort Mömlingen die Gruppe *White Unity*, die um sich herum eine Infrastruktur schuf – bestehend aus einer Band (*Damage Incorporated*), einem Tattoo- Studio und einer Kampfsportschule. Sie erwarb sich zielstrebig den Ruf der „Dorfschläger", mit denen sich kaum jemand anlegen will, auch nicht die Polizei. Der MSC 28 im rheinland- pfälzischen Rhein- Lahn- Kreis hingegen wurde von Personen gegründet, die erst kurz vor dem Verbot zu B&H gestoßen waren. In ihrem Drang nach Einfluss und Expansion steckten sie nun die rechte Dorfjugend in „28"er-Shirts und vermittelten ihnen das Gefühl, einer Elite anzugehören. Während die *White Unity* als authentisch galt und allseits Respekt erfuhr, entzündeten sich am MSC 28 beständig Streitereien um Macht und Label – und um die Frage, wer nun beanspruchen darf, die legitime Nachfolge von *Blood & Honour* zu sein.

Zank ums Label

Diese Nachfolge beansprucht(e) insbesondere die Gruppierung *Division 28* für sich. Es war vor allem der Label- und Versandbetreiber **Hartwin Kalmus** aus Karlsruhe, der versuchte, das alte Netzwerk zusammenzuhalten und neue Aktive zu integrieren. Etwas Organisationsgeschick und eine gehörige Portion Dreistigkeit reichten dazu aus. Während man nach außen als *Division 28* auftrat, nannte man sich intern stets nur *Blood & Honour* und unterhielt Sektionen mit festen Mitgliedern und eigenen Kassen. Der Sektion Südhessen gelang es, mit wechselnden Musiklabels und Versänden das Rechtsrock- Business im Bundesland zu dominieren. Die *Division 28* erhob den Anspruch, es dürfe ohne ihr Zutun oder ohne ihre Genehmigung in Süd- und Mittelhessen sowie im nördlichen Rheinland- Pfalz keine Szenekonzerte geben. Beispielhaft ist die Aussage des heute in den USA untergetauchten ehemaligen Sektionsleiters Südhessen, **Marcel Pillich**. Pillich entgegnete vielsagend in einer abgefangenen E- Mail auf die Nachricht, eine südhessische Kameradschaft habe ein eigenes Clubhaus eingerichtet: Da habe man ja „wohl ein Wörtchen mitzureden".

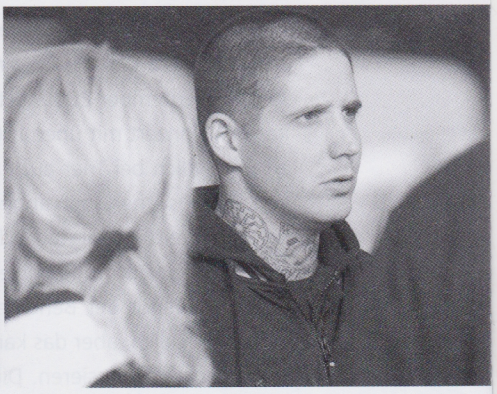
Probleme bereiteten der *Division 28* die Gruppen, die sich ihrem Führungsanspruch nicht unterwarfen – teils aus Unwissenheit, teils aus unrealistischer Einschätzung der Kräfteverhältnisse. Die Männer fürs Grobe der *Division 28* haben in der Szene einen geradezu mythischen Ruf. Allen voran **Michael Zatzke**, ehemalige Führungsfigur von B&H im Westerwaldstädtchen Montabaur, der in der Szene als Anführer der Sektion Nordpfalz gilt. Der MSC 28 wurde, da er die „28 unauthorisiert" genutzt habe, von der *Division 28* für „aufgelöst" erklärt. In Hessen, Rheinland- Pfalz und Bayern kam es zu Überfällen auf Konzerte, die nicht von der *Division 28* genehmigt worden waren. Doch mit einem bewaffneten Überfall auf ein Konzert in Mitlechtern im hessischen Odenwald im November 2005, bei dem die Kasse entwendet wurde und es mehrere Verletzte gab, überspannte die *Division 28* den Bogen. In der Szene kursierten Vorwürfe, es gehe der *Division 28* um persönliche Bereicherung; ihre Mitglieder seien „unpolitische Schläger", die sich ihr „privates Terrorregime" aufgebaut hätten. Es folgte eine Erklärung einflussreicher ehemaliger B&H- Führungspersonen, die der *Division 28* das Recht absprachen, als Nachfolge von *Blood & Honour* aufzutreten.

Immer im Blickfeld der Behörden

Die *Division 28* trat in der Folgezeit leiser auf, nicht zuletzt, weil die Ermittlungen gegen sie, die bereits seit dem Jahr 2002 liefen, mit dem Überfall in Mitlechtern neue Nahrung bekamen. Dass die Ermittler leichtes Spiel hatten, ist in folgender Entwicklung begründet: Nach dem Verbot ließen sich Konzerte und Treffen nicht mehr so häufig durchführen. Vor allem die Erlebniswelt brach ein, die Aktiven suchten sich neue Erlebnisräume und fanden diese in Rockergruppen, im Tattoo- Milieu, Bodybuildingstudios, Kampfsportkreisen oder Hardcoreszenen. Frisch gepiercte B&H- Neonazis

Foto: juelich/ip-photo.com

Auflösung eines von Hartwin Kalmus organisierten Konzertes im Januar 2006 in Karlsruhe.



Alexander Michels aus Wittlich ist aktiv im Konzertgeschehen der Chaos Crew. Hier auf einem Aufmarsch in Wetzlar (Hessen) im Oktober 2008.

erschienen nun auf großen, eher unpolitischen Konzerten von Bands wie *Agnostic Front*, *Motörhead* oder *Social Distortion*. In der Folge fand eine Vermischung mit anderen Szenen statt. In die eigenen kriminellen Aktivitäten (Handel mit illegaler Musik, Organisation illegaler Konzerte) band man zunehmend Personen ein, die keinerlei Bewusstsein für grundlegende Sicherheitsfragen hatten. Die Behörden mussten nur Telefonate von Personen im Umfeld von Kalmus abhören, um mitzubekommen, wo gerade ein Konzert geplant war, wer welche Sektion leitete und was es an aktuellen Streitigkeiten gab. Die Geschichte der *Division 28* hätte wohl ein kurzes, schmerzhaftes Ende haben können, doch die Landeskriminalämter, die den Fokus ihrer Ermittlungen in Sachen Nachfolge von B&H längst auf den Kreis um Kalmus gerichtet hatten, zögerten den Abschluss Jahr um Jahr hinaus. Zu ergiebig sprudelten die Quellen, zu verlockend war die Aussicht, weiterhin Einblick in das internationale White- Power- Netzwerk zu erhalten.

Gegen zwei Personen der Sektion Südhessen, die verbotene CDs und Shirtmotive in Umlauf gebracht hatten und sich dabei des Labels „28" bedienten, endete im Februar 2010 ein Prozess in Frankfurt ohne Haftstrafen. Ein weiterer Prozess fand in Koblenz statt; doch da dieser ohne öffentliches Interesse über die Bühne gebracht wurde, sind nicht einmal die genauen Anklagepunkte bekannt. Seit Monaten angekündigt ist ein Prozess gegen Kalmus und andere Führungspersonen des „alten" B&H, die im Dunstkreis der *Division 28* weitermachten. Der Prozess soll in Karlsruhe stattfinden, der Termin ist noch nicht veröffentlicht worden.

Dass die Behörden trotz guten Kenntnisstandes das zum Teil schwerkriminelle Treiben der *Division 28* über Jahre nicht zur Anklage brachten, dass sich deren Schläger wegen des bewaffneten Raubüberfalls in Mitlechtern 2005 bis zum heutigen Tag nicht vor Gericht verantworten mussten, wirft viele Fragen auf. Doch es fehlt an öffentlichem Interesse und an politischem Druck, die Antworten einzufordern.

Neue Heimat in Rockergruppen und bei »Hammerskins«

Durch Verfahren und Urteile sind die B&H- Strukturen in Hessen und Rheinland- Pfalz heute weitgehend lahmgelegt, eine Weiterführung von B&H mit eigenen Sektionen unter einem verbindenden Dach kann nicht mehr festgestellt werden. Selbst die *White Unity* in Mömlingen zeigt nach dem Zerfall der *Division 28* wenig Ambitionen, auf eigene Faust weiterzumachen, sondern schließt sich derzeit einem örtlichen Ableger der *Hells Angels* an. Sie folgt damit einer Entwicklung, die seit Jahren ausführlich thematisiert wird: die Anbindung bzw. der Anschluss von ehemaligen B&H-Aktiven an große Motorradclubs. Bereits im Frankfurter Prozess gegen die *Division 28 Südhessen* wurden die Verbindungen der Angeklagten zu Personen des regionalen *Gremium MC* aktenkundig. Und nachdem der MSC 28 durch die *Division 28* aufgelöst worden war, war für einige MSCler der Weg zu den *Hells Angels* nahestehenden Club *Black Devils MC* auffallend kurz.

Denjenigen, die weiter im White-Power- Milieu bleiben wollen, öffnen sich die *Hammerskins*. Standen diese in der Frage, wer die eigentliche „Premium- Marke" der White- Power-Szene besitzt, oft in Konkurrenz zu B&H, sind jetzt verstärkt Wanderungsbewegungen zu beobachten. So wechselten die Aushängeschilder des hessischen *Blood & Honour*- Netzwerks, *Whitenoise- Records* und *Streetfight- Records*, ins saarländische Bexbach, wo **Torsten Staudacher** aus dem Kreis der *Hammerskins* ein expandierendes White- Power- Business unterhält.

Kopf der *Hammerskins* im südwestdeutschen Raum ist **Malte Redeker** aus Ludwigshafen. Er betreibt das Label *Gjallarhorn- Klangschmiede* und prägt das Konzertgeschehen im südwestdeutschen Raum. Und er bietet das, was die *Division 28* nicht mehr hat und niemals wirklich hatte: ein hochprofessionelles System und Strukturen, die dicht halten. Während bei Konzerten von Kalmus Razzien stattfanden und er Anzeigen sammelte wie andere Panini- Bilder, führt der Kreis um Redeker seine Konzerte meist ohne Störungen und Konsequenzen durch. Als die *Hammerskins* vor einigen Jahren in Kirchheim an der Weinstraße ein altes Weingut aufgetrieben und ausgebaut hatten, konnten dort solange ungestört Treffen stattfinden, bis die NPD auf den Zug aufsprang und das Gebäude medienwirksam zum „Nationalen Jugendzentrum" erklärte. Der nun entstehende öffentliche Druck zwang die Stadt, das Gelände dicht zu machen. Der aktuelle Coup der *Hammerskins*: ein Gelände direkt hinter der französischen Grenze. Die Konzerte dort blieben bisher weitgehend ungestört.

Neue Organisation, altes Muster: Die Chaos Crew

Am 27. September 2009 löste die Polizei ein Konzert mit über 100 Neonazis in Wittlich bei Trier auf und wurde von den BesucherInnen angegriffen. In der Tageszeitung folgten Schlagzeilen wie „Polizei stürmt Rechtsextremen-Konzert". Tenor der Berichterstattung war: schrecklich, aber das kann überall in Deutschland passieren. Die Öffentlichkeit an der beschaulichen Mittelmosel reagierte verstört. Doch ganz so zufällig wie dargestellt war es nicht, dass sich Neonazis in Wittlich-Bombagen in eine Grillhütte eingemietet hatten.

Veranstalter war die *Chaos Crew*, die an der Mittelmosel sowie in den angrenzenden Mittelgebirgen Hunsrück und Eifel aktiv ist. Auch ihnen ist *Blood & Honour* Vorbild: Die Gruppe lehnt sich unmissverständlich an das Label an, ihre Mitglieder posieren mit einschlägiger B&H-Symbolik auf Treffen im In- und Ausland. Da einige Personen der *Chaos Crew* schon in der „alten Szene" dabei waren, gelingt es, sich als authentisch darzustellen und das (Nazi-)Konzertgeschehen der Region zu dominieren. Beinahe regelmäßig führt sie kleinere Konzerte durch.

Zur Kontaktpflege und zur Selbstinszenierung spielen social networks eine wichtige Rolle. Über Codes wie „33" (für *Chaos Crew*) können Eingeweihte Verbundenheit zeigen. Dennoch versucht die Gruppe, sich vom Licht der Öffentlichkeit fernzuhalten. Es gibt keine offizielle Homepage, Konzerte werden konspirativ organisiert, auch versucht man nicht, durch exponierte Auftritte etwa auf Kirmesveranstaltungen ein Territorium zu reklamieren. Die Behörden spielen das Spielchen mit und informieren lediglich über polizeilich aufgelöste Konzerte. Informationen über den Veranstalter, die *Chaos Crew*, werden der Öffentlichkeit vorenthalten, ebenso die Anzahl der Konzerte, die ungestört stattfinden konnten. Dass die Behörden Einblick in die Szene haben, zeigt sich jedoch daran, dass ihnen mehrmals Veranstaltungen frühzeitig bekannt wurden und diese aufgelöst werden konnten.

Um das zu umgehen, wurde mindestens eine Veranstaltung der *Chaos Crew* hinter die nahe Grenze verlegt: Für den 27. Februar 2010 kursierte ein Flyer mit dem Bild von **Adolf Hitler** unter dem Motto „Geburtstagsfeier" im Internet, etwa 120 Neonazis feierten schließlich ungestört in den Niederlanden zu den Bands *Dux et Patria*, *Exitus*, *Devils Project* und *Nordglanz*.

Aufgelöst wurde hingegen ein Liederabend, den die *Chaos Crew* am 15. Mai 2010 in einer Grillhütte bei Andel im Landkreis Bernkastel-Wittlich durchführen wollte. Die Polizei beschlagnahmte Shirts mit Hakenkreuzen und Hitlermotiven sowie einen PKW.

Annäherung an die NPD

Die Repression sucht sich der Trierer NPD-Funktionär **Safet Babic** zunutze zu machen. Auf der NPD-Homepage führt Babic die Vorteile einer Parteiorganisation an: Wurde am 15. Mai der „private Liederabend gesprengt", so konnte er im Rahmen einer NPD-Wahlkampfveranstaltung mit Liedermacher **Nico** am 26. Juni 2010 nachgeholt werden. Babic bedankt sich ausdrücklich bei der „weit über die Region hinaus bekannte[n] Chaos Crew". Die *Chaos Crew* steht vor der Entscheidung, „ihre" Konzerte in Zukunft unter das Label der NPD zu stellen und sie in einem rechtssicheren Rahmen durchzuführen oder es weiterhin – zur Not auch im nahen Ausland – mit konspirativen Konzerten unter ihrem eigenen Label zu versuchen.

Das Verhältnis zwischen Parteiführung und dem Milieu von *Blood & Honour* war im Bundesland bisher eher angespannt. Als die rheinland-pfälzische NPD zum Auftakt des Landtagswahlkampfes 2005 ein Rechtsrock-Konzert veranstaltete, zwangen die (Partei-)Ordner BesucherInnen, B&H-Symbolik zu verdecken. Diese rächten sich auf ihre Weise und sorgten für den Abbruch des Konzertes. Sie stürmten die Bühne, um ein schwarz-rot-goldenes Banner herunterzureißen und durch ein schwarz-weiß-rotes zu ersetzen. Ganz vorne dabei: die Schläger der *Division 28* und der mit ihr verbundenen *White Unity*. ★

Foto: juelich/ip-photo.com

Der Beginn einer wunderbaren Freundschaft? Pascal Bibus (mit Kappe) von der Chaos Crew und der NPD-Funktionär Safet Babic (rechts daneben mit Vollbart) auf einem Aufmarsch am 11. September 2010 im rheinland-pfälzischen Alzey.

Wollen verschmelzen: Matthias Faust und Udo Voigt

Von Tomas Sager

Abgesang

Die DVU im Endstadium – Fusion mit NPD oder Siechtum

Ein Parteivorsitzender, der vom Schiedsgericht für ausgeschlossen erklärt wird, aber trotzdem weitermacht, als wäre nichts geschehen. Seine drei wichtigsten Gegenspieler, die ihrerseits mit Ausschlussverfahren überzogen werden und dies kurz und knapp für „rechtsunwirksam" erklären. Dazu Gerichte zwischen München und Hamburg, die den Zwist innerhalb der Partei in Form von Schriftsätzen auf den Tisch bekommen: die DVU im Endstadium.

Sie hat kein Geld, kaum aktive Mitglieder, zuletzt verheerende Wahlergebnisse und sieht kein Licht am Ende des Tunnels. Ihr Vorsitzender **Matthias Faust** ersann gemeinsam mit NPD-Chef **Udo Voigt** eine Lösung des Problems: die Fusion beider Parteien. Einen „historisch einmaligen Zusammenschluss" und eine „politische Proklamation größten Ausmaßes" nannte Voigt die angestrebte „Verschmelzung".

Und schnell sollte es gehen. Entsprechend ambitioniert war der Zeitplan: Mitgliederbefragungen in diesem Sommer, dann Verhandlungen über einen Verschmelzungsvertrag, dann getrennte Parteitage, denen Urabstimmungen noch in diesem Jahr folgen sollen. Doch erste massive Querschüsse folgten, noch ehe die Fragebögen verschickt waren. Die nordrhein-westfälische DVU, die die Fusion vehement ablehnt, verlangte Fausts Parteiausschluss. Die Schiedsgerichts-Vorsitzende **Renate Köhler** folgte dem Antrag. Faust habe „der DVU schweren Schaden zugefügt", hieß es in ihrer Erklärung. Ihm sei es „mit sofortiger Wirkung verwehrt, als Parteivorsitzender oder auch nur als Mitglied der DVU aufzutreten". Faust habe die Pläne für eine Fusion ohne eine entsprechende Vollmacht des Vorstands angekündigt.

Mehrheit für Verschmelzung

Doch der Vorsitzende, dem nachgesagt wird, er treibe die Fusion so energisch voran, weil er auf einen Posten in und ein Gehalt von der NPD hoffe, ließ sich nicht bremsen. Der Ausschluss sei „klar rechtlich unwirksam", ließ er wissen und startete im Juli ungerührt die Mitgliederbefragung, parallel zur NPD. Knapp 6.000 Fragebögen will Faust verschickt haben, rund 7.000 die NPD.

Dass in der NPD eine übergroße Mehrheit die Frage „Halten Sie eine Vereinigung von NPD und DVU für sinnvoll, sofern der NPD daraus keine neuen Schulden entstehen?" mit Ja beantworten würde, stand von vornherein außer Frage. Zwar empfahlen einige „parteifreie" Neonazis eine Ablehnung, doch Funktionäre beider Flügel – der NS-orientierte und der um ein gemäßigteres Erscheinungsbild bemühte – setzten sich für eine Zustimmung ein.

Eine Hilfestellung beim Kreuzchensetzen bekamen auch die nordrhein-westfälischen Mitglieder mit auf den Weg. Ein „klares Ja" empfahl der Landesvorsitzende **Claus Cremer** zur Vereinigung mit der DVU, ein ebenso „klares Nein" bei der Frage zu einem neuen Parteinamen. Die Bezeichnung NPD sei eine „Marke", meinte er: „Den Namen NPD aus ‚taktischen' Gründen und/oder aus ‚Testzwecken' zu ändern ist politischer Unsinn und würde uns eher schaden als nutzen."

92,47 Prozent der NPD-Mitglieder, die ihren Fragebogen wieder nach Berlin schickten, stimmten für eine Vereinigung – ohne Übernahme der DVU-Schulden. 6,62 Prozent votierten mit Nein. 1.872 der rund 7.000

Mitglieder hätten sich an der Befragung beteiligt, sagte Voigt. Fast ebenso deutlich fiel das Ergebnis bei der DVU aus, wenn man Faust glauben darf. 90,95 Prozent hätten mit Ja und 7,41 Prozent mit Nein gestimmt, berichtete er. An Fausts Hamburger Geschäftsstelle sollen bis zur Auszählung „rund 1100 Fragebögen" zurückgeschickt worden sein. Das überrascht etwas, hatte Faust doch zwei Tage zuvor gegenüber *tagesschau.de* eingeräumt, von den insgesamt 5.852 Schreiben an die Mitglieder erst rund 600 Antwortbögen zurückerhalten zu haben.

Putschistentruppe

Bestätigt durch das Ergebnis holte er zum Gegenschlag gegen seine parteiinternen Kontrahenten aus. Die Landesvorsitzenden aus Schleswig-Holstein, Niedersachsen und NRW, **Ingeborg Lobocki**, **Hans-Gerd Wiechmann** und **Max Branghofer** nannte er eine „Putschistentruppe", die von außen durch **Christian Worch** unterstützt werde. „Zumindest einige Funktionsträger" würden nicht davor zurückscheuen, „sich krimineller Handlungsweisen zu bedienen, um ihre niederen Ziele zu erreichen", klagte Faust und kündigte an, Strafanträge stellen zu wollen. Außerdem würden Ausschlussverfahren in die Wege geleitet.

Keinesfalls wollte er das Feld räumen: „Ein ‚Bundesschiedsgerichtsurteil', das keines ist, und zudem sogar noch rechtswidrig und unwirksam ist, kann mich weder meiner Mitgliedschaft, noch meines Amtes berauben." Branghofers Landesverband sei gar nicht berechtigt gewesen, seinen Ausschluss beim ebenfalls nicht zuständigen Bundesschiedsgericht zu beantragen. Und die Entscheidung jenes Parteigerichts stamme überdies nicht von seiner Vorsitzenden, sondern von der „Putschistin" Lobocki, die das fertige Urteil der „ziemlich überrumpelten und verunsicherten Schiedsgerichtsvorsitzenden" zugeleitet habe, so dass sie „nur noch unterschreiben brauchte".

Vor Gericht hat Faust bislang keinen Erfolg mit seiner Argumentation. Landgericht und Oberlandesgericht München lehnten es ab, ihn per einstweiliger Verfügung wieder ins Amt zu hieven und verwiesen ihn auf das Hauptsacheverfahren. Und seine Gegner veröffentlichten dann noch einen Beschluss des Amtsgerichts Hamburg, mit dem Faust Anfang August die Teilnahme an einer Sitzung des DVU-Bundesvorstands untersagt wurde. Die DVU im Sommer 2010: als politische Partei am Ende, als Arbeitsbeschaffungsmaßnahme für die Justiz noch zu gebrauchen.

Business as usual

Zu jener Sitzung in der NPD-Zentrale in Berlin erschienen nur die Vorstandsmitglieder des Faust-Flügels. Und sie beschlossen, was der Nicht-mehr- oder Immer-noch-Vorsitzende gewünscht hatte: die Einleitung von Ausschlussverfahren gegen Lobocki, Wiechmann und Branghofer. „Aus Gründen der Dringlichkeit" dürften zudem alle drei ihre Rechte als Mitglied nicht mehr ausüben, hieß es auf der DVU-Homepage. Das wiederum scherte in der Folge die von Faust so titulierten „Putschisten" wenig. Wiechmann nannte den Ausschlussbeschluss eine „idiotische Kamikazeaktion" und „rechtsunwirksam". Inzwischen – Mitte September – meldeten die drei Landesvorsitzenden, die Ausschlussverfahren gegen sie seien vom Tisch. Doch Faust widerspricht: Keinesfalls seien die drei wieder in Amt und Würden.

Trotz des Chaos in der DVU demonstrierten Voigt und Faust Business as usual auf dem Weg zur „Verschmelzung" beider Parteien. Nach einem Gespräch der Faust-Getreuen mit der NPD-Spitze stellten sie sich für ein gerade einmal zwei Minuten langes Video vor die Kamera und sonderten Allgemeinplätze ab. Man habe die ersten Details der Verschmelzung geklärt, sagte Faust. Konflikte, Probleme? Keine Spur. Neuigkeiten etwa zu der Frage, wie bei einer Fusion mit den Schulden der DVU verfahren wird, oder den Namen der „neuen" Partei erfuhr der Betrachter des NPD-Videos nicht.

Trügerische Hoffnung

Dabei dürfte die Frage des Namens noch das geringste Problem sein. Zwar hatten sich von den DVU-Mitgliedern 68,4 Prozent für einen neuen Namen ausgesprochen, doch scheitern wird der Zusammenschluss an dieser Frage nicht, wie **Heiner Höving**, einer der engsten Verbündeten von Faust, durchblicken ließ. Ein Name sei nicht Parteiprogramm und sei „nicht Seele einer Partei", meinte er: „Sicherlich, auch ich würde mich schwer tun, unter dem Namen ‚NPD' zu arbeiten, aber wenn es am Ende tatsächlich so kommen sollte, lasse ich nicht wegen eines Namens mein Land im Stich!" Gravierender schien lange Zeit ein anderes Problem: Mit fast einer Million Euro steht die DVU bei ihrem früheren Vorsitzenden **Gerhard Frey** in der Kreide. Doch Mitte September wurde verbreitet, Frey werde auf seine Forderung verzichten.

Spätestens seit Mitte 2009, als die DVU bei der Europawahl ein Desaster erlebte, verfolgt Voigt das Ziel, die *Deutsche Volksunion* zum Verschwinden zu bringen. Entweder durch Konkurrenzkandidaturen wie in Brandenburg oder – wie jetzt – durch die „Verschmelzung". Voigts Hoffnung, dass ein Zusammenschluss, der eher ein Anschluss der DVU wäre, seine NPD quantitativ und qualitativ wirklich voranbringt, dürfte freilich trügerisch sein. Womöglich wird die NPD am Ende des Prozesses tatsächlich ein paar Hundert Mitglieder und vielleicht auch eine Handvoll für Parteiarbeit taugliche Funktionäre mehr haben als jetzt. Voigts Traum von der „einen starken nationalen Kraft" bleibt aber erst einmal ein Traum. ★

Aufmarsch- Splitter

29. April 2010
Düsseldorf
(Nachtrag zu LOTTA #39)

Gerade einmal 12 Personen – unter ihnen NPD- Landesvorsitzender **Claus Cremer** und weitere Mitglieder des NPD- Landesvorstandes – fanden sich am Vormittag des 29. April unter dem Motto: „Deutsches Geld für deutsche Interessen – Keine Finanzhilfen für Griechenland" vor dem griechischen Generalkonsulat in Düsseldorf ein, um eine Protestkundgebung abzuhalten. Aufgerufen hatte der Landesverband der NPD. Die Kundgebung erzielte keinerlei Außenwirkung, dafür ging aber das NPD- Wahlkampfmobil zu Bruch.

3. Juli 2010
Heinsberg- Randerath

Zum wiederholten Male war es der Heinsberger Stadtteil Randerath, den Neonazis am 3. Juni ansteuerten, um mit Forderungen wie „Todesstrafe für Kinderschänder und andere therapieresistente Sexualstraftäter!" gegen einen dort lebenden entlassenen Sexualstraftäter zu demonstrieren. Motto: „Wir wehren uns! Kein Freibrief für Kinderschänder!" Anmelder des 37- köpfigen Aufmarsches war **Axel Reitz** aus Pulheim. Neben ihm durften auch **Sven Skoda** und **Willibert Kunkel** ans Mikro.

9. Juni 2010
Butzbach (Wetteraukreis)

Am 9. Juni fand in Butzbach eine Kundgebung der JN Hessen statt. Anlass war ein Vortrag der Journalistin **Andrea Röpke** über die *Heimattreue Deutsche Jugend*. Auf der von **Stefan Jagsch** (JN- Landesvorsitzender) angemeldeten Kundgebung „Gegen linke Meinungsdiktatur" fanden sich 35 Neonazis aus dem Kreis Siegen- Wittgenstein, dem Lahn- Dill Kreis, dem Schwalm- Eder Kreis und der Wetterau ein. Nach einem Verstoß gegen die Auflagen musste die Kundgebung abgebrochen werden. Der anschließende Versuch einer Spontandemonstration in Bad Nauheim wurde von der Polizei unterbunden.

8. Juli 2010
Dortmund

Zirka 70 Neonazis protestierten am Abend des 8. Juli mit einer Kundgebung in der Dortmunder Innenstadt „Gegen Steuergeldverschwendung, Parteienfilz und Vetternwirtschaft". Aufgerufen hatte der *Nationale Widerstand Dortmund*. Anlass war die Ankündigung der Stadt Dortmund, ein bislang von Neonazis genutztes Haus in Dortmund kaufen zu wollen. Als Redner taten sich **Michael Brück**, Anmelderin **Anne- Marie Doberanz** (beide Dortmund), **Matthias Drewer** (Hamm), **Matthias Deyda** (Ahlen) sowie ein „Kamerad aus Datteln" hervor.

17. Juli 2010
Dortmund

Etwa 100 Personen nahmen am 17. Juli an einer *pro NRW*- Kundgebung unter dem Motto "Kein islamistisches Ghetto in Dortmund- Hörde" im Dortmunder Stadtteil Hörde teil. Ursprünglich war eine Demonstration angekündigt worden. Es sprachen die Kölner **Markus Wiener**, **Jörg Uckermann** und **Markus Beisicht**, der Gelsenkirchener **Kevin Gareth Hauer** sowie der stellvertretende Bundesvorsitzende der *Republikaner*, **Johann Gärtner**. Statt Gärnter war ursprünglich der REP- Vorsitzende **Rolf Schlierer** angekündigt worden, der aber ebensowenig erschien wie *pro NRW*- Finanzier **Patrik Brinkmann**.

14. August 2010 (abgesagt)
Ludwigshafen

Für den 14. August hatte der NPD- Funktionär **Christian Hehl** einen Aufmarsch durch Ludwigshafen angemeldet. Anstoß hatten die Nazis am dortigen CSD genommen. Die Stadt verhängte ein Verbot, welches jedoch vom Oberverwaltungsgericht gekippt wurde. Überraschend sagten die Neonazis kurzfristig ab. Grund dürfte die zu erwartende geringe Anzahl von TeilnehmerInnen sein.

14. August 2010
Mönchengladbach

Eine 20- köpfige Kundgebung gegen die Ansiedlung einer umstrittenen Islamschule in Mönchengladbach führte die NPD am 14. August in Mönchengladbach durch. Motto: „Freiheit statt Islamisierung".

20. August 2010
Aachen und Mönchengladbach

30 bis 40 ParteigängerInnen von *pro NRW* protestierten am 20. August mit einer Kundgebung gegen die berufliche Versetzung ihres Aachener Kreisvorsitzenden, dem Polizeibeamten **Wolfgang Palm**.
Nach Beendigung der Kundgebung ging es weiter nach Mönchengladbach- Eicken. Ebenso wie wenige Tage zuvor die NPD führte auch *pro NRW* hier eine Protestkundgebung gegen eine umstrittene Islam- Schule durch. Es nahmen 50 Personen teil.

25. August 2010
Alzey (Landkreis Alzey- Worms)

Unter dem Motto „Keine Veranstaltung über uns ohne uns" veranstaltete die neonazistische *Initiative Südwest* eine Kundgebung in Alzey. Anlass war eine Veranstaltung des Bündnisses

„Alzey gegen Rechts". Nach eigenen Angaben nahmen 30 Personen teil. Reden hielten die NPD- Landesvorsitzende **Dörthe Armstroff** und ihr Stellvertreter **Markus Walter**.

28. August 2010 Duisburg

Erwartungsgemäß versuchte *pro NRW* von den Todesfällen bei der Loveparade in Duisburg politisch zu profitieren und meldete für den 28. August eine Demonstration unter dem Motto „Sauerland geht – Pro NRW kommt: Oberbürgermeister **Adolf Sauerland** sofort abwählen!" an. Knapp 100 Personen nahmen teil.

3./4. September 2010 (nebst Mobilisierungsaktionen im Vorfeld), Dortmund

Der „6. nationale Antikriegstag" sorgte für eine Reihe von Neonazi- Aktionen in und um Dortmund. Kundgebungen mit Informationsständen wurden in Dortmund- Aplerbeck (25. August), in Herdecke (26. August), am Sonnenplatz in Dortmund- Mitte (30. August) und in Dortmund- Dorstfeld (2. September) abgehalten. Dabei wurden auch Reden gehalten.

Auf einer 70- köpfigen Kundgebung am 28. August in Witten sprachen u.a. **Dennis Giemsch**, NPD- Landeschef **Claus Cremer**, **Matthias Deyda** und **Max Höckendorff** (Lörrach). Anmelderin der Aktion war die NPD Witten. Zuvor waren die Neonazis gemeinsam vom Bahnhof zum Kundgebungsplatz demonstriert. Wegen des Absingens des HJ- Liedes „Ein junges Volk steht auf" hat die Staatsanwaltschaft Ermittlungen nach §86a aufgenommen.

Nach Bekanntgabe der Verbotsverfügung der Dortmunder Polizei versammelten sich am 2. September zirca 40 Neonazis zu einer Kundgebung in Dorstfeld. Im Anschluss daran führten sie eine kurzfristig angemeldete Demonstration gegen „Polizeiwillkür" durch, die vom Hauptbahnhof bis nach Dorstfeld führte. An dem Aufmarsch beteiligten sich zirka 100 Neonazis.

Am 3. September fand als Auftakt des „Antikriegstages" eine Kundgebung mit Musik am Dortmunder Hauptbahnhof statt. Es spielten der Liedermacher **Jan- Peter Kersting** und *Libertin.* Im Bericht der Veranstalter wird zudem noch die Band *Die bombastischen Drei* genannt. Es sprachen Dennis Giemsch, **Gottfried Küssel**, **Christian Worch**, Matthias Deyda und **Eric Troche.** Außerdem trugen „nationale Aktivisten" aus England und Tschechien Grußworte vor. Zu den Geschehnissen am 4. September siehe den Artikel auf Seite 29f.

11. September 2010 Alzey (Landkreis Alzey- Worms)

Etwa 70 Neonazis zogen am 11. September unter dem Motto „Gegen Ausländerkriminalität, staatliche Repression und Polizeiwillkür" durch Alzey. Gefolgt waren dem Aufruf der *Initiative Südwest* u.a. AktivistInnen aus dem Rhein- Main- Gebiet, dem Raum Zweibrücken und dem Saarland. Rufe wie „White Power – White Unity" und Affengeräusche begleiteten den Aufmarsch.

Die Reden der Zwischenkundgebung streiften viele Themen, bezogen sich jedoch immer wieder auf **Thilo Sarrazin** und sein gerade erschienenes Buch, das zeige, dass „die nationale Opposition in der Mitte des Volkes angelangt" sei. Mit Blick auf die Razzien bei der HNG und ein möglicherweise bevorstehendes Verbot kündigte **Safet Babic**, NPD- Stadtrat in Trier, nach Rücksprache mit dem NPD- Landesvorstand die Gründung eines „Arbeitskreises Rechtsstaat und Bürgerrechte" unter Vorsitz von **Ursula Müller**, der seit 1991 amtierenden Vorsitzenden der HNG, an.

21. September 2010 Dortmund

„Circa 50 Personen des rechtsextremen Spektrums" hätten sich am Abend des 21. September „zu einer Spontandemonstration in der nördlichen Innenstadt von Dortmund" versammelt, heißt es in einem Bericht der Dortmunder Polizei: „Die Versammlung verlief störungsfrei." Dortmunder Neonazis berichten, sie hätten sich nach einer kurzen Demonstration vor dem Haus eines aus langjähriger Haft entlassenen „Kinderschänders" versammelt, um diesen bei AnwohnerInnen und PassantInnen zu outen und die Todesstrafe für ihn zu fordern.

25. September 2010, Aachen

Unter dem Motto „Aachen bleibt unsere Stadt! – Querstellen gegen Überfremdung und Moscheebau!" demonstrierten 165 Neonazis auf Anmeldung von **Axel Reitz** am 25. September in Aachen. Als Redner traten auf: Axel Reitz (Pulheim), **Sven Skoda** (Düsseldorf), **Paul Breuer** (Köln), **Willibert Kunkel** (NPD Aachen) , **Ivo Pastoor** (Parteisekretär der *Nederlandse Volks- Unie*), ein „Autonomer Nationalist" aus dem Ruhrgebiet sowie ein Vertreter der belgischen *Nieuw- Solidaristisch Alternatief* (N- SA).

25. September 2010 Leverkusen

Unter dem Motto „Für Recht und Ordnung in Leverkusen- Wiesdorf: Null- Toleranz gegenüber Rechtsbrüchen einer stadtbekannten Großfamilie" demonstrierte *pro NRW* am 25. September in Leverkusen gegen angebliche Rechtsbrüche von „Angehörigen einer mobilen ethnischen Minderheit". Es nahmen 70 Personen teil. Der angekündigte REP- Bundesvize **Stephan Stritter** ließ sich nicht blicken. Die üblichen *pro NRW*- "Größen", inklusive **Andreas Molau**, sonderten am Mikro Altbekanntes ab.

RechtsRock- Splitter

Neuveröffentlichungen

» 14 Lieder enthält die Anfang September erschienene Schulhof CD „Freiheit statt BRD", welche die NPD- Mecklenburg Vorpommern im Landtagswahlkampf verteilen will, davon drei von NRW- Bands: *Sleipnir, Rotte Charlotte* und *Division Germania*.

» *Strafmass* ist der Name einer neuen Band, deren Mitglieder aus Norddeutschland und dem Ruhrgebiet kommen. Jüngst veröffentlichte die Band ihre Debüt- CD mit dem Titel „Wir kriegen Euch alle!" Aussagen aus der Szene zufolge wirkt in der Band auch der *Oidoxie*- Sänger **Marko Gottschalk** als Schlagzeuger mit. Der *V7 / TTV Versand* spricht auf seiner Homepage davon, dass die CD bei *Odins Eye* erschienen sei. Im Booklet findet sich zudem Werbung für *Erik and Sons*.

» Einem Song des RechtsRock- Stars **Lunikoff** entliehen „Schnack" alias **Stjepan Jus**, auch bekannt als der Sänger der *Weissen Wölfe*, und **Andi**, der Sänger der Bremer Band *Hetzjagd*, den Titel für ihre CD „Die Jungs fürs Grobe". Die CD erschien beim saarländischen Label *First Class Streetwear*.

» Zwei neue Tonträger erschienen beim im niederrheinischen Rees ansässigen Label *Rock- O- Rama*: die CD „Unser Kampf", auf der altes Material der aus Moers stammenden *Body Checks* veröffentlicht wurde, und die CD „Unser Name ist Programm" der Viersener Bands *My War* und *Systemgegner*. Letztere veröffentlichte auch gerade bei *First Class Streetwear* ihre CD „Wie Gott dich schuf".

» Die Band *Dux ex Patria* aus dem Raum Velbert/Wuppertal veröffentlichte mit „Aus der schwarzen Hölle in die weiße Welt" ihre zweite CD, die bei *Last Resort Records* erschien.

» Das Bielefelder Label *Wewelsburg Records* von **Hendrik Stiewe** veröffentlichte jüngst die CD „Schuldig" der Band *Mass Destruction* sowie die Split- EP der Ostwestfalen von dem *Sleipnir*- Projekt *Raven*.

» Auch das Label *Moloko Plus* von **Patrick Prokasky** aus dem rheinlandpfälzischen Gögeshausen im Westerwald ist wieder aktiv, es veröffentlichte die CD „Back to the Boots" der BaWü Band *Blue Max*.

» Die *Gjallarhorn Klangschmiede* des Hammerskins **Malte Redeker** aus Ludwigshafen war in den letzten Monaten besonders aktiv. Sie veröffentlichte je eine CD der US- Bands *Death Head* und *The Return of Hyde*, eine des Thüringer Rap- Projektes *Sprachgesang zum Untergang und die CD* „Verlorene Welt" der Mannheimer Band *Aufbruch*.

Auf der Bühne

» Am 26. Juni veranstaltete die *Chaos Crew* im Raum Wittlich/Rheinland- Pfalz einen Liederabend mit **Nico**. Offiziell wurde die zirka 60- köpfige Veranstaltung von der NPD organisiert.

» In Essen fand am 1. August ein von *Verlag und Agentur Werner Symanek* (VAWS) organisiertes Konzert mit *Von Thronstahl*, *Syndikat- E* und *BurningCHROME* statt. Es kamen zirka 150 Gäste. Eigentlich sollte der Auftritt im Rahmen des „Independent Ruhr Festivals" stattfinden. Als die Beteiligung von VAWS bekannt wurde, musste dieses jedoch abgesagt werden, da Bands und andere Veranstalter sich zurückzogen.

» Am 14. August fand in der Diskothek *mystage* in Walsolms- Brandoberndorf (Hessen) ein Konzert mit der Bremer Musikband *Kategorie C – Hungrige Wölfe* statt. (Siehe auch S. 34.)

» Am 21. August fand im niedersächsischen Eschede ein Konzert mit zirka 600 TeilnehmerInnen statt. Organisiert hatte dieses der Mindener Kameradschaftsführer **Marcus Winter**. Es spielten *Sturmwehr, Sturmtrupp, Strongside, 12 Golden Years, Oidoxie, Alte Schule* und *Endless Pride* aus Schweden. Winter soll laut Pressemeldungen auch das Konzert mit *Kategorie C* am 17. Juli 2010 in Scharmede nahe Salzkotten mit zirka 400 Teilnehmern organisiert haben.

» Ebenfalls am 21. August fand im Kreis Bernkastel- Wittlich/RLP eine gemeinsame Veranstaltung von *Chaos Crew* und NPD statt. Nach eigenen Angaben spielten die Liedermacher *Torstein* und *Flak* vor 70 BesucherInnen.

» Im Raum Pirmasens fand am 4. September das Pfalztreffen der NPD statt. Nach eigenen Angaben nahmen 90 Personen teil und lauschten dem „Barden" *Torstein*.

» Am 5. September spielte *Torstein* bei einer Saalveranstaltung der NPD im Westerwald.

Nicht auf der Bühne des „Mithras Festivals" in Satzvey stand am 29. September die Band *:Of The Wand And The Moon:* des Dänen **Kim Larsen**. Nach Protesten der *Antifa Eifel* wegen einer völkisch interpretierten Verwendung von Runen und einer faschistischen Ästhetik sagten die Veranstalter des Festivals den Auftritt der Band ab.

Parteien- Splitter

NPD

» **Zwist:** Beim Landesparteitag der NPD NRW am 19. September ist der NRW- Vorsitzende **Claus Cremer** im Amt bestätigt worden. Als Stellvertreter wurden **Detlev Hebbel** (Kreisverband Düsseldorf/Mettmann) und **Stephan Haase** (Märkischer Kreis) wiedergewählt. Dritter Landesvize ist **Timo Pradel** (ebenfalls Märkischer Kreis). Für ihn räumte der bisherige Vize **Markus Pohl** (Münster) den Stuhl. Markus Pohl bleibt aber wie sein Bruder **Matthias Pohl** (Steinfurt) als Beisitzer im Vorstand. Wiedergewählt wurden als Beisitzer im Übrigen **Marion Figge** (Hochsauerlandkreis), **Helmut Gudat** (Mönchengladbach) und **Manfred Frentzen** (Mönchengladbach). Neu in den Kreis der Beisitzer zogen **Thorsten Crämer** (Ennepe- Ruhr), **Melanie Händelkes** (Krefeld), **Willibert Kunkel** (Aachen), **Ariane Meise** (Rhein- Sieg), **Axel Thieme** und **Matthias Wächter** (beide Dortmund) ein.
Ausgeschieden sind aus dem Vorstand **Benjamin Dahlbeck** (Bochum), **Siegfried Schwerdtfeger** (Dortmund) und **Peter Schulze** (Siegen). Kurz vor dem Parteitag war zudem auf der Homepage der Landes- NPD der Name des Dürener Kreisvorsitzenden **Ingo Haller** aus der Übersicht der Vorstandsmitglieder verschwunden. Die personellen Veränderungen bedeuten eine Schwächung des offen neonazistischen Flügels. Die NPD Düren startete unmittelbar nach dem Parteitag per Twitter wüste Beschimpfungen gegen den Landesverband. An einer Zusammenarbeit mit dem Landesvorstand sei man „nicht interessiert". NRW könne „froh sein das diese Bande es nie schaffen wird in den Landtag einzuziehen!!!"

» **Majestätsbeleidigung:** Ärger in den eigenen Reihen handelte sich Mitte Juli der NPD- NRW- Landesvorsitzende **Claus Cremer** ein. Er hatte nach Ansicht von **Rene Laube**, stellvertretender Vorsitzender des Kreisverbands Düren, allzu freimütig per Twitter verbreitet, wo ein „nationales Fußballturnier" stattfinden würde. Laube schimpfte daraufhin öffentlich über all jene „die es einfach nicht sein lassen können, im Vorfeld von Versammlungen, beispielsweise über Mediennetzwerke wie ‚Twitter', öffentlich zu machen in welcher Regionen diese Veranstaltungen stattfinden". Solche Meldungen würden „zumeist bloß der persönlichen Selbstdarstellung Einzelner" dienen. Er dementierte auch Cremers Twitter- Nachricht, er überreiche bei dem Turnier die Pokale. Laube: „Entgegen einer parteiamtlichen Meldung auf Twitter wurden die Pokale und Urkunden auch nicht von außerhalb der Organisation des Turnieres stehenden Personen an die Sieger und Teilnehmer überreicht." Landespressesprecher **Markus Pohl** entfernte die Majestätsbeleidigung von der Homepage des NPD- Kreisverbandes. Das wiederum rief dessen Vorsitzenden **Ingo Haller** (siehe Seite 27) auf den Plan. Er warf dem Landesvorstand „unerträgliche Zensur und Vergewaltigung unseres Rechtes der freien Meinungsäußerung vor" und verglich das Verhalten der Landesspitze mit „Stasi-Methoden" bzw. mit Zuständen wie in Nordkorea oder China.

» **Allianz**: Die Ruhrgebiets- Stadtverordneten **Axel Thieme** aus Dortmund, **Claus Cremer** aus Bochum und **Marcel Haliti** aus Essen haben Ende Mai vereinbart. „die zukünftige Arbeit weiter zu intensivieren und abzustimmen". Eine erste gemeinsame Kampagne solle unter dem Motto „Das Ruhrgebiet muß deutsch bleiben!" stehen.

» **Gesperrt:** Nur kurz währte die Karriere von **Timo Pradel**, Landesorganisationsleiter der NPD- NRW, Kreistagsmitglied im Märkischen Kreis und Stadtrat in Iserlohn, als Internet- „Bürgerreporter" der WAZ-Tochter WVW. Dort hatte er sein eigenes Wirken im Rat, seine angebliche Weitsicht und seinen „haushaltspolitischen Sachverstand" abgefeiert. Pradel wurde schließlich als „Bürgerreporter" gesperrt, da er gegen die Allgemeinen Geschäftsbedingungen des Portals verstoßen habe.

» **Alles beim Alten I: Hans- Joachim Voß** bleibt Vorsitzender des NPD-Kreisverbands Unna/Hamm.

» **Alles beim Alten II: Ariane Meise** aus Niederkassel ist im August als Vorsitzende des NPD- Kreisverbandes Rhein- Sieg- Kreis wiedergewählt worden.

» **(Fast) Alles beim Alten III:** Im Amt bestätigt wurde Mitte August auch **Claus Cremer** als Vorsitzender des Kreisverbandes „Bochum und Wattenscheid". Als Stellvertreterin Cremers wurde **Marion Reinert** gewählt. Beisitzer sind **Markus Schumacher**, **David Kasper** und der Jugendbeauftragte **Andre Zimmer**. Kasper und Zimmer sind neu in dem Gremium. Aus dem Vorstand ausgeschieden sind der bisherige stellvertretende Vorsitzende **Benjamin Dahlbeck** sowie die Beisitzer **Ingo Groeters** und **Thomas Braun**.

» **Abseits:** Drei Monate fungierte NPD- Landeschef **Claus Cremer** einem Bericht der *Ruhr Nachrichten* zufolge als Betreuer einer Minikicker- Mannschaft des Sportvereins DJK Wattenscheid. Nach diversen

Andre Zimmer, Jugendbeauftragter des NPD Kreisverbandes "Bochum und Wattenscheid" als Teilnehmer einer Kundgebung

Medienberichten gab er das Amt ab. Seine Abberufung hatte u.a. der Gesamtvorstand des Vereins verlangt. **Maik Posmyk**, der Vorsitzende der DJK- Jugendabteilung, sah Cremers Engagement lockerer. Er habe gewusst, dass Cremer Landesvorsitzender der NPD sei. Es habe jedoch keine Beschwerden von Eltern oder Spielern gegeben. Dass er jetzt nach knapp drei Monaten nicht mehr Betreuer sei, habe ausschließlich am „öffentlichen Druck" gelegen, so Posmyk.

» **Altpapier:** Die NPD in Münster und im Kreis Steinfurt hat im September eine „Regionalzeitung" mit dem Titel *Der Münsterland- Bote* herausgebracht. V.i.S.d.P. ist **Matthias Pohl** als Steinfurter Kreisvorsitzender. Angeblich wurde das vierseitige Blatt an „mehr als 10.000 Haushalte" verteilt. Künftig soll es in unregelmäßigen Abständen erscheinen.

» **Auf Tour:** Vom 3. bis 5. September wurde der NPD- Vorsitzende **Udo Voigt** quer durch Rheinland- Pfalz gekarrt. In insgesamt zehn Städten wurden Unterschriften für die Landtagswahl gesammelt und Wahlkampfveranstaltungen abgehalten. Voigt besucht auch das von der NPD Westpfalz angemietete „Haus der Demokratie" in Herschberg bei Pirmasens und eine „NPD-Immobilie im Westerwald". Hierbei dürfte es sich um das Wohnhaus von **Marianne Hennig** in Derschen (Landkreis Altenkirchen) gehandelt haben, das die ehemalige „Frontkrankenschwester" der NPD überschrieb.

» **Landtagswahl 2011 in Rheinland- Pfalz:** Am 29. Mai 2010 fand der Landeslistenparteitag der rheinland- pfälzischen NPD für die Landtagswahl 2011 statt. Es treten an: die Landesvorsitzende **Dörthe Armstroff** aus Weidenthal (1958 geboren), ihr Stellvertreter **Markus Walter** aus der Westpfalz (1975 geboren), **Safet Babic** aus Trier (geboren 1981), **Karlheinz Pfirrmann** aus der Südpfalz (geboren 1945) und **Klaus Acker** aus Bechtheim (geboren 1958).

REP

» **Die Treuen:** Mehr als drei Wochen nach ihrer Schlappe bei der NRW-Landtagswahl meldeten sich die NRW- *Republikaner* auf ihrer Homepage erstmals wieder zu Wort. In ihrer Verlautbarung rangen sie sich gerade einmal zwei Sätze zur Wahl ab: „Die Landtagswahl NRW liegt hinter uns und alle Hoffnungen von PRO- NRW, den Sprung in den Landtag zu schaffen, sind zerplatzt. Unser prinzipientreues Verhalten, als eigenständige Partei – als Republikaner – zur Wahl anzutreten, ehrt uns und beschämt alle, die uns übel wollen oder wollten." Elf REP-Mandatsträger und - Funktionäre wurden namentlich genannt, die hinter der Erklärung stehen und eine Zusammenarbeit mit *pro NRW* ablehnen. Sie selbst bezeichneten sich als „die treuen Republikaner": „Wir haben unsere Mandate für unsere Partei und mit unserer Partei erkämpft und verachten alle, die das vergessen."

» **Die Untreuen I: Jürgen Krüger**, für die *Republikaner* seit 2004 durchgehend Mitglied des Düsseldorfer Stadtrates, teilte am 10. Juni mit, dass er aus der Partei ausgetreten sei. Das Mandat behält er als neues Mitglied der *Freien Wähler*. Krüger habe in einem Brief seinen „sehr langen Prozess" der Abkehr von den *Republikanern* geschildert, berichtete die NRZ. Auch durch seine Frau und die Freunde seiner Söhne, die aus verschiedenen Ländern stammen, habe er von dem „rechtsextremnationalistischen" Kurs der *Republikaner* Abstand gewonnen. Die *Freien Wähler* (FW) haben damit jetzt drei Sitze und Fraktionsstatus im Rat der Stadt Düsseldorf. Fraktionsgeschäftsführer ist der ehemalige RechtsRock- Unternehmer **Torsten Lemmer**, Fraktionsvorsitzender Lemmers Rechtsanwalt und Strafverteidiger, **Klaus Kirchner**, drittes FW- Ratsmitglied die FW- Spitzenkandidatin **Chomicha El Fassi,** Schwester von Lemmers Ehefrau **Saida Lemmer**, die als Fraktionsreferentin geführt wird.

» **Die Untreuen II:** Von den *Republikanern* verabschiedet haben sich in diesem Sommer auch die beiden Herner Stadtratsmitglieder **Arnd Schubeus** und **Peter Schlender**. Sie arbeiten künftig ebenso wie die drei Ex- REP- Bezirksvertreter **Bernd Blech** (Wanne), **Willi Elbracht** (Herne- Mitte) und **Gerhard Gendera** (Sodingen) unter der Bezeichnung *Unabhängige Bürger* weiter.

Pro

» **Burgfrieden bei „pro":** Zoff bei *pro*: Nachdem sich **Manfred Rouhs** mit *pro Deutschland* in Berlin im Alleingang zum Bundesvorsitzenden der *pros* zu inthronisieren versuchte, schob ihm *pro NRW*- Chef **Markus Beisicht** einen Riegel vor und sprach *pro D* das Recht ab, im Namen aller *pro*- Gruppierungen aufzutreten. Am 15. Juni 2010 wurde dann in Leverkusen der Verein *Die Pro- Bewegung* (PRO) als Dachverband gegründet. Wohl um weiteren Alleingängen von Rouhs Einhalt zu gebieten, wurde in der Satzung vermerkt, dass die „Kampagnen der relevanten *pro*- Vereinigungen künftig in diesem Lenkungsgremium besprochen und einvernehmlich geregelt werden." Vorsitzender des Vereins ist Beisicht, Rouhs ist Stellvertreter.

» **„Pro Aachen" sieht blau:** Mit **Wolfgang Palm** trat am 5. Juli 2010 ein Polizeihauptkommissar an die Spitze des *pro NRW*- Kreisvorstands Aachen. Neben dem ehemaligen Funktionär der *Schill- Partei* wurden **Gabriele Mathieu** und **Klaus Märtin** zu stellvertretenden Vorsitzenden gewählt. Weitere Funktionsträger sind der Regierungsdirektor a. D. **Eberhard Stolz** und **Jean Marie Francois**.

» **„Pro Siegen- Wittgenstein":** Am 6. September 2010 wurde der neue Vorstand des *pro- NRW*- Kreisvorstandes Siegen- Wittfenstein gewählt. Zum Vorsitzenden wurde **Franz- Herbert Schneider** aus Wilnsdorf erkoren, als Stellvertreter darf **Kurt Fischer** aus Freudenberg wirken. Mit dabei sind **Yasmin Sänger, Markus Jaworek, Rosi Fischbach, Kurt Peter Wienand** und **Heidi Schneider**.

» **Neuer „pro"- Kreisvorstand in Duisburg:** Am 15. Juli 2010 wurde nach einigen Pleiten erneut die Gründung eines neuen Kreisverbandes in Duisburg erprobt. Studiendirektor a. D. **Erich Christ** darf sich erneut als Kreisvorsitzender versuchen, zum Stellvertreter wurde **Klaus Gehnen** erkoren. Mit von der Partie sind **Wolfgang Bißling** und **Thorsten Contini**.

» **„Pro" Integration:** Erfolgreiche Integration des deutsch- schwedischen Unternehmers **Patrik Brinkmann**: Er darf als „Repräsentant" des rechtspopulistischen Bündnisses "Städte gegen Islamisierung" (SGI) in Deutschland auftreten. Anfang September wurde Brinkmann in Berlin zum deutschen Vertreter gewählt. Mitwirkend bei der SGI sind neben der *Pro- Bewegung* die FPÖ, der *Vlaams Belang*, die französische Parteien NDP und MNR, die *Plataforma per Catalunya*, und die italienische *Di Stratta*.

» **REP „pro" Berlin:** Die REP bekundeten, bei den Abgeordnetenhaus- Wahlen 2011 in Berlin zugunsten von *pro Deutschland* nicht anzutreten. **Stephan Stritter**, Bundesvize der REP: „Wir bemühen uns um eine enge Zusammenarbeit."

» **Stadtkewitz contra "pro":** Erfolglos hatte die *pro*- Bewegung um die Gunst des früheren Berliner CDU- Rechtsaußen **Rene Stadtkewitz** gebuhlt. Nun hat der seine eigene Partei gegründet, die *Freiheit*. Er bekundete, mit der *pro*- Bewegung keinerlei Kontakt zu wünschen.

» **P.I. contra "pro"?** Nachdem der kulturrassistische Blog *politically incorrect* seit der Parteigründung der Stadtkewitz'schen *Freiheit* plötzlich von der *pro*- Bewegung Abstand nimmt, hat diese einen „Offenen Brief" an P.I.- Gründer **Stefan Herre** formuliert, in dem sich bitter beschwert wird über die plötzlich entzogene Liebe. Es scheint, die *pros* haben das Nachsehen bei dem Run auf die Saat des Bildzeitung- Produkts Sarrazin.

» **"Pro Mainz":** Die regionale Presselandschaft entdeckte die im Mai gegründete *Bürgerinitiative pro Mainz* zunächst für sich und zitierte rege aus deren Pressemitteilungen. Erst als *Grüne* und das Internetportal der *ZEIT* die inhaltliche Nähe zu anderen *pro*- Gruppierungen und personelle Überschneidungen zu den REP belegten, fanden sich auch kritische Aussagen, zu denen der Vorsitzende mit Vorzeige- Lebenslauf in Staatsdiensten, Dr. **Dieter Stenner**, aber sogleich Stellung beziehen durfte. Auch den Vorwurf, dass die Domain von *pro Mainz* im Besitz des DVU- Internetbeauftragten **Michael Münch** ist, konterte Stenner mit dessen angeblichen Austritt aus der Partei vor einigen Monaten. Den stellvertretenden Vorsitz bei *pro Mainz* hat **Rene Metzner** inne, der zugleich für die REP im Jugendhilfeausschuss der Stadt sitzt. Weitere personelle Überschneidungen gibt es mit dem Gründungsmitglied Prof. **Jens Jessen**, Stadtratsmitglied für REP und Stenners Frau, **Helga Stenner**, die für die Partei im Mainzer Seniorenausschuss ist.

Kurzberichte

Aachen-Splitter

In den letzten Monaten kam es zu einer Serie von gewalttätigen Übergriffen und Sachbeschädigungen durch die Aachener Neonaziszene. Ende Mai sprühten Angreifer Pfefferspray und eine unbekannte Substanz in das *Autonome Zentrum* (AZ) in Aachen und demolierten das Schaufenster des *Linken Zentrums*. Nur einige Tage später schossen Neonazis mit einer Schleuder Stahlkugeln auf Menschen, die sich vor dem AZ aufhielten. Niemand wurde verletzt. Anfang Juni wurde dann mit einer Gaspistole aus einem fahrenden Auto heraus auf AZ-BesucherInnen geschossen. Am gleichen Tag kam es zu einem Angriff auf ein Bildungscamp vor der RWTH Aachen, in dessen Folge gegen mindestens sieben Personen, die dem rechten Spektrum zugeordnet werden, wegen gefährlicher Körperverletzung ermittelt wird. Die Angreifer sollen mit Stöcken geworfen und mit einer nach Essig riechenden Flüssigkeit gespritzt haben. Mitte Juni griffen Medienberichten zufolge Mitglieder der extrem rechten *Kameradschaft Aachener Land* (KAL) in Eicherscheid eine Abschlussfeier der Absolventinnen der *Bischöflichen Mädchen-Realschule St. Ursula* aus Monschau an. Der Sicherheitsdienst beendete den Angriff bereits nach kurzer Zeit. Ein Gast wurde verletzt. In der Nacht auf den 26. Juni 2010 kam es in den Aachener Ortsteilen Brand, Kornelimünster und Oberforstbach zu Sprühaktionen mit fremdenfeindlichen Parolen und Hakenkreuzen. Die Sprühereien enthielten zum Teil Morddrohungen, die sich gegen Einzelpersonen richteten.

Am 17. Juli 2010 löste ein Paket vor dem AZ in Aachen einen Bombenalarm aus. Sprengstoff-Spezialisten aus Düsseldorf stellten das Paket sicher, das sich allerdings als Attrappe herausstellte.

Am 24. Juli kamen nach Angaben der KAL 60 TeilnehmerInnen zu einem Grillfest, das von den *Freien Nationalisten Euskirchen* organisiert wurde, in Euskirchen zusammen.

Am ersten Augustwochenende haben Neonazis in Aachen den jüdischen Friedhof mit rechten Symbolen und antisemitischen Parolen geschändet. Darüber hinaus kam es zu neun weiteren Schmierereien durch Neonazis in Aachen und Stolberg, unter anderem an Parteibüros und dem *Zeitungsverlag Aachen*. Ein 24-Jähriger wird verdächtigt, an den Aktionen beteiligt gewesen zu sein. Zwei weitere Tatverdächtige wurden einige Tage später auf frischer Tat ertappt, als sie das AZ besprühten.

VS unterstützt die „Anti-Antifa"-Arbeit der JF

„Linksextremisten trainieren 'antifaschistischen Widerstand'" – unter dieser Überschrift veröffentlichte die rechte Wochenzeitung *Junge Freiheit* am ersten Tag des diesjährigen Antifa-Camps im Rheinland einen Artikel, der auch auf Informationen des *Landesamts für Verfassungsschutz NRW* aufbaut. JF-Autor **Felix Krautkrämer** zitierte eine Sprecherin des Inlandsgeheimdienstes, die der JF den vermeintlichen nicht öffentlichen Ort des letztjährigen Antifa-Camps nannte und mutmaßte, dass die Veranstaltung im diesen Jahr erneut dort stattfinden könnte.

Der JF-Artikel wurde vom Leichlinger Kreisverband von *pro NRW* dankbar aufgegriffen. Dieser veröffentlichte im Internet einen verklausulierten Aufruf (nebst Lageplan), das Camp bei nächtlicher Stunde zu „besuchen". Der „Höhepunkt" sei „das ab 24:00 Uhr stattfindende Nachtabenteuer 'Fang mich', im Wald rund um die Jugendherberge [...]. Viele 'Fang mich'-Freunde haben ihre Teilnahme bereits angekündigt. [...] Einen Link zur Wegbeschreibung [...] liefern wir natürlich auch mit. Viel Spaß dann!"

Sachbeschädigungen im Kreis Unna

Die Sachbeschädigungen an Parteibüros und Jugendzentren im Kreis Unna dauern weiter an. So beschädigten Neonazis in der Nacht auf den 18. Juli 2010 die Fensterscheiben des *Grünen*-Büros in Unna. Die Polizei konnte einige lokale Neonazis in Tatortnähe aufgreifen. Das *Freie Netz Unna* drohte im Internet unter der Überschrift „Demokraten vertreiben": „Langsam aber sicher sollten die Demokraten verstanden haben, dass sie sich entweder komplett aus dem Kreis Unna verabschieden, oder mit weiteren Konsequenzen zu rechnen haben..."

Ende Juli gingen die Scheiben des *Grünen*-Büros in Bönen zu Bruch. Und in der Nacht zum 3. September 2010 warfen Unbekannte in Kamen die Scheiben des *Grünen*-Büros sowie des städtischen Jugendkulturcafés ein.

Rudolf-Heß-Aktionen

An mehreren Orten in NRW kam es zum Todestag des Hitler-Stellvertreters **Rudolf Heß** zu Neonazi-Aktionen. Die *AG Windeck* berichtet, man habe „Reichsminister Hess" am 17. August 2010 gedacht. Nach einem Vortrag „über das Leben, die Bedeutung und den mysteriösen Todesumständen" habe sich ein „spontaner Schweigemarsch" angeschlossen.

Duisburger Neonazis schreiben auf ihrer Internetseite, „unbekannte Nationale Aktivisten" hätten in der Nacht zum 17. August 2010 im Kantpark in der Innenstadt 46 Holzkreuze aufgestellt, „die mit einem Portrait sowie jeweils einer Grabmalkerze in Szene gesetzt wurden, um Rudolf Hess in Erinnerung zu rufen und auf seinen Todestag aufmerksam zu machen." Nach wenigen Stunden wurde der Text wieder von der Homepage der *AG Duisburg/Krefeld* gelöscht. Der Staatsschutz hat Ermittlungen aufgenommen.

Bonner Neonazis berichteten über eine Aktion, die „wahrscheinlich" im Bereich Bad Honnef stattgefunden habe. Dort wurden Aufkleber mit dem Schriftzug „Rudolf-Heß-Str." sowie Plakate, auf denen Heß' Suizid als „Mord" bezeichnet wird, auf Straßen- und Verkehrsschilder geklebt.

Die *Autonomen Nationalisten Pulheim* ziehen Bilanz einer nächtlichen Aktion, von der sie „zu Dokumentationszwecken" Bilder veröffentlichen: „Wieder Plakate, wieder Hess-Straßen, wieder Parolen an den Wänden." Wie viele andere Neonazis sind die braunen Nachwuchskräfte aus Pulheim nicht in der Lage, den Namen ihres Vorbilds richtig zu schreiben. Dafür bereichern sie die historische Forschung um ein Detail: 67 Jahre, so berichten sie, habe Heß in Haft gesessen. Demnach wäre Heß 1920 inhaftiert worden.

Auch in Unna und Hamm waren Neonazis unterwegs. In Unna erneut mit zahlreichen Schmierereien. In Hamm fand am Abend des 17. August 2010 eine Saalveranstaltung statt, wie die *Autonomen Nationalisten Ahlen* und die *Kameradschaft Hamm* berichten. Gesungen wurde dabei auch das Lied „Die Braune Kompanie". In der zweiten Strophe heißt es: „Schon mancher ist gefallen / Von unserm Hitlerkorps; / Die Glocken hör ich schallen / Und heb' den Arm empor. / Ich schwöre und erneue / Den Schwur, den Wessel schrie: / Ich diene dir in Treue, / Du braune Kompanie!" (ts)

Gründungsfieber in NRW

Seit August firmieren die *Autonomen Nationalisten Moers* im Internet. Dort schreibt die Gruppe über sich selbst: „Ein nationaler und sozialistischer Staat ist unser Ziel und Erstreben."

Kaum hatten sich die *Freien Nationalisten Kreuztal* aus dem Kreis Siegen-Wittgenstein gegründet, gab es Ärger mit der Polizei. Beim Sprühen von Hakenkreuzen wurden zwei Mitglieder der Gruppierung aufgegriffen, Hausdurchsuchungen folgten.

In Duisburg haben sich Neonazis als *Nationale Jugend Duisburg* zusammengefunden. Ihr Ziel: „nationale und sozialistische Strukturen/Ideen im Raum Duisburg und Umgebung bekannt machen und etablieren." Mit der NPD/JN Krefeld wurden gemeinsame Flugblattaktionen durchgeführt. Auf einer Internetseite stellen sich zudem seit Anfang September die *Nationalen Sozialisten Herne* vor.

Hamm-Splitter

Hammer Neonazis haben in den vergangenen Monaten vermehrt Hakenkreuze und NS-verherrlichende Slogans wie „Holocaust = Lüge" und „Ruhm und Ehre der SS" gesprüht. Schmierereien wie „Nazi Kiez KSH" lassen die TäterInnen in den Reihen der *Kameradschaft Hamm* (KSH) vermuten. Mitte Juni gingen die Scheiben des Büros der örtlichen Linkspartei nach einem Steinwurf zu Bruch. Die KSH jubelte später im Internet: „Kristallnacht bei der Linkspartei".

Neonazis werden auch verdächtigt, für eine Diffamierungsaktion gegen ein Hammer Juso-Mitglied verantwortlich zu sein. In der Nachbarschaft des 21-Jährigen wurde ein Flugblatt verteilt, das ihn als angeblich vorbestraften „Kinderschänder" denunziert. Auf dem Flugblatt sind auch ein Foto und seine vermeintliche Adresse abgedruckt. Durch sein öffentliches Engagement gegen Rechts geriet er schon vor einigen Jahren ins Visier der KSH, die ihn auf ihrer Internetseite beleidigte. Die Polizei klärte die Nachbarn auf, dass die Vorwürfe völlig haltlos seien.

Rudolf-Heß-Aktionen in RLP

Um den 17. August 2010 beklebten Neonazis aus dem Spektrum des *Aktionsbüros Mittelrhein* in Ahrweiler (Landkreis Ahrweiler), Unkel und Linz am Rhein (beide Landkreis Neuwied) Straßenschilder mit "Rudolf Hess-Str.", zudem wurde im Bürgerbüro der Linkspartei in Linz eine Fensterscheibe eingeworfen. Das Bürgerbüro war nicht zum ersten Mal im Visier der Neonazis, bereits am 4. Juni 2010 wurde dort eine Scheibe eingeworfen, zudem wurden einschlägige Aufkleber verklebt, darunter auch Aufkleber des *AB Mittelrhein*.

Dortmund-Splitter

In Dortmund gehen die Einschüchterungsversuche und Gewalttaten gegen AntifaschistInnen weiter. Im Vorfeld einer Antifa-Veranstaltung wurden in der Nacht auf den 28. Juli die Scheiben des AStA der TU Dortmund eingeworfen.

Anfang August berichtete der Dortmunder Autor „Taxi-Tom", Initiator einer Demo-Aktion gegen den Naziaufmarsch am 4. September, von Drohanrufen und einem nächtlichen Überfall. Die WAZ schrieb: „Urplötzlich hätten ihn zwei Vermummte von seinem Wagen weggerissen, ihm ein Messer an den Hals gedrückt und ihn bedroht. Die beiden recht muskulösen Männer waren mit Sturmhauben maskiert, sprachen Deutsch mit ostdeutschem Akzent. 'Der eine trug eine graue Bomberjacke und schwarze Stiefel', so das 49-jährige Opfer. 'Und er trug eine silberne Kette mit Hakenkreuz in einem Kreis.'" Der Staatsschutz ermittelt.

Ein Ehepaar aus Dortmund, das sich seit Jahren gegen Rechts engagiert, beklagte Ende August den vierten Farbanschlag auf ihr Haus in fünf Jahren.

Am 26. August griff eine zirka 20-köpfige Neonazigruppe BesucherInnen der Kneipe *Hirsch-Q* in der Innenstadt an, die den Angriff aber zurückschlagen konnten. Die Polizei nahm fünf Neonazis in der Nähe des Bahnhofs fest.

Am 23. Juni gedachten Neonazis dem SA-Mann **Heinrich Habenich,** der 1932 in Dortmund-Dorstfeld zu Tode gekommen war. Am dritten Todestag des ehemaligen FAP-Chefs und NPD-Mitglieds **Friedhelm Busse** organisierten die Neonazis eine Saalveranstaltung, bei der **Siegfried Borchardt** referierte. Am folgenden Tag, dem 24. Juli, fand ein „Friedhelm-Busse-Gedenkmarsch" statt.

Die Stadt Dortmund hat angekündigt, das Haus in der Rheinischen Straße 153, in dem sich das „Nationale Zentrum" befindet, zu kaufen. Die *Antifa Union Dortmund* schrieb, dass das Haus als Lager, für Kameradschaftsabende und Feiern sowie als Rückzugsraum genutzt werde: „Somit ist das 'Nationale Zentrum' ein integraler Bestandteil der neonazistischen Aktivitäten in Dortmund." Nach dem Kauf will die Stadt „alle rechtlichen Möglichkeiten" ausschöpfen, um die rechten MieterInnen loszuwerden.

Hinter den weißen Brettern im Erdgeschoß verbirgt sich das „Nationale Zentrum" des NW Dortmund.

Jüdische Mahnmale geschändet (Kreis Warendorf)

In der Nacht auf den 10. Juni 2010 wurde ein jüdisches Mahnmal in Ahlen geschändet. Nach Polizeiangaben fand sich auf dem Gedenkstein auch ein Aufkleber der *Autonomen Nationalisten Ahlen* (ANA). Eine Woche zuvor hatten die ANA über Hakenkreuze und antisemitische Schmierereien auf dem jüdischen Friedhof im benachbarten Beckum berichtet. Mitte Juni wurde außerdem das örtliche Parteibüro von *Die Linke* beschädigt, was die ANA als Akt des Widerstands gegen „volksfeindliche Politik" begrüßte.

HNG vor dem Verbot?

In mehreren Bundesländern hat die Polizei am 7. September 2010 die Wohnungen von FunktionärInnen der *Hilfsorganisation für nationale politische Gefangene und deren Angehörige e.V.* (HNG) durchsucht. In NRW waren unter anderem **Daniela Wegener** (Bochum) und **Axel Reitz** (Pulheim) betroffen. Die HNG betreut „nationale Gefangene" während ihrer Haftzeit. Mit ihren rund 600 Mitgliedern gilt sie als die mitgliederstärkste Neonazi-Organisation in Deutschland. Vorsitzende ist seit 1991 **Ursula Müller** aus Mainz, wo vier Objekte durchsucht wurden.

Schlageter-Treffen im Rheinland

Rund 150 Neonazis versammelten sich anlässlich des 87. Todestages ihres Idols **Albert Leo Schlageter** am 29. Mai 2010 in einem Dürener Vorort. Die Veranstaltung, die auch als „Tag des Nationalen Widerstandes im Rheinland" beworben wurde, fand im fünften Jahr in Folge statt. Es sprachen **René Laube** (KAL, NPD Düren), Jagdflieger Oberst a.D. **Hajo Herrmann,** das ehemalige SS-Mitglied **Lothar Eiding, Axel Reitz, Sven Skoda** sowie **Ivo Pastoor** von der *Niederländischen Volksunion* (NVU).

André Machill, 3. von rechts, auf einer Nazi-Kundgebung in Ahlen.

Vor Gericht (Lünen, Unna, Aachen, Windeck)

André Machill, Strippenzieher der Lünener Neonazigruppe *Freie Nationale Aktivisten Lünen* (F.N.A.L.), wurde am 6. August 2010 vom Lüner Amtsgericht zu einer Haftstrafe von einem Jahr und vier Monaten verurteilt, die für zwei Jahre auf Bewährung ausgesetzt wurde. Verantworten musste sich Machill für mehrere Straftaten: Er hatte in Lünen Hakenkreuze gesprüht, zwei Jugendliche mit den Worten „Heil Hitler" begrüßt und einem von ihnen eine Bierflasche auf den Kopf geschlagen sowie bei einer anderen Tat Pfefferspray gegen ein weiteres Opfer eingesetzt.

Das Amtgericht Unna verurteilte am 24. Juni 2010 einen im *Freien Netz Unna* aktiven Neonazi aus Bönen zu einer Jugendstrafe von zwei Wochen Arrest. Die Polizei hatte bei dem 18-Jährigen, der mehrfach im Zusammenhang mit Neonazi-Aktionen aufgefallen war, Aufkleber mit Hakenkreuzen gefunden.

Ein 19-jähriges Mitglied der *Kameradschaft Aachener Land* (KAL) wurde Mitte August vom Amtsgericht Aachen wegen Volksverhetzungs- und Gewaltdelikten zu vier Wochen Jugendarrest verurteilt. Die Richterin wollte den Arrest als „letzte Mahnung" verstanden wissen. Noch bevor der Verurteilte **Falko Wolf** seine Strafe antreten konnte, wurde er am 1. September in Untersuchungshaft genommen. Das LKA ermittelt gegen den Aachener wegen selbstgebauter Sprengvorrichtungen, die er am 1. Mai 2010 am Rande eines Aufmarsches in Berlin weggeworfen hatte. In Folge der Verhaftung wurde die Wohnung von Wolf und zwei weitere Objekte in Aachen und Radevormwald durchsucht.

Der wegen Vergewaltigung einer 13-Jährigen und weiteren Gewaltdelikten verurteilte **Alex Simon Kerper** musste seine Haftstrafe antreten, nachdem er im Berufungsverfahren unterlag. Kerper galt als Kopf der *AG Windeck*. Auf den Internetseiten der Neonazi-Gruppe sieht er sich als „zu Unrecht in Haft" genommener Nationalist und bittet um Unterstützung der „Kameraden".

„Todesstrafe für Kinderschänder" (Lünen)

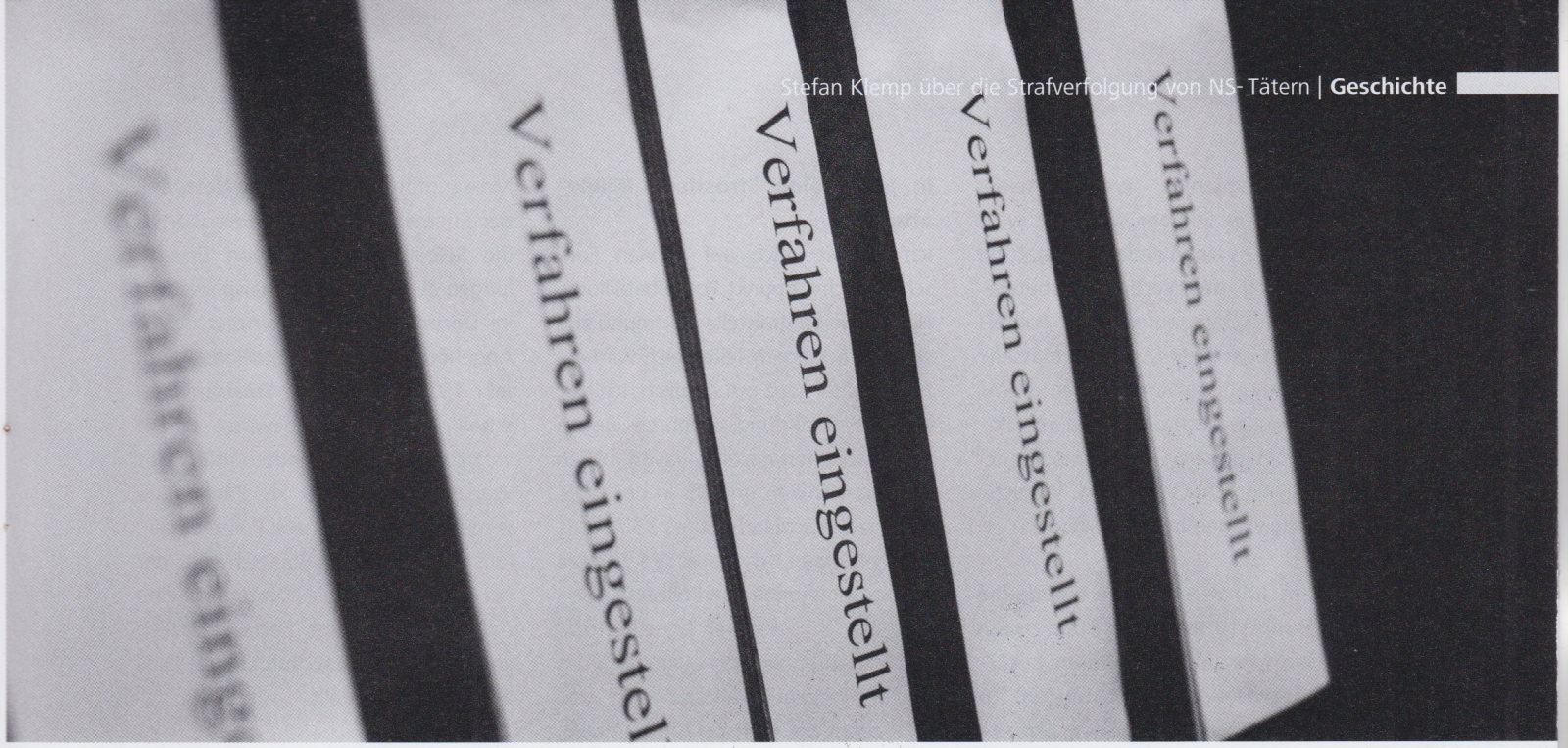
Etwa 20 Nazis aus Lünen und Umgebung beteiligten sich am 29. Mai 2010 an einer Kundgebung gegen Kindesmissbrauch auf dem Lüner Marktplatz. Weder die Polizei noch die Organisatorin oder die MitdemonstrantInnen störten sich an den Neonazis, die auf T-Shirts sowie Plakaten die „Todesstrafe für Kinderschänder" forderten und anschließend parolenschreiend rund 200 Meter mit dem Transparent der Organisatorin durch die Innenstadt zogen.

Neustadt an der Weinstraße: Scheibe im Tante-Emma Laden eingeworfen

Im libertären *Tante-Emma-Laden* in Neustadt an der Weinstraße wurden in der Nacht zum 13. August 2010 von einem Neonazi mehrere Fensterscheiben eingeworfen. Größere Schäden konnten verhindert werden, da der Hausbesitzer den Neonazi verjagte. Auf der neonazistischen Internetseite *infoportal24.org* wird sich der Tat gerühmt. Bereits vor dem Anschlag wurde auf mehreren einschlägigen Internetseiten dazu aufgerufen, den *Tante-Emma-Laden* zu besuchen, um solche "Objekte und Strukturen näher kennen zu lernen".

Fußballturnier in Oberhausen

Am 31. Juli 2010 fand das „erste große Fußballtunier des Nationalen Widerstand Duisburgs in Oberhausen" statt, nach Eigenangaben mit 90 TeilnehmerInnen aus Dortmund, Oberhausen, Solingen, Ahlen, Duisburg und Gelsenkirchen. Veranstalter war die *Aktionsgruppe Krefeld/Duisburg*.



Das Interview führte Günter Born

»Die Recherchen gehen weiter«

Stefan Klemp über die Vergangenheit und Gegenwart der Strafverfolgung von NS-Tätern in der Bundesrepublik

Im April hat Efraim Zuroff, Leiter des Simon-Wiesenthal-Zentrums in Jerusalem, die strafrechtliche Verfolgung von NS-Verbrechern in Deutschland ausdrücklich gelobt. In München steht John Demjanjuk vor Gericht. Ihm wird Beihilfe zum Mord in über 27.000 Fällen im Vernichtungslager Sobibor vorgeworfen. Im März wurde der ehemalige Waffen-SS-Angehörige Heinrich Boere in Aachen zu lebenslanger Haft verurteilt. Ist die Bundesrepublik zu einem heißen Pflaster für NS-Täter geworden?

So gesehen ja. NS-Verfahren haben derzeit Hochkonjunktur. Es gibt noch weitere Ermittlungen, zum Beispiel die Anklage gegen **Samuel Kunz**. Andererseits genießen **Klaas Karel Faber** (Niederlande) und **Sören Kam** (Dänemark) in Bayern ihren Lebensabend, obwohl sie in ihren Heimatländern wegen Mordes verurteilt worden sind. Ihre Strafen müssen sie aber nicht absitzen, weil die bayrische Justiz ihre Taten anders bewertet und die deutsche Staatsbürgerschaft sie vor Auslieferung schützt. Angehörige der Waffen-SS haben die deutsche Staatsbürgerschaft erhalten. Für die Auseinandersetzung mit der Geschichte sind die Verfahren zwar gut, aber sie kommen viel zu spät.

Der Prozess gegen Demjanjuk wird zwiespältig bewertet, da hier ein ehemaliger Angehöriger ukrainischer Hilfstruppen vor Gericht steht. Diese rekrutierten sich vorwiegend aus sowjetischen Kriegsgefangenen und waren der SS unterstellt. Kritiker merken an, dass der Prozess eine geschichtspolitische Alibifunktion erfüllt. Geht es vor allem darum, das Image der deutschen Justiz zu verbessern?

Die Frage ist tatsächlich, warum für ein kleines Licht wie Demjanjuk ein Riesenaufwand betrieben wurde und wird, während gleichzeitig die Staatsanwaltschaften Hamburg und Hannover beim ehemaligen deutschen SS- und Polizeioffizier **Erich Steidtmann** äußerst oberflächlich vorgegangen sind. Über die Funktion des Demjanjukprozesses gibt es unterschiedliche Auffassungen. Der Strafrechtsprofessor und Experte für NS-Prozesse **Christiaan Rüter** aus den Niederlanden hat das Verfahren heftig kritisiert. Andere, wie Efraim Zuroff, sehen es als aktuellen Beitrag zum Geschichtsunterricht. Auch das wird kritisiert, weil das Verfahren auf dem Rücken eines "armen alten Mannes" ausgetragen würde. Allerdings wirkte Demjanjuk viel vitaler, als es im Gerichtssaal den Anschein hatte. Dort liegt er nach wie vor im Bett. Außerhalb hat er zumindest vor der Sommerhitze mit den Krankenschwestern geflirtet. Zur rechtlichen Thematik: Bisher war ein individueller Schuldnachweis für Anklage und Verurteilung notwendig.

Sollte Demjanjuk wegen seiner Dienstzeit in Sobibor verurteilt werden, gäbe es einen neuen Maßstab zur Bewertung der Verbrechensbeteiligung. Eine Hauptaufgabe der Polizeibataillone im Osten war die massenhafte Ermordung von Zivilisten. Demnach müsste auch der Dienst von Polizisten in diesen Einheiten oder der Einsatz von Aufsehern in Vernichtungslagern neu beurteilt werden.

Der im Juli verstorbene ehemalige SS-Hauptsturmführer Steidtmann soll an Massakern in Polen beteiligt gewesen sein. Sie hatten für die Wiederaufnahme der Ermittlungen gesorgt. Warum blieb Steidtmann bis kurz vor seinem Tod unbehelligt?

Diese Frage könnten diejenigen beantworten, die in Hamburg in den 1960er Jahren gegen Steidtmann ermittelt haben. Beweise lagen vor. Er hatte seine Beteiligung an Mordaktionen gegen Ghettobewohner indirekt gestanden. Nun wird der Fall wohl nicht mehr geklärt werden können. Steidtmann hat 2007 durch eine Klage gegen eine Buchveröffentlichung selbst dafür gesorgt, dass seine Geschichte öffentlich wurde. Der Fall verweist auf das bei Teilen der Justiz noch heute fehlende Engagement. Nach der Wiederaufnahme hat die Staatsanwaltschaft Hamburg im Jahr 2008 nach acht Monaten festgestellt, dass sie nicht zuständig sei. Die Staatsanwaltschaft Hannover hat das Verfahren schließlich eingestellt. 2010 wurde erneut ermittelt, da angeblich neue Beweise aufgetaucht waren. Das waren die Beweise aus den 1960er Jahren. Es fehlte nicht nur am Engagement, sondern auch an der notwendigen Systematik und am Vermögen, Aussagen und historische Ereignisse richtig einzuordnen. Das LKA Hannover hatte jetzt mit den Ermittlungen begonnen – leider viel zu spät.

Der Fall Steidtmann steht nicht allein. Sie haben der Strafverfolgung von NS-Täter durch die Justiz in NRW eine "trostlose Bilanz" attestiert.

Ich beziehe mich auf meinen Forschungsschwerpunkt Polizeibataillone. Hier ist die Zentralstelle Dortmund zuständig. In diesem Teilbereich wird die Problematik ganz gut deutlich. Ich habe 220 Ermittlungsverfahren gegen Polizeieinheiten gezählt, davon 185 in Westdeutschland und 35 in der DDR. In Westdeutschland gab es 35 Anklageerhebungen, darunter 15 Urteile gegen Angehörige von Polizeibataillonen. Bei 185 Verfahren bedeutet das: 150 Verfahren wurden eingestellt, das sind 81 Prozent. Während es in rund 19 Prozent der Fälle zur Anklage kam, führten diese nur in acht Prozent der Fälle zu Verurteilungen.

Besonders das Land NRW drückt den Schnitt. Es gab nur zwei Urteile, obwohl hier 75 Verfahren anhängig waren. 61 Verfahren wurden eingestellt. Das sind zwar wie im Bundesdurchschnitt 81 Prozent. Die Verurteilungsquote in NRW liegt lediglich bei 2,6 Prozent. In den übrigen Bundesländern sah es so aus: Einstellungen: 89 von 110 = 80,9 Prozent, Anklageerhebungen 21 = 19,1 Prozent, Urteile: 13 = rund 12 Prozent! Obwohl es in NRW eine Schwerpunktstaatsanwaltschaft für NS-Verfahren gegeben hat, wurden Täter aus Polizeibataillonen hier fast nie verurteilt. Für die DDR habe ich 35 Verfahren gegen Polizisten gezählt, in 26 Fällen hat es Verurteilungen gegeben. In Österreich ist kein einziger Angehöriger eines Polizeibataillons verurteilt worden.

Gab es politische Gründe für das weitgehende Scheitern der Ahndung von NS-Verbrechen? Wurde die Strafverfolgung gezielt behindert?

Das kommt auf die Perspektive an. Natürlich hat die Politik Druck auf die Justiz ausgeübt. Beteiligt waren die beiden großen Parteien, die FDP und die extreme Rechte. Eine gezielte Einflussnahme lässt sich zwar kaum belegen, aber faktisch hat das Geschrei um den "Schlussstrich", das allgemeine Klima der Nachsicht mit Massenmördern und das Netzwerk der Ehemaligen gewirkt. Belegbar ist die Selbstbehinderung von Ermittlungen durch die Justiz, beispielsweise im Dortmunder Ghettoprozess gegen Angehörige des Mordbataillons 61 im Jahr 1954. Hier haben Staatsanwaltschaft und Gericht bewusst darauf verzichtet, überlebende Opfer des Warschauer Ghettos als Zeugen zu vernehmen. Im Fall des Polizeibataillons 64 wurde der Staatsanwalt, der bei der Zentralstelle Dortmund eine Anklage vorbereitet hatte, plötzlich versetzt. Sein Nachfolger hat das Verfahren eingestellt.

Ein spektakulärer Fall ist das Verschwinden von Aribert Heim, der als Lagerarzt im KZ Mauthausen medizinische Versuche an Häftlingen durchgeführt hatte. Nach 1945 praktizierte er als Gynäkologe in Baden-Baden. Wie konnte er sich seit seinem Untertauchen im Jahr 1962 der Strafverfolgung entziehen?

Wir wissen, wo und wie er gelebt und gearbeitet hat. Wir wissen, wann und wohin er zunächst geflohen ist. In meinem Buch "KZ-Arzt Aribert Heim", das im Oktober 2010 erscheinen wird, habe ich den Fall rekonstruiert. Nur so viel: Der Fall Heim ist teilweise so absurd, dass die Vorgänge als Posse erscheinen. Hier haben deutsche, österreichische und amerikanische Behörden so gründlich weggesehen, dass allerlei Spekulationen über die Hintergründe dieser Schlamperei aufkommen müssen. Dem LKA Stuttgart wurden immer wieder Steine in den Weg gelegt. Noch heute wird das Steuergeheimnis des vermeintlich toten **Aribert Heim** von der deutschen Justiz höher bewertet als die Aufklärung von Mordtaten.

Sie hatten bereits die Ermittlungsverfahren gegen Angehörige von Polizeibataillonen erwähnt, die der Historiker Klaus-Michael Mallmann aufgrund ihrer Beteiligung an Massakern als "Fußvolk der 'Endlösung'" bezeichnet hat. Sind

die enttäuschenden Ergebnisse der Strafverfolgung auch auf personelle Kontinuitäten im Polizei- und Justizapparat zurückzuführen?
Die Kontinuitäten spielten eine Rolle. Vor allem saßen in der Justiz weiter ehemalige Sonderrichter und Staatsanwälte des NS-Regimes, die vielfach selbst vor Gericht gehört hätten. Ein Teil des Problems sind aber auch die verwendeten Begrifflichkeiten. "Fußvolk der 'Endlösung'" bedeutet im Grunde, dass die Angehörigen von Polizeibataillonen "letzte Befehlsempfänger" waren, denen man automatisch den Befehlsnotstand zugestehen konnte, weil oftmals selbst die Befehlsgeber der Sicherheits- und Ordnungspolizei straffrei geblieben sind. Diese pauschale Entlastung von Tätern und Tatbeteiligten entsprach nur bedingt der Realität. Gerade die Täter, die sich freiwillig zu Exekutionen gemeldet haben, waren zwar formal betrachtet letzte Befehlsempfänger. Sie haben aber aus freien Stücken gehandelt. Sie waren scharf auf Sonderurlaube, Sonderzuteilungen, Beförderungen, oder sie haben aus Hass gemordet. Nehmen wir den von **Tanja von Fransecky** recherchierten Fall Kantim: ein Angehöriger des Polizeibataillons 323, der 1943 in Frankreich einen aus einem Deportationszug geflohenen Juden über eine weite Strecke verfolgt und erschossen hat. Kantim ist nie angeklagt worden. In der Regel hat es bei Angehörigen bestimmter Einheiten und Dienstgrade keine angemessene Würdigung des individuellen Tatbeitrags gegeben. Motive und politische Einstellungen wurden kaum berücksichtigt. Zwischen den hier erwähnten Taten und einer befohlenen Teilnahme an einer verbrecherischen Erschießung besteht aber ein großer Unterschied.

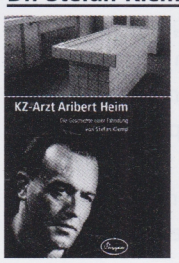
Welche Gründe gab es darüber hinaus für die zahlreichen Freisprüche und Verfahrenseinstellungen?
Auch Absprachen und Zeugenbeeinflussung spielten eine Rolle. Mit U-Haft war man nicht eben schnell bei der Hand. Zu nennen ist auch die rechtliche Rahmensetzung durch Bundestag und Bundesgerichtshof. Unabhängig davon: Wenn man konsequenter ermittelt hätte, wären auch die Ergebnisse besser gewesen. Hinzu kamen fehlendes Geld und wenig Personal. Die *Zentrale Stelle Ludwigsburg* hatte sehr viele Verfahren ausermittelt, der anschließende Ertrag war aber äußerst dürftig. Das bedeutet: Die Ludwigsburger Rechercheure hielten einen Fall für anklagereif und gaben ihn an eine Staatsanwaltschaft ab, die das Verfahren in der Regel einstellte. Wenn es zum Prozess kam, erfolgten meistens milde Urteile oder Freisprüche. Auch pragmatische Erwägungen dürften eine Rolle gespielt haben angesichts der vielen Tatbeteiligten, die nach 1945 im Polizeidienst standen.

In den 1960er Jahren organisierte der frühere Essener Polizeimajor Willy Papenkort die "Kameradenhilfe", die ehemalige Ordnungspolizisten juristisch unterstützen sollte. Wie ist diese Initiative rückblickend zu bewerten?
Papenkort hat mindestens 32 Beschuldigte beraten, davon 19 Ordnungspolizisten und zwei Angehörige der Sicherheitspolizei. Er hat mindestens 21 Ermittlungs- und Gerichtsverfahren beeinflusst. Die Recherche ist schwierig, weil die Staatsanwaltschaft Essen die Akten des Ermittlungsverfahrens gegen Papenkort vernichtet hat. Von elf nachvollziehbaren Verfahren wurden fünf im Vorfeld eingestellt. Erfolgreich waren fünf Offiziere der Ordnungspolizei. Ein Offizier des Polizeibataillons 316 wurde freigesprochen. Drei Mandanten wurden verurteilt. Ein Beamter beging vor Prozessbeginn Selbstmord. Manche Mandanten haben sich an die Ratschläge gehalten, manche nicht, was aber nicht unbedingt Auswirkungen auf Erfolg oder Nichterfolg hatte. Das Verfahren des Kommandeurs des Polizeibataillons 65, **Joachim Kleine**, der nicht auf Papenkort gehört hatte, wurde eingestellt. **Rudolf Eckert** vom Bataillon 306 wurde verurteilt, obwohl er sich an die Anweisungen gehalten hatte. Konkret hat Papenkort seinen Klienten empfohlen zu lügen, sich auf den Befehlsnotstand zu berufen, Krankheiten zu simulieren, sich nicht erinnern zu können, Druck auf Belastungszeugen auszuüben. Bezeichnend ist, dass Ankläger und Gericht ihn trotz seiner Einbindung in ein Netzwerk als Einzeltäter hinstellten.

Seit Jahrzehnten wird offensichtlich voreilig das Ende der NS-Prozesse beschworen. Wie sieht die Zukunft aus?
Es geht immerhin um die Aufklärung von Mordtaten, also muss ermittelt werden, so lange Beschuldigte leben. Ob sie vor Gericht gestellt werden oder ins Gefängnis müssen, hängt vom Gesundheitszustand ab. Aber darauf kommt es nicht unbedingt an. Die Taten sollen aufgeklärt und Schuldige festgestellt werden. Wenn alle NS-Täter tot sind, werden die Recherchen weitergehen. Es gibt immer noch unaufgeklärte Morde aus der Zeit des Zweiten Weltkriegs. Oberstaatsanwalt **Ulrich Maaß**, Leiter der Zentralstelle Dortmund, die sich heute durch vergleichsweise großes Engagement von anderen Behörden abhebt und für viele der aktuellen Verfahren verantwortlich ist, geht davon aus, dass die Ermittlungen noch etwa zehn Jahre andauern werden.

Vielen Dank für das Interview!

Dr. Stefan Klemp



Dr. Stefan Klemp, Historiker und freier Autor, ist Mitarbeiter des *Simon-Wiesenthal-Centers Los Angeles*. Zahlreiche Veröffentlichungen zur Geschichte der Polizeibataillone in der NS-Zeit.

Im Oktober erscheint sein Buch:
"KZ-Arzt Aribert Heim. Die Geschichte einer Fahndung"
(*Prospero-Verlag*, Münster/Berlin).

Das Interview führte Jörg Kronauer

Die prägende Kraft des Völkischen

Interview mit Željko Taraš

Željko Taraš, Soziologe und Politikwissenschaftler, ist Lehrbeauftragter an der Hochschule Fulda und arbeitet zur jüngeren Geschichte Jugoslawiens. LOTTA sprach mit ihm über die völkische Rechte in Kroatien.

Vor 20 Jahren fand in Zagreb ein Fußballspiel statt, das es zu trauriger Berühmtheit gebracht hat. Am Eingang zum dortigen "Maksimir- Stadion" steht heute auf einer Gedenktafel: "Allen Dinamo- Fans zu Ehren, für die der Krieg am 13. Mai 1990 im Maksimir- Stadion begonnen und für die er auf dem geheiligten Altar des Vaterländischen Krieges geendet hat." Was geschah am 13. Mai 1990?

Dinamo Zagreb und *Roter Stern Belgrad* spielten gegeneinander. Das waren so ziemlich die stärksten Mannschaften im damaligen Jugoslawien, und die Atmosphäre war, wie es vor einem solchen Spiel üblich ist, ziemlich angespannt, zumal die Fußball- WM kurz bevorstand. Während des Spiels kam es zu heftigen Ausschreitungen, bei denen schließlich ein sehr bekannter Spieler von *Dinamo Zagreb*, **Zvonimir Boban**, auf einen Polizisten eintrat. Das hat Schlagzeilen gemacht; Boban wurde aus dem WM-Kader gestrichen. Aber das war nicht das Entscheidende.

Sondern?

Das Entscheidende war die allgemeine Stimmung damals in Zagreb, die sich während des Spieles entlud. Kurz zuvor, Ende April 1990, hatte die Partei von **Franjo Tudjman**, die *Kroatische Demokratische Gemein-*

schaft (*Hrvatska Demokratska Zajednica*, HDZ), die sogenannten ersten freien Wahlen in Kroatien gewonnen, das damals noch eine Teilrepublik Jugoslawiens war. Wenige Tage nach dem Spiel, Ende Mai 1990, sollte Tudjman zum kroatischen Präsidenten gewählt werden. Die Stimmung in Zagreb war extrem aufgeheizt – gegen die Serben und alles, was als serbisch galt. Für das Publikum im Fußballstadion galt das erst recht. Plötzlich – ich wollte mir damals das Spiel ansehen und habe das alles miterlebt – plötzlich begannen Sprechchöre: "Zigeuner, Zigeuner!" "Zigeuner" ist in Kroatien eine rassistische Beleidigung nicht nur für Roma, sondern für alle, die irgendwie aus dem Osten kommen, und bei Bedarf wird sie gerne gegen Serben verwendet. Es war eine gespenstische Atmosphäre.
Schon bald begannen tatsächlich handgreifliche Auseinandersetzungen, bei denen dann die Polizei eingriff. Die galt damals in Kroatien als Symbol angeblicher serbischer Dominanz; man behauptete – ohne die wirklichen historischen und sozialen Hintergründe der damaligen kroatischen Polizeistrukturen zu kennen –, die meisten Polizisten in Kroatien seien orthodoxe Serben. Das war die verbreitete Meinung, als Zvonimir Boban, der Mannschaftskapitän von *Dinamo Zagreb*, einen Polizisten attackierte. Für die Massen in Kroatien wurde er damit zum Helden. Ich habe mir damals schon gedacht: Wenn man das, was da gerade passiert, zu Ende denkt – das ist absoluter Wahnsinn. Die Gedenktafel am Stadioneingang zeigt es: Einige Fans, die damals mit völkischer Motivation gegen Serben randalierten, kämpften wenig später im völkischen Sezessionskrieg und kamen dabei ums Leben.

Sie sprechen von völkischer Motivation?

Es gibt in Kroatien eine grundlegende, äußerst stark verbreitete völkische Grundhaltung, die die Menschen in Kroaten, Serben, Albaner, Roma und so weiter einteilt. Das habe ich schon als Kind erleben müssen. Diese völkische Grundhaltung ist sehr alt, und mit ihr ist nie gebrochen worden, auch nicht zu **Titos** Zeiten. Die Geschichte ist in dieser Hinsicht niemals inhaltlich aufgearbeitet worden. Nie. Es gab immer Ausnahmen in der kroatischen Gesellschaft, Menschen, die sich der völkischen Grundhaltung nicht eingeordnet haben, aber es waren eben Ausnahmen. Das völkische Denken ist in Kroatien ein gesamtgesellschaftliches Phänomen, es durchzieht sämtliche Klassen und alle politischen Strömungen, man findet es beispielsweise auch bei den Sozialdemokraten und bei manchen Liberalen. Es bildete auch die Grundlage, als Tudjman in den Tagen um das erwähnte berüchtigte Fußballspiel herum in einem Fernsehinterview die dunkel andeutende Ansicht äußerte, strukturelle Änderungen bei der Polizei seien auch im Interesse der Serben selbst. Mir war damals schon klar, dass das auf eine Art ethnischer Säuberung hinauslief. Es gab natürlich keine zwangsläufige Entwicklung hin zu völkischer Sezession und Krieg, aber in welche Richtung die Zagreber Eliten marschierten, das war deutlich erkennbar.

Die Entwicklung hat Sie also nicht überrascht?

Die Entwicklung hin zu einer politischen Nutzung der völkischen Grundstimmung hat sich in Kroatien eigentlich schon Mitte der 1960er Jahre angebahnt. Damals wurden politische und wirtschaftliche Maßnahmen eingeleitet, die viele weitere Schritte vorprogrammiert haben: die Umsetzung der Entscheidung für die sozialistische Marktwirtschaft zum Beispiel oder die Entwicklung hin zur dezentralen Staatsverfassung, die dann 1974 verabschiedet wurde und Jugoslawien faktisch in einen Staatenbund transformierte – mit größeren Kompetenzen auch für Kroatien und damit für die Zagreber Eliten. Es war bestimmt kein Zufall, dass sich im Zuge dieser Entwicklung Ende der 1960er, Anfang der 1970er Jahre der sogenannte Kroatische Frühling entfaltete, eine frühe Aufwallung des völkischen kroatischen Nationalismus, mit Demonstrationen und allem Drum und Dran. Dabei waren die Auseinandersetzungen von Anfang an nicht in tatsächlichen ethnischen Spannungen begründet, wenn sie auch völkisch formuliert wurden. Die Ursachen lagen in politischen, wirtschaftlichen und sozialen Differenzen.

Inwiefern?

Die materiellen Verteilungskämpfe zwischen den einzelnen Teilrepubliken begannen spätestens in den 1970er Jahren. Die Ölkrisen der 1970er Jahre hatten sich verheerend auf Jugoslawien ausgewirkt und ein großes Hauen und Stechen hervorgerufen. In den 1980er Jahren verschärfte die neoliberale Schockpolitik des Internationalen Währungsfonds (IWF) die ohnehin schon ernsten inneren Spannungen. Die Eliten suchten damals nach "Schuldigen", auf die man die Misere abwälzen konnte, und in Kroatien fand man diese in Gruppen, die wirtschaftlich schwächer waren – natürlich bei den Kosovaren, aber auch bei den Serben. Von den Medien wurde damals der Verteilungskampf zunächst verdeckt, dann immer offener in völkischen Kategorien formuliert. Da hieß es dann in Kroatien plötzlich: "Wir werden von den Serben ausgebeutet." Nur wenn man diese Entwicklung als Ganze in den Blick nimmt, kann man wirklich verstehen, wie es schließlich zu den Auseinandersetzungen kam, die Anfang der 1990er Jahre in völkischer Gewalt eskalierten.

Welche Rolle spielte Franjo Tudjman dabei?

Tudjman hat die extreme Rechte, die alte *Ustaša*, die marginalisiert war oder sogar im Exil lebte, in die offizielle Zagreber Politik eingebunden. Tudjman selbst wurde geboren, als Jugoslawien gerade gegründet worden war. Er hat schon als Kind die Instabilität des damaligen jugoslawischen Staates erlebt. Als Jugoslawien 1941

nach dem Überfall Nazideutschlands auseinanderfiel und Kroatien unter der *Ustaša* zu einem eigenen Staat wurde, da hat er sich für den Antifaschismus entschieden und sich als strammer Kommunist gegeben. In den 1960er Jahren begann er sich zu wandeln: Er wurde aus der Armee entlassen, arbeitete als Historiker, leitete ein eigenes Institut und engagierte sich auf Seiten der völkischen Kräfte Kroatiens im sogenannten Kroatischen Frühling. Aus seinen Spätschriften geht eindeutig hervor, dass er die Linie des traditionellen kroatischen Chauvinismus übernahm, inklusive dessen rassistischer und antisemitischer Elemente.

Der Antisemitismus ist in Kroatien stark?

Allerdings. Übrigens auch deswegen, weil der rechte Mehrheitsflügel der katholischen Kirche mit seinem traditionellen katholischen Antisemitismus dort bis heute eine unglaublich wichtige Rolle spielt. Das hat er auch Tudjman zu verdanken. Der war zwar selbst nicht religiös, arbeitete aber sehr eng und vertrauensvoll mit dem Vatikan und mit der katholischen Kirche in Kroatien zusammen, wohl deswegen, weil er sie in puncto Machtgewinn und Machterhalt als wichtig einschätzte. Aber zurück zu Tudjmans Entwicklung ab Ende der 1960er Jahre. Er hat wohl gespürt, dass es auf lange Sicht mit dem jugoslawischen Sozialismus zu Ende gehen würde, und er hat vorausschauend die Flagge gewechselt. Seine damaligen Positionen spiegeln sich in einer seiner späteren Reden wieder, in der er die Gründung des kroatischen Staates im Jahr 1941 – ganz in völkischer Tradition – als Ausdruck des Verlangens des kroatischen Volkes nach Eigenständigkeit bezeichnet. Die Art und Weise, wie dieser Staat entstand – als Ergebnis des deutschen Überfalls auf Jugoslawien –, ließ er außer Acht.

Wie stand Tudjman zu den Ustaša-Verbrechen?

Er hat sie nicht befürwortet, aber sie zu relativieren versucht, vor allem im Falle von Jasenovac. Das war das größte KZ in Europa, das nicht unter direkter deutscher Kontrolle stand; ein Historiker hat es einmal sehr zutreffend als "Manufaktur des Todes" bezeichnet, "Manufaktur" deswegen, weil Juden und Serben dort auf brutalste Art und Weise und in Massen dahingemetzelt wurden, aber – zynisch ausgedrückt – auf niedrigerem technologischen Niveau als in Auschwitz, der industriell betriebenen "Fabrik des Todes". Tudjman versuchte mit manipulativen Methoden nachzuweisen, dass Jasenovac nur ein Arbeitslager gewesen sei, und er hat die Zahl der Opfer geleugnet beziehungsweise auf eine viel zu niedrige Zahl gefälscht. Antisemitismus, rassistischer Hass gegen die Serben – das war die Grundfarbe bei Tudjman spätestens ab den 1970er Jahren. Das bildete auch die propagandistische Basis der konterrevolutionären HDZ, die Tudjman im Jahr 1989 mitgründete.

Dabei hat er die extreme Rechte in die Zagreber Politik eingebunden?

In der Tat. Ich muss ein bisschen ausholen, um das genauer zu beschreiben. Der innere Krieg in Kroatien war genau genommen 1945 nicht zu Ende, auch wenn das leider weithin unbekannt ist. In Jugoslawien gab es eine harte Repression etwa gegen prosowjetische Kräfte, aber auch gegen die *Ustaša*. Eine ganze Reihe von *Ustaša*-Aktivisten flüchteten, nach Argentinien, Spanien, Italien, Österreich oder Deutschland; sie waren weiterhin aktiv und warteten auf ihre Stunde. Die "kroatische Frage", wie sie es nannten, war für sie noch offen. Nach dem Kroatischen Frühling gewannen sie den Eindruck, dass die Dinge sich zu ihren Gunsten entwickeln würden. In den 1980er Jahren schließlich stellte Franjo Tudjman Verbindungen zu den *Ustaša*-Aktivisten im Exil her; er verstand, dass sie für seine Absicht, Kroatien aus Jugoslawien herauszuspalten, eine wichtige Rolle spielen konnten, zumindest zeitweise. Und so geschah es auch: Sobald Tudjman an der Macht war, kamen sie reihenweise nach Kroatien, erst recht, als 1991 der Krieg begonnen hatte – und viele kamen mit einer Menge Geld und Waffen. Zudem gab es nach wie vor Verbindungen zwischen der *Ustaša*-Emigration und bestimmten Kreisen in Kroatien, was Tudjman auch weiterhalf. Tudjman hat die alten *Ustaša*-Kämpfer systematisch benutzt. Allerdings stand er ihnen auch ideologisch nahe. Einige hat er sogar in hohe Ämter gebracht, darunter den ehemaligen *Ustaša*-Minister **Vinko Nikoliæ**.

Hat sich niemand dem neuen Einfluss der alten Faschisten entgegengestellt?

Nun, es gibt einen wesentlichen Dissens in der kroatischen Gesellschaft, und er ist durchaus klassenbedingt. Vereinfacht ausgedrückt: Die kroatische Bourgeoisie blickt auf die alte *Ustaša* und auf ihre heutigen Epigonen, die oft vom Land stammen und einen ganz eigenen Habitus aufweisen, von oben herab. Das bedeutet natürlich nicht, dass die kroatische Bourgeoisie nicht auch selbst völkisch und antisemitisch eingestellt sei. Solange der Krieg andauerte, hat man die *Ustaša*-Epigonen, die extreme

Rechte, gewähren lassen. Erst jetzt, wo sie nicht mehr benötigt werden, will man mit ihnen nichts mehr zu tun haben. Ein Beispiel dafür ist **Stipe Mesic**, der bis vor kurzem Präsident Kroatiens war – ein Sozialdemokrat. Mesic hat kürzlich zugegeben, dass er in den 1990er Jahren mit der extremen Rechten kooperierte. Heute wissen Leute wie er aber genau, dass man mit der extremen Rechten nicht in die EU hineinkommt. Ihre Distanzierung ist daher nur eine taktische.

Kroatien gewann seine Eigenstaatlichkeit also mit Hilfe der alten Ustaša und der extremen Rechten.

Ja, auch mit ihrer Hilfe. Insgesamt gründet die Sezession auf drei Säulen. Die erste nenne ich die Lüge. Das ist die Propagandahegemonie, auf die völkische Kräfte seit den 1960er Jahren zusteuerten und die Ende der 1980er und Anfang der 1990er Jahre in offene völkische Propaganda, in Kriegspropaganda umschlug. Die zweite Säule war das Verbrechen: Krieg, Vertreibung, alles, was in den völkischen Sezessionskriegen in der ersten Hälfte der 1990er Jahre geschah. Bis in den Krieg hinein bildete die völkische Propaganda dabei die Grundlage, sie führte zu den sogenannten ethnischen Säuberungen. Die dritte Säule ist der Raub. Beraubt wurde nicht nur der Teil der kroatischen Bevölkerung, der in orthodoxer Tradition stand und als "serbisch" bezeichnet wurde, sondern die Mehrheit der gesamten Bevölkerung. Es fand eine gewaltige Umverteilung von unten nach oben statt, eine soziale Konterrevolution. Tudjman wusste genau: Ohne Krieg hätte längst nicht so brachial umverteilt werden können; nur die Kriegssituation machte dies möglich. Auf diese Weise entstand die heutige kroatische Oligarchie. Tudjmans Familie ist ein perfektes Beispiel dafür: Sie lebte einst nur in bescheidenem Wohlstand, heute aber spricht man in der kroatischen Presse offen von einer "Tudjman- Dynastie".

Hierzulande wird behauptet, Kroatien habe sich nur vom serbischen Joch befreit...

Über diese Metapher muss ich immer schmunzeln. Was soll sie denn bedeuten – dass alle Serben zuvor alle Kroaten ausgebeutet hätten? Das ist Unsinn. Interessant ist aber, dass immer wieder von serbokommunistischer Ausbeutung die Rede war. Da kommt man dem Kern der Sache schon näher: Es wird nämlich eine Klassenauseinandersetzung erkennbar, der Kampf zwischen dem sogenannten selbstverwalteten Sozialismus und einem neoliberalen Kapitalismus, wobei der "Selbstverwaltungs- Sozialismus" mit der Metapher "serbisches Joch" verbunden wird – eine Ethnisierung des Verteilungskonflikts.

Heute hört man viel von dem extrem rechten kroatischen Sänger Marko Perkovic ("Thompson"), der Zehntausende zu seinen Konzerten mobilisieren kann. Der Journalist Gregor Mayer schreibt, Thompson sei zu Beginn der 1990er Jahre von zwei linksliberalen Kroaten entdeckt worden, die in ihm einen fähigen Einpeitscher für den Krieg erkannten. Thompson und Linksliberale – ist das nicht ein Widerspruch?

Das funktioniert, weil die drei Beteiligten eine gemeinsame Grundlage hatten: die völkische Ideologie, die sie dazu brachte, die völkische Sezession Kroatiens mit Gewalt durchsetzen zu wollen. **Thompson** ist eigentlich eine fürchterlich lächerliche Gestalt, seine Lieder sind billig und absurd. Aber er spricht völkische Gefühle an. Das ist wie ein Ritual: Thompsons Lieder greifen bis auf die völkische Sozialisation im Kindesalter zurück. Vor nicht allzu langer Zeit kamen zu einem Thompson- Konzert in Zagreb, das vom Zagreber Bürgermeister organisiert worden war, 60.000 Menschen.

Das sind ziemlich viele... Wie stark ist denn die extreme Rechte heute in Kroatien insgesamt?

Das scheint mir für Kroatien nicht die angemessene Fragestellung zu sein. Selbstverständlich gibt es auch in Kroatien die üblichen Organisationen der extremen Rechten. Es gibt Splitterparteien wie die *Hrvatska Èista Stranka Prava* (HÈSP), die letztes Jahr gegen den *Gay Pride* in Zagreb mobilisierte. Es gibt *Blood and Honour*-Strukturen. Es gibt eine nicht allzu große, aber gewalttätige Szene eher junger Neonazis, die zum Teil Kontakte nach Deutschland unterhalten und in denen die NSDAP- AO- Zeitschrift *Novo Doba* verbreitet wird. Es gibt in Kroatien aber keine starke extrem rechte Partei wie etwa *Jobbik* in Ungarn. Die braucht es auch gar nicht. Denn die völkische Grundhaltung ist ja ohnehin in der gesamten Gesellschaft vorhanden, und sie hat selbst für einen verheerenden Bürgerkrieg ausgereicht. Was kann die extreme Rechte mehr wollen? In Deutschland wurde das gesamte Geschehen in Kroatien seit Beginn der 1990er Jahre als Politik angeblicher Demokraten verkauft. Das entspricht in keiner Weise den Tatsachen. Das Völkische war dominant und ist nach wie vor eine prägende Kraft in der kroatischen Gesellschaft.

Vielen Dank für das Interview!

Von David Williams (Searchlight)

HOPE not hate

Erfolgreiche Kampagne gegen die BNP

Die britische Kampagne "HOPE not hate" (HNH), die sich im Vorfeld der lokalen und nationalen Wahlen im Juni 2010 gegen die faschistische "British National Party" (BNP) richtete, konzentrierte sich nicht nur auf den Wahlkreis Barking and Dagenham im Osten Londons, die Hochburg der faschistischen Partei. Sie wurde im ganzen Land erfolgreich durchgeführt. Die Kampagne wurde vor allem durch das Recherche- Netzwerk von "Searchlight" ermöglicht, das zum einen die Strategie der BNP aufdeckte und zum anderen die Wahlbezirke identifizierte, die für die BNP wichtig waren, um dort Ratsmehrheiten zu erlangen. Ursprünglich war eine Konzentration auf sechs Wahlbezirke vorgesehen, später jedoch wurden die Kampagnen- Schwerpunkte auf zwölf ausgeweitet.

Insgesamt war das Ergebnis der BNP schlecht – ihre Stimmenzahl sank von 943.000 bei den Europawahlen im Juni 2009 auf 564.000 bei den Parlamentswahlen 2010. Die Partei war unfähig, von der Situation im Land zu profitieren. Nie zuvor nach Ende des Krieges herrschte eine derart rassistische Atmosphäre, für die mit nur wenigen Ausnahmen auch die Medien verantwortlich sind: In jedem Bericht über die Wahlen wurde auch das Thema Zuwanderung abgehandelt. Vorurteile gegen ganze Gesellschaftsgruppen (vor allem Moslems und Polen) waren an der Tagesordnung. Die Führung der drei großen Parteien *Labour*, *Liberal Democrat* und *Conservative* widersprachen den rassistischen Beiträgen in den Medien nicht. Vielmehr sprangen sie auf den Zug auf oder schwiegen. Die Tatsache, dass die BNP hiervon nicht profitierte, ist der HNH- Kampagne zu verdanken, die von *Searchlight* angetrieben und von den Gewerkschaften unterstützt wurde. Es zeigte sich, dass die Strategie einer professionellen, intensiven und informationsbasierten antifaschistischen Massenkampagne auf Graswurzelebene richtig war.

Barking and Dagenham

Im Londoner Stadtteil Barking and Dagenham hatte die BNP zuvor zwölf Ratssitze inne. Sie hatte sich das Ziel gesetzt, die Mehrheit im Rat zu erlangen und so an ein Budget von 200 Millionen britischen Pfund zu kommen, mit dem sie ihre rassistischen Fantasien in die Tat hätte umsetzen können. HNH war entschlossen, dies zu verhindern. Am größten Aktionstag, dem 17. April, verteilten 541 Personen – darunter mehr als 250 aus dem Stadtteil – 92.000 Exemplare einer antifaschistischen Zeitung, die über den Hass und die Lügen der BNP informierte. Viele der Teilnehmer hatten sich nie zuvor an antifaschistischen Aktionen beteiligt. Am 3. Mai verteilten 385 Personen mehr als 55.000 Flugblätter. Am Wahltag selbst klopften 176 Kampagnenvertreter an 6.000 Türen, um die Menschen davon zu überzeugen, die BNP nicht zu wählen. Insgesamt verteilten Aktivisten im Bezirk 350.000 Zeitungen, Broschüren und Flugblätter, darunter drei kleinformatige Zeitungen, die die BNP als eine rassistische Partei ohne jegliche Lösung für die sozio- ökonomischen Probleme der Gegend entlarvten.

Aufklärungsarbeit

Hinter den Kulissen der Kampagne arbeitete ein Kernteam an Aktivisten und Freiwilligen. Finanziert wurde die Kampagne von Tausenden kleinen Spenden, die in der Summe mehrere zehntausend Pfund ausmachten. Das Informationsmaterial war darauf ausgerichtet, die Schwächen der BNP aufzuzeigen. Wahlergebnisse und wissenschaftliche Forschung haben zum Beispiel schon früh gezeigt, dass Frauen seltener für extrem rechte Parteien stimmen als Männer. Hierfür gibt es eine Vielzahl von Gründen, die nicht nur der Frauenfeindlichkeit der Par-

teien geschuldet sind. Da die BNP in dieser Frage jedoch besonders heraussticht, wurde das Thema in einer Broschüre (fast 800.000 Exemplare davon wurden im ganzen Land verteilt) aufgegriffen und gezielt an Frauen verteilt. Auch Schwarze und Wähler asiatischer Herkunft wurden zielgruppenorientiert angesprochen.

Zentrales Thema der Aufklärungsarbeit war es, die Inkompetenz und den Rechtsextremismus der BNP-Ratsherren aufzuzeigen. Es sollte deutlich werden, dass sie ihre Wähler in den letzten vier Jahren nicht unterstützt hatten, außerdem, welche desaströse Folgen ihre Wahl – auch für ihre Anhänger – mit sich bringen würde und welche Bedrohung für den sozialen Zusammenhalt und die sozialen Sicherungssysteme ihre Wahl bedeuten würde. Während manche anderen Initiativen darauf zielten, antifaschistische Wähler zu mobilisieren, ging es hier darum, die Wähler davon abzuhalten, die BNP zu wählen.

Die Chance zu spalten

Im Wahlkreis Barking kam der Kampagne ironischerweise zugute, dass hier Parteichef **Nick Griffin** bei den nationalen Wahlen antrat. Griffins lange, extrem rassistische Geschichte hatte dazu geführt, dass er bei BNP-Anhängern und bei potenziellen Wählern weniger beliebt war als die Partei insgesamt. Die Einwohner betrachteten Griffin – im Gegensatz zu den lokalen BNP- Ratsherren – als Eindringling. Diese Spaltung nutzte HNH für ihre Kampagne. Es wurde versucht, mit der Botschaft "Wenn du für BNP stimmst, bekommst du Griffin" einen weiteren Keil zwischen die BNP und ihre Wähler zu treiben. Diese Strategie wirkte Hand in Hand mit Initiativen, die die Geschichte der einzelnen lokalen Ratsherren aufdeckten.

Standbeine der Kampagne

Um im Wahlkreis Barking gut verankert zu sein, eröffnete HNH hier ein Büro, das von den Gewerkschaften zur Verfügung gestellt wurde. Es wurde schnell zum organisatorischen Zentrum der Kampagne und ermöglichte dem Team, vor Ort zu arbeiten und schnell auf Entwicklungen im Wahlkreis zu reagieren.

Ein anderes wichtiges Standbein der Kampagne war die Präsenz im Internet, und zwar sowohl bei der Aufklärungsarbeit als auch beim Einwerben von Spenden und bei der Mobilisierung von Menschen, die die Kampagne online unterstützten. Bei der Erarbeitung der Online- Strategie kooperierte HNH eng mit *Blue State Digital*, der Firma, die **Barack Obamas** Wahlkampf unterstützt hatte. So konnten auch Menschen für Aktivitäten auf der Straße erreicht werden, die nie zuvor antifaschistisch oder überhaupt politisch aktiv waren. Ziel unserer Medienstrategie war es insbesondere, die internen Spaltungen der BNP zu thematisieren, um so zu verhindern, was 2006 geschehen war: Die Prognose eines großen BNP- Erfolges in Barking durch die Medien wurde zur sich selbst erfüllenden Prophezeiung.

Begünstigende Faktoren

Zusätzlich zur Kampagnenarbeit hatte HNH einfach Glück. Nur wenige Tage vor den Wahlen feuerte Griffin seinen Werbeleiter **Mark Collet**, einen Freund der deutschen NPD. Griffin behauptete, Collet habe gedroht, ihn zu töten. Ein interner Streit führte zudem dazu, dass der Webmaster der BNP die Internetseite der Partei offline stellte. Alles in allem führten diese Faktoren und unsere Strategie dazu, dass die BNP übertönt wurde und nicht in der Lage war, ihre Botschaft den Wählern zu vermitteln.

Natürlich war der Misserfolg der BNP nicht alleiniger Verdienst von HNH. Auch andere antifaschistische Gruppen sowie politische Parteien mobilisierten gegen die BNP. Unabhängig von den einzelnen Strategien musste der BNP klar geworden sein, dass sie einer unerwartet großen Opposition gegenüberstand – und dies in Bezirken, in denen sie mit sicheren Erfolgen gerechnet hatte.

Perspektiven

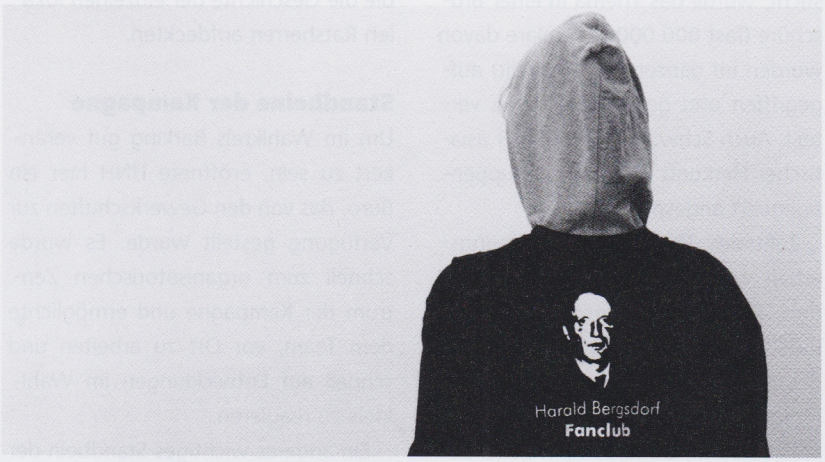
Obwohl die BNP bei den lokalen Wahlen keinen der Sitze, für die sie kandidierte, gewinnen konnte und sich für den Moment die Bedrohung in Bezirken wie Barking and Dagenham abwenden ließ, ist der Kampf nicht vorbei. Die sozio- ökonomischen Probleme, die zu ihrem vorherigen Erfolg führten, bleiben bestehen. Landesweit wählen weiterhin hunderttausende Menschen die BNP. Und auch wenn die Partei unterlag, erzeugte sie bei den nationalen Wahlen Druck.

Zudem hält die BNP weiterhin zwei Sitze im Europäischen Parlament. Für Griffin ist das eine Geldmaschine: Er fordert bereits nach einem Jahr die Erstattung von Ausgaben in Höhe von 200.000 britischen Pfund. Sein Gehalt als Mitglied des Europaparlaments beträgt jährlich 82.000 Pfund.

Die BNP hat eine schmerzhafte Niederlage einstecken müssen und trägt nun interne Kämpfe aus. Dennoch ist es notwendig, sich weiterhin gegen die Bedrohung durch die Partei zu organisieren. Vor dem Hintergrund von Finanzkrise, Arbeitslosigkeit und den Sparprogrammen der neuen Tory-Liberaldemokratischen Regierung, die vor allem die Ärmsten treffen, ist das wichtiger denn je. ★

Von Tanja Herrmann

Fakten statt Fälschungen?



Harald Bergsdorf ist zurück. Kritisch beäugt von der LOTTA (vgl. #33) hatte der vormalige Mitarbeiter der CDU-Landtagsfraktion vor zwei Jahren das neugeschaffene Amt eines Landeskoordinators gegen Rechtsextremismus in der *Landeszentrale für politische Bildung* in NRW übernommen – und war danach weitgehend in der Versenkung verschwunden. Kürzlich präsentierte er mit „Fakten statt Fälschungen. Argumente gegen rechtsextreme Parolen" ein neues Buch.

Was bietet der „neue Bergsdorf"? Nichts! Jedenfalls nichts Neues. Bergsdorf bewegt sich in bekannten Rastern. Ganze Passagen wurden wortgleich seinem 2007 erschienenen Buch „Die neue NPD" entnommen. Angelpunkt seiner Betrachtungen bleibt die Extremismustheorie. Zwar betont er, dass es ihm keineswegs darum gehe, „links" und „rechts" gleichzusetzen, fährt dann aber mit der Darstellung vermeintlicher „extremistischer Gemeinsamkeiten" fort.

Über die hiesige extreme Rechte, für deren Bekämpfung er zuständig sein sollte, weiß Bergsdorf offenkundig nichts zu berichten und reproduziert stattdessen die gern geglaubte Auffassung, Nazis gäbe es nur im Osten. Es folgt eine „umfassende Untersuchung" des "Rechtsextremismus in Ostdeutschland" auf elf Seiten, die sich als höchst eindimensionale Abrechnung mit der DDR erweist. 20 Jahre nach deren Ende deutet er die Verankerung der extremen Rechten im Osten nahezu ausschließlich als Folge der SED-Herrschaft und ihrer Vergangenheitspolitik. Das führt zu recht abenteuerlichen Argumentationen, etwa, wenn er einerseits die Aufnahme ehemaliger NSDAP-Mitglieder in die SED bemängelt, andererseits aber die weitaus umfangreichere Integration früherer NS-AnhängerInnen in Politik, Medien und Verwaltung der BRD als unverzichtbaren Baustein für den Aufbau einer funktionierenden Demokratie feiert.

Nach einer oberflächlichen Beschreibung der NPD und den „Freien Kameradschaften" – *pro NRW* wird mit keinem Wort erwähnt – kommt Bergsdorf zu den „Fakten gegen rechtsextreme Lügen und Halbwahrheiten". Hier finden sich zwar einige durchaus brauchbare, wenn auch keineswegs neue Entgegnungen auf extrem rechte Parolen. Bergsdorf verharrt aber weiterhin in seinem kulturalisierenden sowie an Nützlichkeitserwägungen für die Mehrheitsgesellschaft orientierten Blick auf MigrantInnen, wenn er etwa die Frage aufwirft, um „wie viel ärmer Deutschland zum Beispiel ohne afrikanische Nonnen, türkische Kioskbetreiber und Intellektuelle, brasilianische Fußballspieler..." wäre.

Was hilft sonst noch gegen „Rechtsextremismus"? Wählen gehen, für die soziale Marktwirtschaft und den Verfassungsstaat werben, sich möglichst fernhalten von nicht näher definierten „linksextremen Sektierern". Deren „Engagement gegen Rechtsextremismus" leide nämlich „unter gravierenden Glaubwürdigkeitsdefiziten [...] weil sie, wenn sie gegen Rechtsextremismus demonstrieren, teilweise gegen sich selbst demonstrieren." Zudem gibt es noch einen pädagogischen Tipp, wie nach „Hitler- und SED-Diktatur totalitäres und extremistisches Denken und Handeln" zu begrenzen sei. So sollen „alle Jugendlichen in Deutschland sowohl den Film ‚Schindlers Liste' gesehen haben als auch den Film ‚Die Frau vom Checkpoint Charlie'".

Selbst VertreterInnen der Extremismustheorie ist das zu flach. **Armin Pfahl-Traughber** monierte die „einseitige Deutung des Rechtsextremismus im Osten aus der DDR-Vergangenheit", die lediglich aus einem „viel zu knappen Vergleich" mit dem „Linksextremismus" gewonnene Definition des „Rechtsextremismus" sowie die „eher oberflächlichen" Bewertungen, für die der Autor zudem keine „genauen Belege" liefern würde. Es entsteht bisweilen der Eindruck, als sei Bergsdorf das ungeliebte Kind der Extremismusforschung. Deren VertreterInnen sind ständig bemüht, die vermeintliche Objektivität sowie die theoretische und empirische Fundierung ihrer Studien herauszustellen. Bergsdorfs eilig zusammengezimmerte Traktate unterlaufen diese Ansprüche allzu offensichtlich und reduzieren die Extremismustheorie auf das, was sie ist: eine Legitimationsideologie, die der Idealisierung von Staat und „politischer Mitte" dient und gesellschaftliche Probleme wie Rassismus verschleiert. Dafür müsste man Harald Bergsdorf fast dankbar sein.

Harald Bergsdorf
Fakten statt Fälschungen. Argumente gegen rechtsextreme Parolen
Olzog-Verlag, München 2010
154 Seiten, 14,90 Euro

Von Jan Raabe

Studentenverbindungen in Deutschland

Das 6. Büchlein der Reihe „rechter rand" des *Unrast Verlags* soll einen „kritischen Überblick aus antifaschistischer Sicht" über das Geflecht der Studentenverbindungen in Deutschland bieten. Dieser Überblick beginnt mit einer differenzierten Darstellung der Verbindungsarten sowie deren Brauchtum und Innenleben. Die Entwicklung und die bedeutenden ideologischen Elemente werden ebenso dargestellt wie die Haltung zum Nationalsozialismus. Die politische Relevanz in den Seilschaften von Politik und Wirtschaft wird erläutert und der männerbündische Charakter der Verbindungen als grundlegendes Merkmal aufgezeigt. Als ideologischer Kern wird die „Deutschtums- Ideologie" herausgearbeitet, die auf der Annahme basiert, „deutsch" sei weit mehr als nur eine Staatsbürgerschaft, sondern eine Volkszugehörigkeit. Die Bedeutung dieses Volkstumsprinzips wird im nachfolgenden Kapitel „Ohne Rücksicht auf staatliche Gebilde" deutlich, in dem die Ansprüche einiger Verbindungen auf die „Ostgebiete" und „Südtirol" belegt werden. Nachdem noch ein Blick auf die Parteizugehörigkeit der Verbindungsstudenten und deren Einbindung in die extreme Rechte geworfen wird, werden im letzten Kapitel die Schülerverbindungen dargestellt, welche aufs engste mit den Studentenverbindungen verwoben sind. Das Bändchen liest sich flüssig und bietet einen hervorragenden Überblick. Anhand von Beispielen wird schnell die Dimension und bis heute bestehende Bedeutung der studentischen Verbindungen deutlich. Leider ist es mit 64 Seiten sehr dünn, was an einigen Stellen zwangsläufig zu einem etwas holzschnittartigen Bild führt. Obwohl als Einführung sehr empfehlenswert wünscht man sich am Ende des Buches ein dickeres Werk der Autoren.

Felix Krebs / Jörg Kronauer
Studentenverbindungen in Deutschland. Ein kritischer Überblick aus antifaschistischer Sicht
Unrast Verlag, Münster 2010
64 Seiten, 7,80 Euro

Von Alexander Häusler

Rechtsextremismus in der Einwanderungsgesellschaft

Mit dem neuen Themenheft setzen die Herausgeber einen weiteren Akzent in der Auseinandersetzung mit problematischen politischen Erscheinungsformen in unserer Einwanderungsgesellschaft. War mit dem Themenheft „Jugendkulturen zwischen Islam und Islamismus" schon ein lesens- und lobenswerter Einblick in die islamische Zugewanderten- Community erstellt worden, stellen sich die AutorInnen nun der Auseinandersetzung mit extrem rechten Erscheinungsformen in unterschiedlichen Szenen der Zugewanderten- Community. Dabei wird der Tatbestand betont, dass "Rechtsextremismus viele Gesichter" hat, auch bei „Gruppierungen türkischer, russischer, serbischer, bosniakischer, kosovarischer und polnischer Herkunft." Doch bei ihrem Versuch der ethnischen Unterteilung tapsen die AutorInnen in die gleiche Falle ethnisierender Zuschreibungen, zu deren Überwindung sie eigentlich angetreten sind. So heißt es in der Einleitung: „65 Millionen Deutschen stehen 16 Millionen Menschen mit Migrationshintergrund gegenüber." Sind diese Menschen etwa allesamt keine Deutschen? Wenn bei einzelnen Milieubeschreibungen nur von „Exjugoslawen", „Türken" oder „Polen" die Rede ist, dann wird damit ungewollt das „biodeutsch"- völkische Verständnis nationaler Identitätskonstruktionen begrifflich fortgeführt. Auch die politisch ebenso umstrittene wie instrumentalisierte Begrifflichkeit des "(Rechts-)Extremismus" erfährt dabei keine Auseinandersetzung oder zumindest Erwähnung. Die Auseinandersetzung mit Rassismus in unserer Einwanderungsgesellschaft erfordert daher zugleich auch eine selbstkritische Überprüfung eigener begrifflicher Kategorisierungen. Doch jenseits dieser begrifflichen Fallstricke ist diese Broschüre gut gemacht, leicht verständlich lesbar, gut illustriert und höchst informativ verfasst. Sie stellt sich einem bislang in der öffentlichen Diskussion noch unterbelichtetem wie andererseits leicht instrumentalisierbarem Thema mit dem richtigen Impetus und ist daher ein guter Fundus für weitere vertiefende Auseinandersetzungen.

Schule ohne Rassismus – Schule mit Courage (Hg.)
Rechtsextremismus in der Einwanderungsgesellschaft
Broschüre, 70 Seiten, 3,00 Euro

Antirassistisches Bildungsforum Rheinland (ABR)

Das Antirassistische Bildungsforum Rheinland (ABR) ist ein Verein, der es sich zur Aufgabe gemacht hat, politische Bildungsarbeit zu organisieren und zu koordinieren. Unser Schwerpunktthema ist die fortschreitende Rechtsentwicklung in Politik und Gesellschaft.

Wir stellen auf Anfrage Materialmappen, Literaturlisten und Ratgeber für die Bildungsarbeit zusammen. Wir verfügen über einen Pool an Referent(inn)en, die in verschiedenen Berufsfeldern mit den Themen Rassismus, Antisemitismus, Rechtsextremismus, Jugendkulturen und Zeitgeschichte beschäftigt sind, wie zum Beispiel der Sozialpädagogik, Geschichte, Sozialwissenschaften, Politikwissenschaften und des Journalismus. Diese unterschiedlichen beruflichen Qualifikationen ermöglichen eine breite Zielgruppenorientierung sowie ein thematisch breit gefächertes und interdisziplinär konzipiertes Programm für die bildungspolitische Praxis.

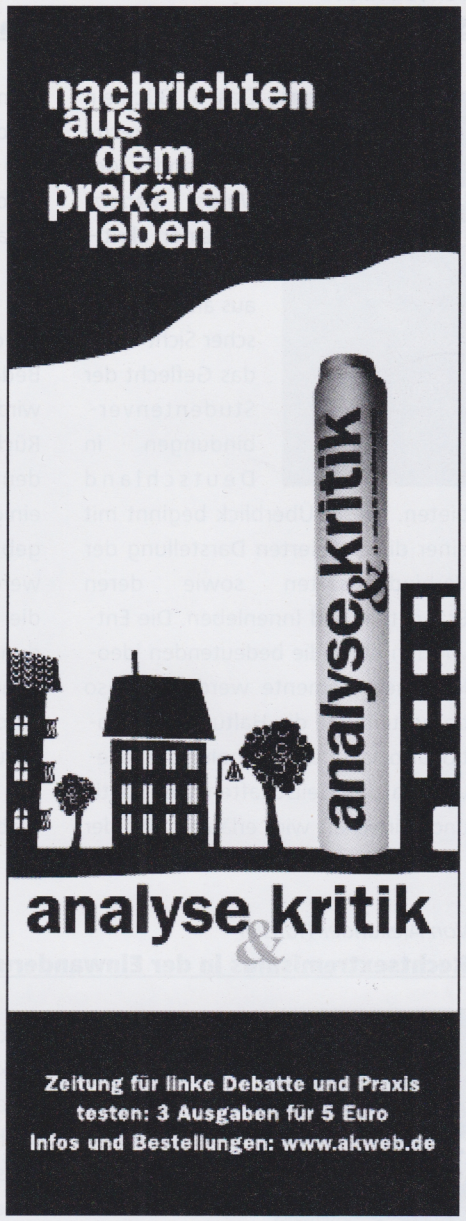
Vom ABR organisierte Wochenend- oder Tagesseminare, Vorträge, Moderationen, Workshops und Diskussionsveranstaltungen wurden bisher in verschiedensten Bereichen und schwerpunktmässig in Nordrhein-Westfalen durchgeführt. Dieses beinhaltet sowohl die schulische und außerschulische Bildungsarbeit mit Jugendlichen, die Erwachsenenbildung, Fortbildung von Trägern der politischen Bildung (Multiplikator(inn)enschulungen) wie zugleich eine praxisorientierte Bildungsarbeit mit Initiativen, Vereinen, Gewerkschaften und Parteien.

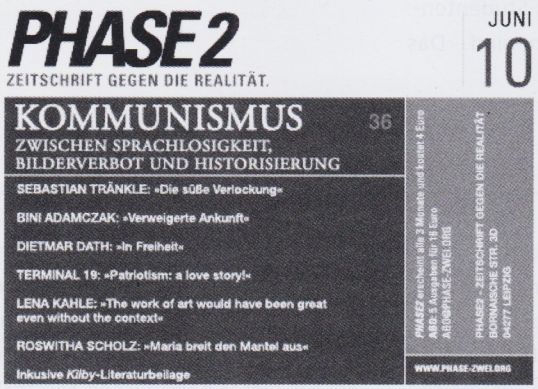
Nähere Informationen, beispielsweise eine Übersicht über mögliche Veranstaltungsthemen stellen wir auf Nachfrage gerne zur Verfügung.

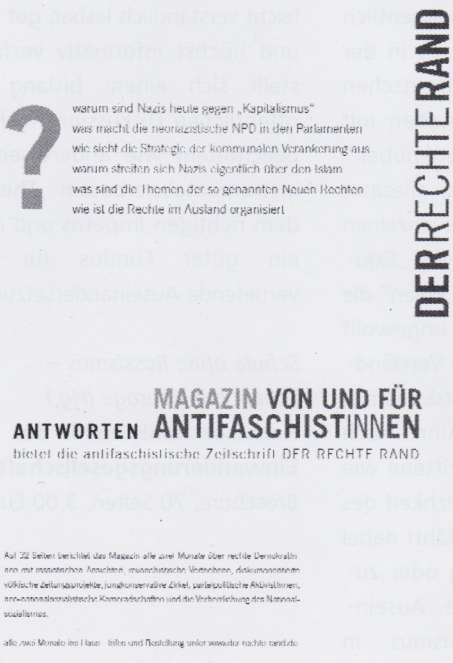
Antirassistisches Bildungsforum Rheinland

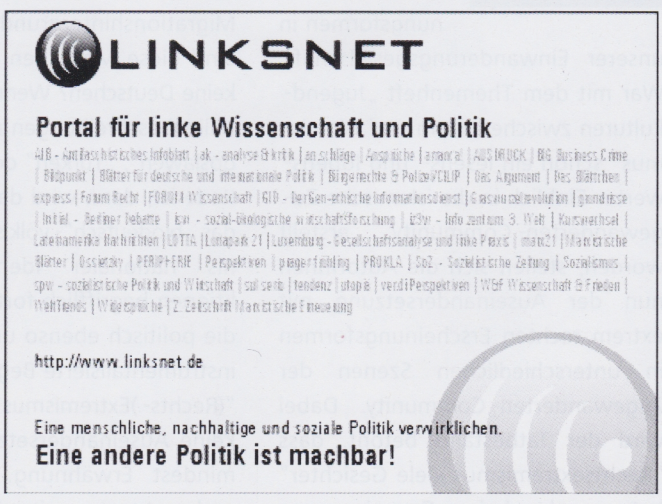
c/o Le Sabot
Breite Straße 76
53111 Bonn

Email: bildungsforum@gmx.de
Tel.: 01520/8494450









LOTTA empfiehlt

Antifaschistisches Blatt
info
Nr. 88 | Herbst 2010

Neonazis in Osteuropa

Kostenloses Probeexemplar:
Antifaschistisches Infoblatt
Gneisenaustr. 2a | 10961 Berlin
mail@antifainfoblatt.de
www.antifainfoblatt.de

Einzelexemplar 3,10 Euro
Abo 15,50 Euro (fünf Ausgaben)

Impressum

LOTTA
Am Förderturm 27, 46049 Oberhausen
lotta- redaktion@no- log.org
lotta- vertrieb@nadir.org
http://projekte.free.de/lotta

Verlag und Druck im VFKB e.V., c/o LOTTA
V.i.S.d.P.: S. Zinflou, c/o LOTTA

ISSN: 1865- 9632

Auflage: 1.000
Erscheinungsweise: vierteljährlich

Alle Rechte an den Fotos und den Artikeln liegen bei den FotografInnen und den AutorInnen. Der Inhalt namentlich gekennzeichneter Artikel spiegelt nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder.

Eigentumsvorbehalt:
Nach diesem Eigentumsvorbehalt ist die Zeitung solange Eigentum des Absenders, bis sie der/dem Gefangenen persönlich ausgehändigt worden ist. „Zur Habenahme ist keine persönliche Aushändigung im Sinne dieses Vorbehalts. Wird die Zeitung der/dem Gefangenen nicht persönlich ausgehändigt, ist sie dem Absender mit Begründung der Nichtaushändigung zurückzusenden. Wird die Zeitung nur teilweise ausgehändigt, so sind die nicht ausgehändigten Teile, und nur diese, dem Absender mit Begründung der Nichtaushändigung zurückzusenden.

Lotta abonnieren!

Unsere Kontoverbindung lautet:

VFKB e.V.
Kontonummer: 994 540 460
Postbank Dortmund
Bankleitzahl (BLZ): 440 100 46

Bitte bei Überweisungen unbedingt den Namen der abonnierenden Gruppe/Person und die Nummer/n der bezahlten/bestellten Ausgabe(n) angeben!

Jahreseinzelabo über 4 Ausgaben	ab Ausgabe ___
O Jahresabo, Inland	13 Euro
O Jahresabo, Ausland	17 Euro
O Jahresabo, Förderabo I	20 Euro
O Jahresabo, Förderabo II	___ Euro

Archiv- Packs	
O Ausgaben #11 bis #19	18 Euro
O Ausgaben #21 bis #25	12 Euro
O Ausgaben #26 bis #30	12 Euro
O Ausgaben #31 bis #34	12 Euro
O Ausgaben #35 bis #38	12 Euro

Einzelexemplare *(Vorrätig sind: #4 bis #7, #9, #11 bis #19 und ab #21)*	
O Ausgabe .... (bis Ausgabe #7)	2 Euro
O Ausgabe .... (bis Ausgabe #13)	3 Euro
O Ausgabe .... (bis Ausgabe #28)	3,50 Euro
O Ausgabe .... (ab Ausgabe #29)	4,00 Euro

O Ich überweise den Abo- bzw. Archiv- Pack- Betrag auf das o.g. Konto.
O Ich habe den Abo- bzw. Archiv- Pack- Betrag in bar beigelegt.

» Alle Preise verstehen sich inkl. Porto und nur gegen Vorkasse (bitte keine Briefmarken).
» Ein Abo verlängert sich automatisch um vier weitere Ausgaben, wenn nicht bis spätestens vier Wochen nach Erscheinen der letzten abonnierten Ausgabe gekündigt wird.
» WeiterverkäuferInnen erhalten ab 5 Exemplaren 20 Prozent Ermäßigung (2,40 Inland / 3,40 Ausland), ab 15 Exemplaren 25 Prozent Ermäßigung (2,25 Inland / 3,25 Ausland).

An die **LOTTA**
Am Förderturm 27
46049 Oberhausen

.....
Vorname, Name oder Organisation

.....
Anschrift PLZ, Ort

.....
E- Mail (*unbedingt angeben*)

....
Ort, Datum Unterschrift

Anzeige

INPUT

Linkes Zentrum "Hinterhof", Corneliusstr. 108 (Hinterhof), Düsseldorf

Programm Oktober und November

27. Oktober 2010, 19.30 Uhr

Subkulturelle Farbenlehre: Die Grauzone

Rechte Lebenswelten zwischen
Punk, Ol, Hip-Hop und Böhsen Onkelz
Referent: Michael Weiss (apabiz)
Ort: Zentrum Hinterhof, Corneliustr. 108, Düsseldorf

24. November 2010, 19.30 Uhr

Vom Rassismus der Machteliten

Der Versuch einer vorläufigen Bilanz der „Sarrazin-Debatte"
Referent: Jörg Kronauer (Antirassistisches Bildungsforum Rheinland)
Ort: Zentrum Hinterhof, Corneliustr. 108, Düsseldorf

Veranstalter: *Antifaschistischer Arbeitskreis an der FH Düsseldorf und AG INPUT, in Kooperation mit dem Antirassistischen Bildungsforum Rheinland (ABR)*

Weitere Informationen: *www.linkes-zentrum.de*

Anzeige

Informations- und Diskussionsveranstaltung

Rechtsentwicklung, Antisemitismus und extreme Rechte in Ungarn

Referentin: Magdalena Marsovszky
(Kulturwissenschafftlerin aus Budapest)

Düsseldorf, 11. Oktober 2010, 20.00 Uhr
Kulturzentrum zakk, Fichtenstr. 40
Veranstalter: Antifa-AK FH Düsseldorf und AG Input, in Kooperation mit der Arbeitsstelle Neonazismus - Forschungsschwerpunkt Rechtsextremismus und Neonazismus der FH Düsseldorf und dem zakk

Dortmund, 12. Oktober 2010, 19.30 Uhr
KulturHaus Taranta Babu, Humboldtstr. 44
Veranstalter: Dortmunder Antifa Bündnis, Forum gegen Rassismus - Campus Dortmund

Bielefeld, 13. Oktober 2010, 20.00 Uhr
Bürgerwache, Rolandstr. 16
Veranstalter: Antifa-West, Antifa-AG an der FH Bielefeld, Argumente und Kultur gegen rechts e.V.

Münster, 14. Oktober 2010, 20.00 Uhr
Fachhochschule Münster, Hüfferstift, Hüfferstraße 27
Veranstalter: Antifaschistische Bildungsinitiative Münsterland, Antifa Linke Münster, AStA der FH Münster

Bonn, 25. Oktober 2010, 20.00 Uhr
Buchladen Le Sabot, Breite Str. 76
Veranstalter: Antifa Bonn/Rhein-Sieg, Buchladen Le Sabot

Trier, 26. Oktober, 2010, 20.00 Uhr
Multikulturelles Zentrum Trier, Balduinstraße 6
Veranstalter: AStA der Karl Marx Universität Trier in Kooperation mit dem Multikulturellen Zentrum Trier

Koblenz, 27. Oktober 2010, 19.30 Uhr
Medienladen Koblenz, Kurt-Esser-Haus, 2. Stock, Markenbildchenweg 38
Veranstalter: GEW-Hochschulgruppe Koblenz und Antifa Koblenz

Mörfelden-Walldorf, 28. Oktober 2010, 19.30 Uhr
Museum Mörfelden, Langgasse 45
Veranstalter: Museum Mörfelden

Eine Veranstaltungsreihe in Kooperation mit dem